



## Inhalt

- 3 Editorial
- 4 **Jonas Boos:** Neue Wege gesucht – Von der Transformation zur Emanzipation?  
– Kurztitel: Kritik an der und Alternativen zur bestehenden Wirtschaftsordnung
- 24 **Dr. Klaus Kock:** „Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie“  
– Kurztitel: Geschichte und Arbeitsweise von Kooperationsstellen
- 46 **Dr. Luitpold Rampeltshammer:** Über die Annäherung von Beschäftigten an  
Werkbänken und in Hochschulen – Kurztitel: Die KoWA an der Universität des Saarlandes
- 58 **Stefan Dietl:** Die AfD und die soziale Frage: Was will die Partei  
wirklich? – Kurztitel: Die AfD und die soziale Frage
- 78 Buchbesprechungen und Buchtipps
- 87 Inhalte der bislang erschienenen Ausgaben
- 

## Impressum

Herausgeber: Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6-8, 66111 Saarbrücken

Kontakt: Telefon: 0681 4005-430, Telefax: 0681 4005-401,

E-Mail: [redaktion@arbeitskammer.de](mailto:redaktion@arbeitskammer.de), Internet: [arbeitskammer.de](http://arbeitskammer.de)

Redaktion: Peter Jacob, Simone Hien, Wulf Wein, Stefan Hank (Grafiken)

Redaktionsbeirat: Kerstin Blass (BEST e.V.), Jonas Boos, Matthias Hoffmann, Jörg Jacoby,  
Sabine Ohnesorg

Titelzeichnung: Kurt Heinemann

Produktion: MediaDesign Walter Frank; Druck: Kerndruck, Bexbach

Preis: 7,00 Euro plus Versand (für AK-Mitglieder kostenlos)

ISSN: 2628-7307

Hinweis 1: Die in den „AK-Beiträgen“ veröffentlichten Artikel sind nicht notwendigerweise  
mit den Positionen der Arbeitskammer des Saarlandes identisch.

Hinweis 2: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet die Redaktion überwiegend auf  
die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen. Alle Personenbe-  
zeichnungen gelten gleichwohl für beide Geschlechter.



## Editorial

Von Thomas Otto

**A**nders denken, anders arbeiten, anders leben – unser Tophema ist wirklich eine lohnende Lektüre, finde ich. Denn Jonas Boos versucht darin, aus den Ereignissen im Zuge der Corona-Pandemie etwas andere Folgerungen abzuleiten, als die, die üblicherweise zu lesen sind und öffentlich diskutiert werden. Er plädiert dafür, dass in der bereits seit längerem laufenden Transformationsdebatte, die durch die Krise ja noch eine Zuspitzung erfahren hat, die Beseitigung von systemischen und strukturellen Ursachen für die Ausbeutung von Mensch und Natur berücksichtigt wird. Damit stellen sich grundsätzliche Fragen: Wie wollen wir leben, produzieren und arbeiten? Gibt es eine Alternative zum jetzigen, auf Wachstum und Profitmaximierung ausgerichteten Wirtschaftssystem? Müssen wir weiter die Folgekosten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung tragen, die sich in prekärer Arbeit, sozialer Spaltung und ökologischer Zerstörung beziffern lassen? Der Artikel von Stefan Dietl über die AfD und ihr Verständnis von Wirtschaft ist gerade für Gewerkschafter ein „Pflicht-Lesestoff“, wie ich denke. Von gelebter Solidarität und Guter Arbeit wollen die AfD-Vordenker absolut nichts wissen. Die Partei steht vielmehr für die Vertiefung der sozialen Spaltung. Ich meine: Das darf nicht mehrheitsfähig werden!



*Thomas Otto ist  
Hauptgeschäftsführer  
der Arbeitskammer  
des Saarlandes.*

# Neue Wege gesucht – Von der Transformation zur Emanzipation?

Von Jonas Boos

*Transformation heißt mehr als nur wirtschaftlicher Strukturwandel.<sup>1</sup> Es handelt sich um einen langfristigen Prozess, der alle gesellschaftlichen Bereiche in unterschiedlicher Art und Weise sowie Intensität erfasst. Wenn im Rahmen der Transformationsdebatte die Beseitigung von systemischen und strukturellen Ursachen für die Ausbeutung von Mensch und Natur angestrebt wird, stellen sich grundsätzliche Fragen darüber, wie wir leben, produzieren und arbeiten wollen und inwiefern das derzeitige auf unendliches Wachstum und Profitmaximierung ausgerichtete Wirtschaftssystem tragfähig bleibt – denn die Folgekosten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegen in prekärer Arbeit, sozialer Spaltung und ökologischer Zerstörung.*



*Jonas Boos ist stellvertretender Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Umweltpolitik der AK Saar.*

## 1. Einleitung

Die Herausforderungen durch Digitalisierungsprozesse und Klimawandel als Transformationstreiber<sup>2</sup> haben das Potenzial aufzuzeigen, dass die kapitalistisch organisierte Gesellschaft kritisch hinterfragt werden sollte und die Suche nach strategischen Interventionen zu einem gesellschaftlichen Umbau notwendig ist. Die aktuellen Krisen (sowohl wirtschaftlich als auch sozial, ökologisch und demokratisch – sowie deren Bearbeitung durch rechtspopulistische Kräfte) können als zwangsläufiges Ergebnis einer falschen Produktionsordnung interpretiert und damit auch als Indikatoren eines notwendigen gesellschaftlichen Übergangsprozesses gefasst werden.<sup>3</sup> Auch die Corona-Krise wirft die Frage nach einem grundlegenden Systemwechsel auf (*siehe dazu Abschnitt 2.1*).

Die vorherrschende Marktdynamik unterliegt keinen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien, sondern tendiert dazu, alles dem Ziel der Kapitalverwertung unterzuordnen – Natur wie Mensch. Viele Bürger\*innen in Deutschland sind mittlerweile skeptisch, ob dies für sie von Vorteil ist: Laut den im Januar 2020 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos vorgestellten Ergebnissen des „Trust Barometer“ (eine Umfrage, an der jedes Jahr etwa 34.000 Menschen in 28 Ländern teilnehmen) geben nur zwölf Prozent der deutschen Befragten an, dass das aktuelle System ihnen nützt, 55 Prozent

finden hingegen, dass der Kapitalismus in seiner heutigen Form mehr schadet als hilft. Die Menschen seien auf der Suche nach Antworten auf die großen Fragen – dazu gehören Klimakrise, technologischer Wandel und die politische Stabilität auf der Welt.<sup>4</sup>

Die positive Antwort auf diese Fragen könnte in einer anderen Wirtschaftsweise liegen: Einer Wirtschaftsweise, die Wachstum nur dort generiert, wo es der gesamten Gesellschaft dient, und dort auf Wachstum verzichtet, wo es die Gesellschaft spaltet oder die Natur überfordert. Ein solches Wachstum unterschiede sich grundlegend vom bisherigen: es würde flacher, nachhaltiger und gerechter ausfallen. Letzteres, indem die Verlierer\*innen der Wandlungsprozesse nicht in Arbeitslosigkeit oder Armut abgedrängt werden, sondern ihnen durch Umverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen über öffentliche Investitionen und sozialen Schutz neue Perspektiven eröffnet werden. Wird den wahrgenommenen Unsicherheiten der notwendigen Transformationsprozesse nicht begegnet, droht ein weiteres Erstarken rechtspopulistischer beziehungsweise rechtsextremer Kräfte. Insbesondere in Branchen und Betrieben, die von der Transformation stärker betroffen sind und in denen sich die Beschäftigten materiellen Existenzängsten gegenübersehen, könnten Teile der Beschäftigten anfälliger sein für völkisch-nationalistische Angebote.<sup>5</sup> Von daher gilt es, „die Reproduktionsinteressen von Erwerbsarbeit, Gesellschaft und Natur zugleich im Blick zu haben und politisch zu integrieren“.<sup>6</sup>

Es gilt, die Reproduktionsinteressen von Erwerbsarbeit, Gesellschaft und Natur zugleich im Blick zu haben und politisch zu integrieren.

Solche Ansprüche überfordern allerdings sowohl den freien Markt als auch die gängigen Reformkonzepte, da diese an die Grenzen der privatkapitalistischen Spielanordnung stoßen. Insbesondere aus Arbeitnehmer\*innensicht kann ein kapitalistischer Ausweg aus den Krisen hin zu einem prosperierenden Wachstum nicht

das Ziel sein – eine kapitalistische Transformation würde von sich aus keine „Gute Arbeit“ hervorbringen, sondern zulasten von Sozialleistungen und Löhnen gehen. Das heißt, andere Spielregeln scheinen unverzichtbar. Transformation muss in die Kernstrukturen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vordringen: in die Zwänge der Konkurrenz- und Profitregeln sowie in die Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse.<sup>7</sup>

### Gliederung:

1. Einleitung
2. Kapitalistische Produktionsweise überwinden?!
  - 2.1 Corona-Pandemie und Systemschwächen
  - 2.2 Kapitalismuskritik am Beispiel der Klimadebatte
3. Offene Fragen und Gegenentwürfe zur bestehenden Ordnung
  - 3.1 Wohltandsmessung – Alternativen zum BIP?
  - 3.2 Care-Arbeit ins Zentrum des Wirtschaftens?
  - 3.3 Postwachstumsgesellschaft?
  - 3.4 Demokratisierungen der Wirtschaft?
  - 3.5 Radikale Arbeitszeitverkürzung und (bedingungsloses) Grundeinkommen?
  - 3.6 Verständigung über postkapitalistische Gesellschaft?!

## 2. Kapitalistische Produktionsweise überwinden?

Die Corona-Pandemie verdeutlicht: Die Losung „Das regelt der Markt“ funktioniert nicht mehr. Dies scheint auch bei Politiker\*innen anzukommen, die bisher neoliberale Politik im Sinne des vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaftssystems betrieben haben.<sup>8</sup> Die Corona-Krise wirft die Frage nach einem grundlegenden Systemwechsel auf. Diese Frage stellte sich aber bereits vor der Corona-Krise, und zwar am deutlichsten in der gesellschaftlichen Debatte um die fortschreitende Klima- und Umweltzerstörung.

### 2.1 Corona-Pandemie und Systemschwächen

Die Corona-Krise trifft die Gesellschaft in einem so erheblichen Ausmaß, dass dadurch sogar bislang vorherrschende politischen Ideologien, Strategien und Programme in Frage gestellt werden: „Der Gesundheit wird ein politisches Primat eingeräumt, für das Europa seine neoliberale Austeritätspolitik temporär aufgibt und zum Schutz der Bevölkerung eine Wirtschaftskrise in Kauf nimmt.“<sup>9</sup> So findet im Zuge der Corona-Krise beinahe weltweit ein sogenannter „Shutdown“ statt. Um die Gesundheitssysteme während der Pandemie nicht zu

**Durch die Corona-Krise werden bislang vorherrschende politische Ideologien, Strategien und Programme in Frage gestellt.**

überlasten, werden Maßnahmen zur Pandemieeindämmung ergriffen, denen sich die kapitalistische Organisation von Arbeit und Produktion unterordnen muss. Corona hat damit etwas herbeigeführt, was nahezu als unmöglich galt: Profitmaximierung und Wachstumszwang als zentrale Treiber im Kapitalismus sind außer Kraft gesetzt. Das allerdings nur

temporär; was wiederum die Frage nach sich zieht: Was kommt nach der Pandemie? Entweder die Rückkehr zum vorherigen Normalbetrieb (sehr wahrscheinlich mit Beibehaltung einiger Maßnahmen aus der Krisensituation) oder die Umkehr weg von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.<sup>10</sup>

Spätestens durch die Erkenntnisse im Zuge der Corona-Krise und die Befürchtungen um deren (ökonomische, soziale und demokratische) Folgen lassen sich Forderungen und Druck gegenüber Staat und Kapital aufbauen. Auch wenn der Großteil der hierzulande eingeführten Maßnahmen zur Überwindung der Corona-Krise aus gesundheitspolitischer Perspektive zu begrüßen ist, erfolgten die Eingriffe in das öffentliche Leben und in die persönlichen Freiheitsrechte – vor allem zu Beginn – teilweise fast schon autoritär und ohne eine breite kritische Diskussion.<sup>11</sup> Die Eingriffe ernst zu nehmen und gleichzeitig kritisch zu hinterfragen, ist kein Widerspruch. Von den befürchteten negativen Konsequenzen für die demokratischen Strukturen abgesehen, werden gesellschaftliche Ungleichheiten deutlicher sichtbar und erfahrbar: Zwar kann jede und jeder von einer Corona-Infektion betroffen sein, aber die Möglichkeiten, die sozialen, wirtschaftlichen und emotionalen Folgen der Krankheit und der auferlegten Maßnahmen zu überstehen, sind stark ungleich verteilt. Dies betrifft Fragen der Gesundheitsversorgung (wenn knapp werdende Güter ungleich verteilt



Foto: Adobe Stock/scharfsinn86

*Neues Denken ist gerade angesichts der Corona-Pandemie in allen gesellschaftlichen Bereichen gefragt.*

oder privatisiert werden), aber auch der Folgen von sozialer Isolation (psychische Folgen, häusliche Gewalt etc.). Auch aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive treten Verwerfungen auf: Die Beschäftigten in „systemrelevanten“ Berufe sind Sonntagsarbeit, der Auflockerung des Arbeitszeitgesetzes (längere Arbeits- und kürzere Ruhezeiten) und auch erheblichen Gesundheitsgefahren ausgesetzt; viele Personen fallen in die (finanziell zu niedrig ausgestaltete) Kurzarbeit oder sogar in die Mindestsicherung.<sup>12</sup> Es ist zu erwarten, dass die abhängig Beschäftigten hart betroffen sein werden – durch massive Lohneinbußen, Verlust des Arbeitsplatzes etc.. Selbstständige und Unternehmer\*innen kleiner und mittelständischer Betriebe sind ähnlichen Risiken ausgesetzt. Auch sind die Ersparnisse von Kleinanleger\*innen, die ihre Rente finanzbasiert aufbessern wollten, bedroht. In der Zeit nach der Pandemie könnte bei einem Großteil der Zivilbevölkerung die Frage auftauchen, wieso die negativen Auswirkungen von ihr getragen werden muss.

Die Pandemie ist also für einen Großteil der Zivilgesellschaft existenzbedrohend und verdeutlicht die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, einer solchen Krise und deren Folgen gerecht zu werden. Sozialpolitische Forderungen sollten deswegen weiter in den Vordergrund rücken und diskutiert werden: Verteilung der Arbeit, Anerkennung und Neubewertung von Arbeit, bedingungsloses Grundeinkommen etc. Auch setzt die Corona-Krise das Potenzial einer breiten Bewegung für wirtschaftliche Demokratisierung oder auch Vergesellschaftung frei, indem die Mängel des Gesundheitssystems und die Versäumnisse einer rein marktlich organisierten Pharmaindustrie handgreiflich werden. Darüber hinaus könnte die Debatte hin zu einer ökologischen und sozialen Transformation gestärkt aus der Corona-Krise hervorgehen, denn das Bewusstsein für Krisen-Situationen und deren Gründe ist geschärft – und

die langfristigen Folgen der Umwelt- und Klimazerstörung werden voraussichtlich für viele Menschen und ganze Generationen verheerend sein. Die Suche nach einer Beantwortung dieser mit vielen Fragezeichen versehenen Themenkomplexe könnte der Anfang eines Versuchs sein, die vorherrschenden Strukturen zu überwinden sowie solidarische Alternativen zum Kapitalismus zu denken, zu diskutieren, umzusetzen und damit die vorherrschenden Strukturen zu überwinden.

### 2.2 Kapitalismuskritik am Beispiel der Klimadebatte

Das Saarland befand sich auch schon vor der Corona-Pandemie in einer Krisensituation – die Beschäftigungsentwicklung ist negativ, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie Insolvenzen nehmen zu.<sup>13</sup> Das BIP als Indikator für Wirtschaftswachstum war im Saarland bereits in den letzten beiden Jahren rückläufig und wird es auch in diesem Jahr wieder sein. Dabei gilt Wachstum nach wie vor als wichtigste Dynamik in dem vorherrschenden Wirtschaftssystem.<sup>14</sup> Das zeigen auch die Auswirkungen der Corona-Krise: Bleibt Wachstum aus, verliert das System an Stabilität, was sich unter anderem in sinkenden Staatseinnahmen und Einkommen sowie steigenden Insolvenzen, Arbeitslosenzahlen etc. bemerkbar macht.<sup>15</sup> Das auf den Markt zentrierte Wirtschaftsmodell ist auf kontinuierliches Wachstum angewiesen. Das Problem: Wachstum stößt irgendwann an seine Grenzen. Schon der Club of Rome stellte 1972 die These auf, dass unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten nicht möglich ist.<sup>16</sup>

Ein Blick in die Statistiken verdeutlicht dies: Hieß ein Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent (in jeweiligen Preisen) im Jahre 1995 in Deutschland noch eine Zunahme an produzierten Waren und Dienstleistungen in Höhe von 69 Milliarden Euro, brauchte es 2017 für diese wirtschaftliche Steigerungsrate von 3,7 Prozent schon ein Plus in Höhe von 118 Milliarden Euro.<sup>17</sup> Solche Steigerungen der Produktion von Waren und Dienstleistungen ziehen einen enormen Ressourcenverbrauch nach sich. Die natürlichen Ressourcen werden in einem Maße in Anspruch genommen, das die Regenerationsfähigkeit der Natur überfordert – Klima- und Umweltkrisen sind die Folgen. Aber auch die Ressource Mensch – in Gestalt der arbeitnehmenden Klasse – wird zunehmend unter Druck gesetzt, beispielsweise durch steigende Arbeitsverdichtung.

Wachstum ist in dem auf den Markt zentrierten Wirtschaftssystem aus zwei Gründen von zentraler Bedeutung: 1.) In einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft setzen Unternehmen ihre Ziele nach dem Kriterium der Profitmaximierung.<sup>18</sup> Profite werden nur generiert, wenn das Unternehmen immer weiter Waren herstellt und seine Produktion ausweitet. 2.) Die Unternehmen unterliegen im Kapitalismus dem objektiven Zwang, ihre Profite immer wieder neu zu investieren und ihre Produktion effektiver zu machen – die Unternehmen stehen in einem Konkurrenzverhältnis gegeneinander und müssen sich im Wettbewerb am Markt durchsetzen.<sup>19</sup>

Aus den Zwängen von Profitmaximierung und Konkurrenz resultiert ein immer höherer Output an Waren und Dienstleistungen, wozu ein höherer Verbrauch an Energie

und natürlichen Ressourcen (aber auch eine stetige Steigerung der Arbeitsproduktivität der Beschäftigten) benötigt wird. Die Ausbeutung der Natur (und des Menschen) gehört damit zum Wesen des Kapitalismus.

### Auswirkungen auf Arbeitnehmende und Bürger\*innen

Zwar treffen die Folgen von Klima- und Umweltkrise prinzipiell alle Menschen, allerdings sind bestimmte (meist ärmere) Segmente der Weltbevölkerung in stärkerem Umfang betroffen. Zum einen leiden ärmere Bevölkerungsteile unter den Auswirkungen von zunehmenden Naturkatastrophen infolge des Klimawandels wie Hurricanes oder Überschwemmungen in besonderem Maße. Zum anderen treffen auch die Konsequenzen steigender Lebensmittelpreise, verursacht durch häufigeren Ernteausfall wegen Dürren, Stürmen etc., die unteren Gesellschaftsschichten besonders hart – vor allem im globalen Süden.

Ein anderer Aspekt ist, dass Arbeitnehmende von Veränderungen auch in Bezug auf die Arbeitsprozesse betroffen sind: So erhöhen die verstärkten Hitzewellen insbesondere das Gesundheitsrisiko für Arbeitnehmende mit einem hohen Anteil an körperlicher Arbeit – wie beispielsweise im Baugewerbe oder in der Landwirtschaft. Aber auch in industriellen Fertigungsstätten und Fabriken oder sogar in Büros nimmt die Belastung erheblich zu. Dieser Faktor ist vor allem für die Arbeitenden im Bereich des Abbaus von Rohstoffen von Relevanz. Zwar kritisiert die westliche Umweltbewegung die Klimafolgen des Abbaus der Rohstoffe, selten aber die katastrophalen Arbeitsbedingungen der im Abbau tätigen Menschen.

**Rassismus macht  
auch nicht vor  
Klimadebatten halt.**

Ein häufiges Argument lautet, der Klimawandel sei verursacht durch die Überbevölkerung der Erde – insbesondere Teile der Weltbevölkerung, die in afrikanischen Ländern leben, seien dafür verantwortlich.<sup>20</sup> Hier zeigt sich, dass Rassismus auch vor Klimadebatten nicht halt macht. Denn Tatsache ist, dass die nördliche Hemisphäre, hier insbesondere die OECD – und damit vor allem auch dichtbevölkerte Staaten wie Deutschland –, für einen wesentlichen Teil der Umweltverschmutzung verantwortlich ist. Demnach sollte Klima- und Umweltaktivismus nicht an den Grenzen halt machen – eine konsequente Klimapolitik ist damit auch mit Nationalismus unvereinbar.<sup>21</sup>

### Konsumkritik-Kritik – individuelles Handeln greift zu kurz

Bei der Frage, wie wir leben, arbeiten und produzieren möchten, wird häufig auf den ökologischen Fußabdruck verwiesen, der durch bewusstes Konsumverhalten verkleinert werden soll. Dadurch werden die Probleme von Klima- und Umweltzerstörung auf die individuelle Ebene geschoben. Dort scheint es auch relativ leicht, aktiv zu werden – vorausgesetzt man verfügt über genügend Einkommen, womit Konsumkritik wiederum ein Instrument der Mittelklasse wird. Die Logik lautet in etwa wie folgt: Wenn unverpackt und bio eingekauft wird, gibt es mehr davon; wenn weniger Flugreisen etc. unternommen werden, gibt es weniger davon – vorausgesetzt,

alle machen mit. Allerdings geht diese Herangehensweise häufig nicht weit genug beziehungsweise verdeckt oftmals den notwendigen Blick auf die tieferliegende gesellschaftliche Gesamtproblematik: Welche Wirkung hat es, die Plastiktüte beim Kleiderkauf wegzulassen, wenn die Kleidung unter katastrophalen Bedingungen für Natur und Mensch produziert wird? Welche Wirkung haben wiederverwendbare Becher, wenn der Inhalt des Bechers einmal um den halben Planeten transportiert wird? Welche Wirkung haben Urlaub auf dem Campingplatz und der Verzicht auf Fernreisen, wenn ein Großteil der innerdeutschen Flüge Geschäftsreisen sind? Etc.

Individuell lässt sich die Gesamtproblematik kaum lösen. Der Wirkungsgrad bleibt beschränkt, wenn nicht bereits aktiv beim Produktionsprozess darüber mitentschieden werden kann, was, ob und wann, wie viel und mit welchem Ziel produziert wird. Um diesen Einfluss zu erlangen, ist ein Zugang zu den Produktionsmitteln nötig. In einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft befinden sich die Produktionsmittel im Privatbesitz. Um dies zu ändern, müsste ein Kampf um die Produktionsmittel geführt werden. Es ist also notwendig, sich zu solidarisieren und zu organisieren und gemeinsam dafür zu kämpfen, dass sich etwas ändert, statt auf individueller Ebene zu agieren. Natürlich kann es helfen, die eigene Lebensweise zu ändern und ein Bewusstsein für sich und andere zu schaffen, allerdings darf dies nicht lediglich zur



*Die Lebensweise beim Konsum zu ändern, ist nicht verkehrt. Ein ganzheitlicher Ansatz für eine grundlegende Systemkritik ist damit aber nicht verbunden.*

Beruhigung des eigenen Gewissens führen oder dazu, sich nicht kritisch mit den größeren Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Diese Gefahr besteht insbesondere auch, da ein bewusster, klimagerechter und fairer Konsum extrem rechercheintensiv ist – Zeit und Energie, die für das Engagement für Systemkritik und Organisation fehlen.

### Grenzen der Politik im Kapitalismus

Statt auf individueller Ebene anzusetzen, können auch Appelle an die Politik nach Maßnahmen und Regulierungen zum Erhalt der Ökologie entgegengesetzt werden – wie es die Bewegung „Fridays For Future“ tut. Das kann größere Wirkung haben, stößt allerdings auch an die Grenze der Bedingungen des

kapitalistischen Systems. Seit gut 40 Jahren werden weltweite Klimaschutz-Konferenzen durchgeführt. Allerdings treten die Teilnehmenden dort immer als Vertretung ihres Nationalstaates auf, so dass weltweite Einigungen sehr schwierig herbeizuführen sind. Denn auch Staaten stehen in ständiger Konkurrenz zueinander: Sie konkurrieren um die besten wirtschaftlichen Standortbedingungen für das global mobile Kapital; das Ergreifen von Maßnahmen (auch und insbesondere klimapolitischer) versucht immer auch sicherzustellen, dass die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Nation erhalten bleibt und Investitionen mit dem Ausblick auf Profitmöglichkeiten angelockt werden.<sup>22</sup> Klimaschutz wird also nur insoweit durchgesetzt, wie er den wirtschaftlichen Interessen nicht zu stark entgegen steht.

Auch sind die aktuellen Krisen keine zufälligen Betriebsunfälle im Kapitalismus, die durch eine weitsichtigere Politik in den bestehenden Verhältnissen hätten vermieden werden können. Politische Reformen, die lediglich die schlimmsten Auswüchse der kapitalistischen Ausbeutung an Natur und Mensch abmildern, aber dennoch weiter auf den Erhalt des Systems zielen, scheinen nicht mehr ausreichend. Es stellt sich die Frage, ob linke Wahlprogramme überhaupt noch mit dem globalen Kapitalismus vereinbar sind: Höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und steigende Sozialabgaben werden kaum Anreize für die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung notwendigen Investitionen/Investoren schaffen. Staatliche Reformkämpfe – sei es nun in Bezug auf Umweltpolitik oder zur Umverteilung von Arbeit – stoßen stets an die Schranken des Kapitals. Die Gestaltungsspielräume linker Politik, die sich auf staatliche Maßnahmen konzentrieren, halten sich folglich in Grenzen.

### 3. Offene Fragen und Gegenentwürfe zur bestehenden Ordnung

Schließlich stellt sich die Frage, ob es einer strukturellen Veränderung der vorherrschenden Gesellschaftsordnung bedarf und wie diese aussehen könnte. Regierungen haben zwar die Möglichkeit, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen alternative Konzepte Chancen zur Etablierung haben; eine gesamtgesellschaftliche Veränderung kann allerdings nur von einer gesamtgesellschaftlichen Basis getragen werden, die gegenüber Regierung und Staat unabhängig ist. Sozialrevolutionäre und emanzipatorische Ideen, Ansätze und Bewegungen wären dafür notwendig, welche die Aufhebung der aktuellen Verhältnisse wieder in den Horizont des Möglichen setzen.

#### 3.1 Wohlmessung – Alternativen zum BIP?

Wie oben angedeutet, wird in einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft zusätzliches Wirtschaftswachstum zur Überwindung ökonomischer Krisen zunehmend zu ökologischer Zerstörung und sozial destruktivem Wachstum führen. Dies könnte in ökologische und gesellschaftliche Krisen umschlagen.<sup>23</sup> Wachstum sollte demnach anders erfolgen und müsste entsprechend auch anders gemessen werden. Hier könnte das Saarland einen Beitrag leisten, indem die Landesregierung einen alter-

nativen, ergänzenden Wohlstandsmaßstab entwickelt und regelmäßig, zum Beispiel im zeitlichen Zusammenhang mit den BIP-Zahlen, veröffentlicht. Solch ein Wohlstandsindikator sollte die Aufmerksamkeit stärker auf Umweltschutz, Lebensqualität, „Gute Arbeit“ und gerechte Verteilung lenken, statt sich auf reines Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu richten. „Die Wirtschaft hat die Aufgabe, dem Wohl des Volkes und der Befriedigung seines Bedarfes zu dienen“, so heißt es in der saarländischen Verfassung.<sup>24</sup>

Das BIP als Wohlstandsindikator steht in den letzten Jahren als Maß für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und für die gesellschaftliche Wohlfahrt zunehmend in der Diskussion – und Rufe nach einem anderen Wohlfahrtsmaß werden häufiger.<sup>25</sup> So haben beispielweise Schottland, Island und Neuseeland die Gruppe

**Das BIP als Wohlstandsindikator steht in den letzten Jahren als Maß für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und für die gesellschaftliche Wohlfahrt zunehmend in der Diskussion – und Rufe nach einem anderen Wohlfahrtsmaß werden häufiger.**

der „Regierungen der Wohlfahrtswirtschaft“ ins Leben gerufen. Ziel der Gruppe ist es, den Fortschritt ihrer Wirtschaft eben nicht mehr nur anhand des BIPs zu messen, sondern Faktoren wie psychische Gesundheit ihrer Bevölkerung, Zugang zu Wohnraum und Grünflächen sowie Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in das Zentrum der Wirtschaftspolitik zu rücken.<sup>26</sup> Mit dem „OECD Better Life Index“ existiert bereits seit 2011 ein Indikator zur Messung des gesellschaftlichen Wohlergehens, der einen direkten Vergleich verschiedener Länder ermöglicht. Anhand von elf Themenfeldern (Wohnverhältnisse, Einkommen, Beschäftigung, Gemeinschaft, Bildung, Umwelt, Zivilengagement, Gesundheit, Lebenszufriedenheit, Sicherheit, Work-Life-Balance) lassen sich Aussagen in Bezug auf die materiellen Lebensbedingungen als auch für die Lebensqualität treffen.<sup>27</sup> Aus Arbeitnehmer\*innenperspektive veröffentlicht die Arbeiterkammer Wien jährlich einen Wohlstandbericht, in dem nachhaltiger Wohlstand abseits der Fokussierung auf reines Wirtschaftswachstum anhand von fünf Dimensionen (Lebensqualität, Fair verteilter materieller Wohlstand, Ökonomische Stabilität, Vollbeschäftigung und Gute Arbeit, Intakte Umwelt) für Österreich analysiert wird.<sup>28</sup>

Kennziffern, anhand derer sich gesellschaftlicher Wohlstand über das BIP hinaus konkret messen lässt und auch Konzepte, was dies für eine wohlfahrtsorientierte Politik bedeuten kann, sind also bereits vorhanden. Für das Saarland könnte der „Regionale Wohlfahrtsindex“<sup>29</sup> ein geeigneter Ansatz sein. Dort gehen wohlfahrtssteigernde Aktivitäten wie Hausarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit positiv ein, während wohlfahrtsmindernde Aspekte wie der Verbrauch nicht erneuerbarer Energie negativ bewertet werden. Auf nationaler Ebene wird ein solcher Index regelmäßig veröffentlicht,<sup>30</sup> auf regionaler Ebene bereits in sieben Bundesländern – darunter auch in Rheinland-Pfalz. Auch im Saarland könnte ein solcher Index die Chance bieten, andere Faktoren der Wohlfahrt zu erkennen und zu stärken und somit auch die in-

formatorische Grundlage politischer Entscheidungsfindung zu verbessern. Wichtige Handlungsfelder könnten identifiziert und der Fokus von Wirtschaftspolitik positiv verändert werden.

### 3.2 Care-Arbeit ins Zentrum des Wirtschaftens?

Die Bedeutung des industriellen Kerns an der Saar ist unstrittig, aber selbst wenn dieser möglichst erhalten bleiben soll, wächst der Anteil der Dienstleistungsbranche an Wertschöpfung und Beschäftigung – und er wird weiter wachsen.<sup>31</sup> Von daher sollten die finanzielle Anerkennung und gesellschaftliche Wertschätzung vor allem personennaher Sorge-Arbeit (Care-Arbeit) unverzichtbare Elemente einer sozio-ökologischen Transformationsstrategie sein. Auftrieb bekommt diese Forderung durch die Erkenntnisse aus der Corona-Krise: Eine temporäre Neubewertung von gesellschaftlich relevanter Arbeit und ihrer Anerkennung abseits der vorherrschenden Kategorien des kapitalistischen Verwertungssystems scheint möglich; und notwendig, da die Überforderungen, die schon vor der Pandemie vorhanden waren, sich nun drastisch offenbaren. Die dahinterstehende Problematik beruht auf dem Verständnis von Arbeit und Entlohnung. Zentral in der Debatte ist der Bereich der Reproduktionsarbeit beziehungsweise Care-Arbeit, die überwiegend von Frauen ausgeführt wird, in der Regel im privaten Bereich gar nicht entlohnt und im ökonomischen Sektor systematisch unterbezahlt und schlecht ausgestaltet ist.<sup>32</sup>

Allerdings muss darauf geachtet werden, dass die Antwort auf unzureichende Anerkennung im Care-Bereich und auch auf deren Ungleichverteilung nach Geschlechtern, nicht darin liegt, die Tätigkeiten in Form von Lohnarbeit lediglich der kapitalistischen Verwertungslogik unterzuordnen. Auch sollte eine solche Unterwerfung nicht sämtliche Bereiche der personennahen Fürsorge treffen: Niemand sollte ein Interesse daran haben, familiäre und freundschaftliche Interaktionen monetär einzuordnen. Was in Bereichen passiert, die den kapitalistischen Marktregeln unterworfen werden, lässt sich anhand der Überforderung des Gesundheitssystems während der Corona-Krise beobachten. Insofern scheint es sinnvoller, soziale und gesellschaftlich relevante Tätigkeiten dem kapitalistischen Markt und seiner Verwertungslogik zu entziehen und daraus einen neuen, postkapitalistischen Gesellschaftsansatz zu konzipieren, der dann auch auf den Bereich der Güterproduktion übertragen werden könnte.<sup>33</sup>

### 3.3 Postwachstumsgesellschaft?

Im Zuge der Diskussion um Alternativen zur vorherrschenden Gesellschaftsordnung gewinnen diverse „Post-Wachstums-Strategien“ an Zuspruch, die für eine „Nach-Wachstumsphase“ eintreten.<sup>34</sup> Durch einen radikalen Rückbau tragender Wirtschaftssektoren (wie der Stahl- und Automobilindustrie), einen generellen Konsumverzicht und eine Kultur der Bescheidenheit soll die ökonomische und ökologische Krise überwunden werden. Bei dieser Argumentation wird allerdings häufig übersehen, dass die Gegenwartsgesellschaften nicht nur Überfluss-, sondern auch Defizitgesellschaften sind. Zum einen leben die meisten Menschen auf diesem Glo-

bus nicht über ihre Verhältnisse – dies gilt insbesondere für Menschen in prekären Lebenslagen (vor allem im globalen Süden, aber auch für einen Großteil der Arbeiter\*innenklasse). Die Postwachstumsidee kann kaum an deren Lebensrealität ansetzen. Zum anderen sind die Defizite der derzeitigen Gesellschaftsordnung zu betonen: Defizite in der sozialen Sicherheit, im Gesundheits- und Sorgebereich, im Bildungs- und Kultursektor, bei der Mobilität von Menschen und vor allem auch im

**Die Ideen einer Postwachstumsgesellschaft erscheinen aus Arbeitskammersicht ungeeignet.**

Umweltschutz. Um diese Defizite zu beheben, wird einerseits weiterhin die Produktion von stofflichen Gütern wie Zügen, Bussen und Autos und von sozialen Diensten wie Pflege benötigt. Und andererseits wird wirtschaftliche Wertschöpfung benötigt, und zwar in dem Sinne, dass die Ressourcen anhand definierter gesellschaftlicher Bedarfsbereiche in

öffentliche Investitionen und Güter gelenkt und umverteilt werden.<sup>35</sup> Die Ideen einer Postwachstumsgesellschaft erscheinen daher aus Arbeitskammersicht ungeeignet. Zielführender erscheint eine demokratische Ermächtigung der Gesellschaft über die Entscheidungen von Produktion und Verteilung (wie, wofür, wie viel) mit dem Ziel einer Produktionsweise, die nicht zu Lasten von Mensch und Natur geht, sondern ein „Gutes Leben für alle“ ermöglicht.

### 3.4 Demokratisierungen der Wirtschaft?

Ein erster Schritt in diese Richtung könnte eine Demokratisierung der Wirtschaft sein. Darunter ist die Gestaltung und Steuerung der Wirtschaft im Interesse der Gesellschaft und anhand der Bedürfnisse der Menschen über demokratische Entscheidungsprozesse unter Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer\*innen und ihrer Organisationen zu verstehen. Insbesondere im Hinblick auf eine vorausschauende, ganzheitliche sozial-ökologische Transformationsstrategie könnte die Einbindung der Beschäftigten über wirtschaftsdemokratische Konzepte zu einem zentralen Faktor werden.

Die Erfahrungen, Interessen und Ideen der Beschäftigten sollten in wirtschaftliche Strategieprozesse einbezogen werden, um diese erfolgreich zu gestalten. Denn a) haben die Beschäftigten eine langfristige Perspektive aus ihrem Eigeninteresse an dauerhaft sicheren (sowie hoffentlich guten) Arbeitsplätzen und damit auch am langfristigen Erhalt des Unternehmens, in dem sie beschäftigt sind – was häufig beim Unternehmensmanagement (meist kurzfristige Gewinnabsichten im Interesse der Aktionäre) oder der Politik (Planungshorizont von Legislaturperiode zu Legislaturperiode) nicht im primären Fokus steht. Als Positivbeispiel lässt sich der Lucas-Plan aufführen: 1976 erarbeiteten Beschäftigte des Luftfahrt- und Rüstungsunternehmens „Lucas Aerospace“ praktische und detaillierte Pläne für die Transformation ihrer Industrie. Damals schon getrieben von den Themen Umweltzerstörung und Automatisierung präsentierten die Beschäftigten in einem Entwurf eine Reihe von sozial nützlichen, aber auch profitablen Produkten, die in erster Linie Mensch und Umwelt dienen sollten und erst in zweiter Linie dem Profit. Die Umsetzung des Lucas-Plans

scheiterte letztlich an dem Widerstand des Unternehmens und der Politik.<sup>36</sup> Aber dennoch gilt b): Die Gesamtheit der Beschäftigten verfügt potenziell über die kollektive Macht, eine Ausweitung von Demokratie in die Wirtschaft herbeizuführen.<sup>37</sup>

### Ansatzpunkte von Wirtschaftsdemokratie

Die Demokratie in einer Gesellschaft bleibt ohne die Demokratisierung der Wirtschaft unvollständig. Es besteht eine gesellschaftliche Zweiteilung zwischen dem demokratisch verfassten Staat und der nicht demokratisch verfassten privaten Marktwirtschaft. Die Erweiterung und Vertiefung der Demokratie darf sich deswegen nicht auf die parlamentarische Ebene beschränken, sondern muss auf wirtschaftlicher Ebene ausgeweitet werden, auch um die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Arbeitgeber\*innen und abhängig Beschäftigten abzubauen.<sup>38</sup>

Wirtschaftsdemokratische Initiativen setzten häufig auf der einzelwirtschaftlichen – also betrieblichen und unternehmenspolitischen – Ebene (Mikroebene) an. Darüber hinaus bedarf es aber auch der Einbettung in übergreifende Konzepte – etwa auf strukturpolitischer Ebene (Mesoebene). Zudem ist die Demokratisierung der gesamtwirtschaftlichen Steuerung, also der volkswirtschaftlichen Rahmenplanung (Makroebene), notwendig (*Hinweis: Diese Thematik wird ausführlicher dargestellt im Exkurs-Kapitel des Berichts an die Regierung des Saarlandes 2020 der Arbeitskammer des Saarlandes. Die ursprünglich vorgesehene Veröffentlichung zum Juni verzögert sich aufgrund der Corona-Pandemie voraussichtlich in den September*).

Erster Ansatzpunkt bei der Demokratisierung der Wirtschaft muss in der Mitbestimmung liegen, und hier muss insbesondere die wirtschaftliche Mitbestimmung in den Blick genommen werden: „Ein wesentliches Defizit stellt die fehlende wirtschaftliche



*Ohne die Demokratisierung der Wirtschaft bleibt die Demokratie in einer Gesellschaft unvollständig.*

Mitbestimmung dar. Sie ist auf der betrieblichen Ebene überhaupt nicht gegeben und auf Unternehmensebene nur in verkümmerter Form vorhanden".<sup>39</sup> Dieses Defizit muss behoben werden. Der Einfluss auf die Unternehmenspolitik vonseiten der Beschäftigten kann auch erfolgen, indem die Belegschaft Eigentumsrechte erhält – zum Beispiel als Genossenschaft oder in Form von Mitarbeiter\*innenbeteiligung (*Hinweis: ausführlicher dargestellt im Exkurs-Kapitel des Berichts an die Regierung des Saarlandes 2020 der Arbeitskammer des Saarlandes*). Die Eigentumsfrage spielt dabei eine zentrale Rolle: „Solange die Produktionsmittel in privatem Eigentum sind und die Rendite des eingesetzten Kapitals die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt, lassen sich wirtschaftsdemokratische Konzepte mit den Zielsetzungen selbstbestimmter Arbeit und einer am gesellschaftlichen Bedarf orientierten Wirtschaft nicht wirklich realisieren.“<sup>40</sup> Hier lässt sich auch an gewerkschaftliche Forderungen nach Eingriffen in die kapitalistische Eigentumsordnung anknüpfen. So heißt es in der seit Januar 2020 gültigen Satzung der IG Metall, §2, Abs.4, Aufgaben und Ziele der IG Metall seien unter anderem die „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.“<sup>41</sup> Privateigentum ist also nicht die einzige Form des Eigentums, sondern es bestehen weitere Formen des Eigentums wie insbesondere öffentliches Eigentum oder Genossenschaften.

Damit weisen wirtschaftsdemokratische Konzepte über die Ebene von Betrieb und Unternehmen hinaus und eröffnen eine systemüberwindende Perspektive zur grundlegenden Veränderung der Wirtschaft. Aus (wirtschafts-)demokratischer Sichtweise ist es darüber hinaus zentral, inwieweit die Beschäftigten auch für überbetriebliche und gesellschaftspolitische Anliegen eintreten. Dazu zählt beispielsweise das Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus, da durch ein verstärktes Aufkommen solcher Tendenzen auch die Spaltung der Beschäftigten aller Couleur vorangetrieben wird.<sup>42</sup> Auch in der Satzung der IG Metall wird die „Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen“ als Aufgabe und Ziel formuliert (§2, Abs.3). Partizipative und demokratisierende gesamtwirtschaftliche Steuerung trägt deshalb zur gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung bei.

### 3.5 Radikale Arbeitszeitverkürzung und (bedingungsloses) Grundeinkommen?

Durch die Transformationstreiber Digitalisierung und Dekarbonisierung werden erhebliche Umbrüche in der Arbeitswelt erwartet. Häufig wird auch ein Abbau von Arbeitsplätzen infolge der Prozesse befürchtet. Anstatt dass die Umbrüche zu mehr Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeit führen, sollten die Debatten um die Veränderungsprozesse dazu genutzt werden, Konzepte zu erarbeiten, um die Arbeit gerechter zu verteilen sowie Wirtschaft und Arbeitswelt an den Bedürfnissen der Gesellschaft auszurichten. Ein Schritt in diese Richtung könnte über eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung sowie eine radikale Umverteilung von – bezahlter wie unbezahlter – Arbeit und Arbeitszeit erfolgen. Schon Karl Marx stellte fest: „Güterschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto

mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Ebenso muß die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen.<sup>43</sup>

Ein neues Produktionsmodell auf Basis einer allgemeinen und radikalen Arbeitszeitverkürzung kann nicht nur die bezahlte Arbeit gerechter verteilen und die Sphären der Produktion ändern, sondern das Zusammenleben in der Gesellschaft insgesamt verändern:<sup>44</sup> Mehr Menschen könnten in die Erwerbsarbeit einbezogen werden, was über steigenden Wohlstand zu gesellschaftlicher Integration und Teilhabe sowie zu einem Rückgang von Armut und sozialer Ungleichheit wie auch zur Sicherung des Sozialstaats beitragen könnte. Außerdem könnte ein Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit, einer besseren Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen sowie einem erhöhten Schutz der Gesundheit ermöglicht werden. Eine mögliche Arbeitszeitverkürzung auf 15 bis 20 Stunden pro Woche scheint derzeit gesellschaftlich und ökonomisch in einem Schritt kaum realisierbar. Der nächste Schritt könnte eine all-gemeingültige 30-Stunden-Woche sein.

Auch die Gewerkschaften könnten von Arbeitszeitverkürzung profitieren, wenn durch eine Verknappung der auf dem Arbeitsmarkt maximal tatsächlich verfügbaren Arbeitsleistung von Arbeitspersonen die Position von Arbeitnehmenden und ihren Vertretungen gestärkt wird. Von daher ist es mehr als positiv, dass die Gewerkschaften das Thema Arbeitszeit wiederentdeckt und in die tarifpolitischen Auseinandersetzungen getragen haben.<sup>45</sup> Dadurch ist neue Bewegung in die arbeitszeitpolitischen Debatten und Auseinandersetzungen gekommen. Schon Mitte der 1980er Jahre konnten die Gewerkschaften eine gesamtgesellschaftliche Debatte stark prägen und im Rahmen von Tarifaussensetzungen Perspektiven für eine weiterreichende gesellschaftliche Transformation eröffnen – auch damals ging es in der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung. Es bedarf auch heute einer gesamtgesellschaftlichen Debatte und kollektiven Bewegung, die über tarifliche Auseinandersetzungen hinausgeht, soll nach etwa 100 Jahren Achtstundearbeitstag eine neue gesellschaftliche Regelung der Arbeitszeiten herbeigeführt werden. Die gesellschaftlich vorherrschende Arbeitszeit ist nicht naturgegeben, sondern immer auch Resultat von gesellschaftlichen Prozessen und Kämpfen darum, was in einer Gesellschaft als „normal“ gilt und welche Vorstellungen von „Guter Arbeit“ und einem guten Leben sich verallgemeinern und durchsetzen.<sup>46</sup> Das Thema Arbeitszeit ist damit auch mit der Frage nach gesellschaftlicher Emanzipation verbunden, die nicht von der Politik diktiert werden kann.

**Auch die Gewerkschaften könnten von Arbeitszeitverkürzung profitieren, wenn durch eine Verknappung der auf dem Arbeitsmarkt maximal tatsächlich verfügbaren Arbeitsleistung von Arbeitspersonen die Position von Arbeitnehmenden und ihren Vertretungen gestärkt wird.**

*Sollen Wirtschaft und Arbeitswelt an den Bedürfnissen der Gesellschaft ausgerichtet werden, dann muss man über eine Arbeitszeitverkürzung sowie eine Umverteilung von Arbeit und Arbeitszeit nachdenken.*



Zentral ist es in der Debatte, die gesamtgesellschaftliche Arbeit und Tätigkeit in den Blick zu nehmen, wie etwa in der „Vier-in-einem-Perspektive“ von Frigga Haug. In dieser Vision wird von einem 16-Stunden-Arbeitstag ausgegangen, der in vier Dimensionen des Lebens gerecht aufgeteilt werden sollte, und zwar in die Bereiche Erwerbsarbeit, fürsorgende Arbeit, persönliche Entwicklung und politisches Engagement.<sup>47</sup> Es geht dabei also sowohl um den Erhalt von Erwerbsarbeitsplätzen als auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Fürsorge und Solidarität sowie um die Entfaltung partizipativer Demokratie. Derzeit entstehen auch vermehrt Initiativen wie beispielsweise die „4-Stunden-Liga“, die sich auf Frigga Haug beziehen und denen es darum geht, die grundsätzliche Frage nach gutem Leben fernab des Arbeitszwangs und -ethos zu stellen, also den Fokus auf die Sphäre außerhalb der Lohnarbeit zu lenken. „Dies ist kein Nahziel, [...] doch kann es als Kompass dienen für Nahziele in der Politik, als Maßstab für unsere Forderungen, als Basis unserer Kritik, als Hoffnung, als konkrete Utopie, die alle Menschen einbezieht [...]“<sup>48</sup>

### Bedingungsloses Grundeinkommen

Im vorherrschenden Gesellschaftssystem ist die Umsetzung eines solchen Modells kaum vorstellbar – insbesondere bei Personengruppen mit niedrigen Einkommen stößt es derzeit an Grenzen. Um die Beschränkungen infolge des Erwerbszwanges als eines der Hauptmerkmale des Kapitalismus abzubauen beziehungsweise neuen Raum für Formen von Veränderung wie zum Beispiel der „Vier-in-einem-Perspektive“ zu schaffen, wird immer wieder die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) erhoben. Ein BGE könnte:

- den Zwang, kapitalistische Arbeitsverhältnisse anzunehmen, aufheben,
- ein Gleichgewicht zwischen konsum- und aktivitätsbasiertem Leben schaffen,

- die Initiativen für nicht-kapitalistische Wirtschaftsformen wie Kooperativen, Genossenschaften etc. unterstützen.

Über die Frage der Ausgestaltung eines bedingungslosen Grundeinkommens lässt sich kontrovers diskutieren, was an dieser Stelle den Rahmen sprengen würde. Dringend notwendig scheint diese Debatte allerdings – insbesondere da nach dem Soziologen Erik Olin Wright die Einführung eines BGE in Krisenzeiten (wie in der jetzigen Corona-Pandemie) am ehesten zu erwarten ist.<sup>49</sup>

Der Einstieg in ein neues Wohlstandsmodell, das mehr Lebensqualität und sinnvolle Arbeit für alle ermöglicht, könnte über die Durchsetzung einer allgemeinen und radikalen Arbeitszeitverkürzung in Kombination mit der Einführung eines (bedingungslosen) Grundeinkommens erfolgen. Langfristig bedarf es aber einer radikalen Neuorganisation, in der Arbeit nicht mehr den Zwängen der kapitalistischen Produktionsweise folgt und der zentrale Lebensmittelpunkt ist.

### 3.6 Verständigung über postkapitalistische Gesellschaft?!

Für eine radikale Neuorganisation im Sinne einer postkapitalistischen Gesellschaft mit einer gerechten Wirtschaftsordnung, braucht es eine gemeinsame Vorstellung und Verständigung über die Grundzüge einer Alternative, also darüber, was überhaupt an die Stelle der kapitalistischen Gesellschaft treten könnte. Notwendig ist ein sogenanntes Transformations-Narrativ, welches Ideen über Ziele, Strategien und Subjekte der Veränderung integriert. Ein solches Narrativ müsste in einem kollektiven Diskurs- und Lernprozess erarbeitet werden, an dem sich unterschiedliche Akteure beteiligen und welcher von einer gesellschaftlichen Gegenmacht angestoßen wird.<sup>50</sup>

Um eine transformatorische Perspektive zu erhalten, ist daher eine enorme gesellschaftliche Gegenkraft bzw. eine sozialrevolutionäre Massenbewegung unverzichtbar, die sich immer weiter ausdehnt und die verschiedenen Kämpfe miteinander verknüpft. Ausgangspunkt für solch eine Bewegung und deren Ausdehnung könnte eine schwere Krise sein, die eine ganze Reihe an Ländern gleichzeitig erfasst. Die Klima- und Umweltkrise hat das Potenzial, strategisch ein zentrales Feld des politischen Kampfes zu sein. „Fridays For Future“ hat dies auch erkannt, indem sie sich in ihren Aktionsformen auf das Instrument des Streiks bezieht. Leider verfügen Schüler\*innen nicht über genügend Konfliktpotenzial bzw. gesellschaftliche Macht um genügend Druck auf Kapital und Politik ausüben zu können – bei aller Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit konnte die Bewegung bisher keine tatsächlichen, effektiven Veränderungen herbeiführen. Perspektivisch sollte die arbeitende Klasse stärker mit in die Kämpfe einbezogen werden. Ein Streik der Arbeiter\*innenbewegung ist ein kraftvolles Machtmittel, um kollektiv bestimmte gesellschaftliche Interessen gegen die vorherrschende Ord-

**Die Klima- und Umweltkrise hat das Potenzial dazu, strategisch zu einem zentralen Feld des politischen Kampfes zu werden.**

nung durchzusetzen. Allerdings ist das Mittel eines „politischen Streiks“ im Hinblick auf die Streikziele durch die deutsche Rechtsprechung eingeschränkt.<sup>51</sup>

Nichtdestotrotz sollte eine gut und demokratisch organisierte, sich selbst bewusste Arbeiter\*innenklasse bei der Suche nach einem Pfad der Transformation eine entscheidende Rolle spielen: Sie sollte ein Interesse an sozialer Gerechtigkeit haben und verfügt über das Potenzial, im Zuge langwieriger Klassenkämpfe eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen.<sup>52</sup> Die arbeitende Klasse als gesellschaftliche Mehrheit hält die gesellschaftliche Produktion am Laufen und verfügt damit a) über das Wissen, wie die aktuelle Produktionsweise anders ablaufen könnte; und b) über die gesellschaftliche Durchsetzungsmacht, diese Veränderungen herbeizuführen. Dazu bedarf es der richtigen Rahmenbedingungen. Zielführend wäre ganz im Sinne der Satzung der IG Metall die „Erringung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Betrieb und Unternehmen und im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten.“ (§2, Abs.4).

Versteht man unter einem Rätekonzept, dass die Menschen, die an einem bestimmten Ort arbeiten oder leben, über ihre gemeinsamen Angelegenheiten gemeinsam beratschlagen, sie praktisch gestalten und sich mit anderen durch jederzeit absetzbare Delegierte abstimmen, könnten Räte durchaus das Gerüst für eine hochentwickelte gesellschaftliche Selbstorganisation und ein freies Gemeinwesen bedeuten.<sup>53</sup> Wie solch ein Rätekonzept in der konkreten Umsetzung erfolgen könnte, bedarf weitgehender Diskursprozesse. Als Ziel lässt sich eine planvolle, kooperative und bewusste Gestaltung der materiellen Lebensprozesse formulieren. Dies könnte auch eine emanzipierte Lebensweise bedeuten, die einen Rückzug des Staates in der Gesellschaft ermöglicht und damit das Etatismusproblem aufhebt. Die linke Kritik am sozialstaatlichen Etatismus lautet „dass auch der Sozialstaat durch seine Interventionsmedien Recht und Geld nicht immer soziale Sicherheit, Solidarität und individuelle Freiheit, sondern mitunter auch Bürokratie, Repression und Ökonomisierung sozialer Verhältnisse forciert hat.“ (Urban in AK-Beiträge 2/2019, S.13f.). Wirtschafts- und Sozialräte könnten institutionell gesicherte Einflusskanäle darstellen, welche bei einer Ermächtigung der Gesellschaft (und demokratisch legitimer Politik) gegenüber der Ökonomie, die Anbindung ökonomischer Produktions- und Distributionsentscheidungen an die Bedarfe von Gesellschaft und Natur sichern.<sup>54</sup>

Aktuell scheint die Debatte um die Krise von Umwelt und Klima der Debatte um die Krise in Folge des Corona-Virus gewichen. Wie oben bereits erläutert, hat die Corona-Krise ein enormes Potenzial, systemkritische Fragestellungen in den Fokus der gesellschaftlichen Debatten zu bringen; auch weil sie eine Kultur der Solidarität etablieren könnte. Die Diskussion um Umriss alternativer Formen zur vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung muss demnach heute dringend geführt werden!

## Anmerkungen

- 1) Polanyi, Karl: The Great Transformation: The political and economic origins of our time, 1944.
- 2) Arbeitskammer des Saarlandes: Exkurs-Kapitel des Berichts an die Regierung des Saarlandes 2020. Die ursprünglich vorgesehene Veröffentlichung zum Juni 2020 verzögert sich aufgrund der Corona-Pandemie voraussichtlich in den September 2020.
- 3) Urban, Hans-Jürgen: „Es fehlt uns was, das keinen Namen mehr hat“, in: Neosozialismus, hg. Von Dörre, Klaus; Schickert, Christine, 2019a, S.131f.
- 4) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.01.2020.
- 5) Urban, Hans-Jürgen: Gute Arbeit in der Transformation, 2019b, S.205ff.
- 6) ebenda, S.21.
- 7) Freundinnen und Freunde der Klassenlosen Gesellschaft: Klasse Krise Weltkommune, 2019, S.97 sowie Urban, a.a.O., 2019b, S.19ff.
- 8) Angela Merkel zur Abkehr von der Schwarzen Null im Deutschlandfunk am 11.03.2020; Peter Altmaier zur Verstaatlichung von Unternehmen im Spiegel am 13.03.2020.
- 9) Neumann, Mario; Pichl, Maximilian: Die Welt nach Corona wird jetzt ausgehandelt, 20.03.2020.
- 10) Žižek, Slavoj: Pandemic! Covid-19 Shakes the World, 2020.
- 11) Ausführlicher dazu: Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 05.04.2020.
- 12) Dietl, Stefan: Arbeiten in der Pandemie, in Jungle World 16, 16.04.2020, S.8.
- 13) Boos, Jonas: Die Krise hält an – Zeichen für eine Besserung gibt es nicht, in: AK-Konkret 6/2019, S.6f.
- 14) Binswanger, Hans Christoph: Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, 2006. Oder: Altvater, Elmar; Haug, Frigga; Negt, Oskar; u. a.: Turbokapitalismus. Gesellschaft im Übergang ins 21. Jahrhundert, 1997.
- 15) Urban, Hans-Jürgen: Wirtschaftsdemokratie statt kapitalistischem Wachstumszwang., 19.11.2019.
- 16) Club of Rome: Die Grenzen des Wachstums, 1972.
- 17) VGRdL: Bruttoinlandsprodukt. Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2018, 2019.
- 18) Galow-Bergemann, Lothar: Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte von Nachhaltigkeit schweigen, Vortrag vom 09.07.2019.
- 19) Chibber, Vivek: Kapitalismus verstehen, 2020, S.18ff.
- 20) Ehrenstein, Claudia: Bevölkerungswachstum zerstört das Weltklima. In der Welt vom 18.12.2009. Oder Wolfgang Kubicki in der Welt vom 13.05.2019.
- 21) Straßen aus Zucker: Ökologischer als die Polizei erlaubt, Ausgabe 15, 2019, S.4.
- 22) Chibber, Vivek: Kapitalismus und Staat, 2020, S.26ff.
- 23) Dörre, Klaus: Neosozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion, in: Neosozialismus, hg. von Dörre, Klaus; Schickert, Christine, 2019, S.21f.
- 24) Saarländische Verfassung (Artikel 43)
- 25) Latouch, Serge: Vom Glück zum BIP – und die Alternative guten Lebens, in Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2015.
- 26) Pühringer, Marco: Schottland, Island und Neuseeland bewerten jetzt Umwelt und Lebensqualität höher als das BIP, 29.10.2019.
- 27) OECD: "Executive summary", in How's Life? 2020: Measuring Well-being, OECD Publishing, Paris, 2020.
- 28) Arbeiterkammer Wien: AK-Wohlstandsbericht 2019.

- 29) Online: <https://www.fest-heidelberg.de/fne-themenfeld-wohlfahrtsindizes/>.
- 30) Held, Benjamin; Rodenhäuser, Dorothee; Diefenbacher, Hans: NWI 2019 – Verstetigung des positiven Trends, in: IMK Policy Brief, August 2019.
- 31) Boos, Jonas: Analyse der Branchenstrukturen im Saarland 2019. AK-Texte, 2019.
- 32) Schnerring, Almut; Verlan, Sascha: Equal Care – über Fürsorge und Gesellschaft, 2020.
- 33) LAURASTERN: Care-Arbeit und Probleme ihrer Aufwertung, 21.01.2020.
- 34) Niko Paech: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, 2012.
- 35) Urban, a.a.O. 2019b, S.195.
- 36) Wuhrer, Pit: Sie planten die bessere Zukunft, 15.02.2007.
- 37) Riexinger, Bernd; Becker, Lia: Fort he many, not the few. Neue Initiativen für sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie, in: Wirtschaftsdemokratie neu denken, hg. Demirovic, Alex, 2018, S.120.
- 38) Boos, Jonas: Was macht Wirtschaftsdemokratie aus? Das Thema ist facettenreich und vielfältig – Skizze einer Alternative, in: AK-Analyse 3/2018, S.1.
- 39) Bierbaum, Heinz: Die Mitbestimmung neu denken, in AK-Analyse 3/2018, 2018b, S.2.
- 40) Bierbaum, Heinz: Wirtschaftsdemokratie – von der Mitbestimmung zur sozialistischen Transformation, in: Wirtschaftsdemokratie neu denken, hg. Demirovic, Alex, 2018a, S.22.
- 41) Satzung der IG Metall 2020, §2, Abs.4.
- 42) Weber, Wolfgang G.; Unterrainer, Christine: Die Praxis der Demokratie in demokratisch verfassten Unternehmen – eine Perspektive der Wirtschaftsdemokratie?, in: Wirtschaftsdemokratie neu denken, hg. Demirovic, Alex, 2018, S.231.
- 43) Marx, Karl: Das Kapitel vom Geld, Grundrisse (1857/1858), MEW, Bd. 42, S.105.
- 44) Arbeiterkammer Wien: AK-Wohlstandsbericht 2018, S.78.
- 45) Bispick, Reinhard: Tarifliche Arbeitszeitpolitik, in: Rosa Luxemburg Stiftung: Individuelle Bedürfnisse, kollektive Aktionen, politische Alternativen, 2019, S.22-32.
- 46) Riexinger, Bernd: Arbeit, die zum Leben passt, in: Rosa Luxemburg Stiftung: Individuelle Bedürfnisse, kollektive Aktionen, politische Alternativen, 2019, S.15ff.
- 47) Haug, Frigga: Die Vier-in-Einem-Perspektive und Hegemoniekämpfe um Arbeit. In: Konzeptwerk neue Ökonomie (Hrsg.): Zeitwohlstand. München 2014, S. 33f.
- 48) Frigga Haug: Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke, 2008, S.23.
- 49) Wright, Eric Olin: Mit realen Utopien den Kapitalismus überwinden, in Neosozialismus, hg. von Dörre, Klaus; Schickert, Christine, 2019, S.125f.
- 50) Urban, Hans-Jürgen: Wirtschaftsdemokratie als Transformationshebel, in: AK-Beiträge 2/2019, 2020, S.20ff.
- 51) Nowak, Jörg: Ein bisschen verboten: Politischer Streik, 21.03.2016.
- 52) Chibber, Vivek: Kapitalismus und Klassenkampf, 2020, S.8f.
- 53) Freundinnen und Freunde der Klassenlosen Gesellschaft, a.a.O. S.136ff.
- 54) Urban, a.a.O., 2019a, S.136f.



*„Die Diskussion um Umriss alternative Formen zur vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung muss dringend geführt werden“, meint Jonas Boos und hat dabei auch die Verhältnisse auf dem gesamten Planeten im Blick.*

# „Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie“<sup>1</sup> – Geschichte und Arbeitsweise von Kooperationsstellen

Von Dr. Klaus Kock

*Seit nunmehr fast 50 Jahren engagieren sich Kooperationsstellen für eine Zusammenarbeit von Wissenschaftler\*innen mit Gewerkschaften und weiteren Akteur\*innen aus der Arbeitswelt. Sie initiieren, organisieren und moderieren die Kooperation, um praktisches und wissenschaftliches Wissen zusammenzuführen. Nach einem kurzen Abriss der Geschichte von Kooperationsstellen wird anhand von drei Beispielen gezeigt, welche Formen diese Arbeit in verschiedenen Kontexten annehmen kann. Die Debatte um eine „Third Mission“ der Hochschulen bietet Chancen für Kooperationsstellen, ihre spezifischen Sichtweisen und Erfahrungen verstärkt einzubringen.*



*Dr. Klaus Kock ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Technischen Universität Dortmund, Fakultät Sozialwissenschaften, Sozialforschungsstelle. Er leitet dort den Forschungsbereich „Kooperation Wissenschaft Arbeitswelt“. Seit 2014 gehört er dem Sprecherkreis der Kooperationsstellen an.\*\**

## 1. Einleitung: Das leidige Problem mit Theorie und Praxis

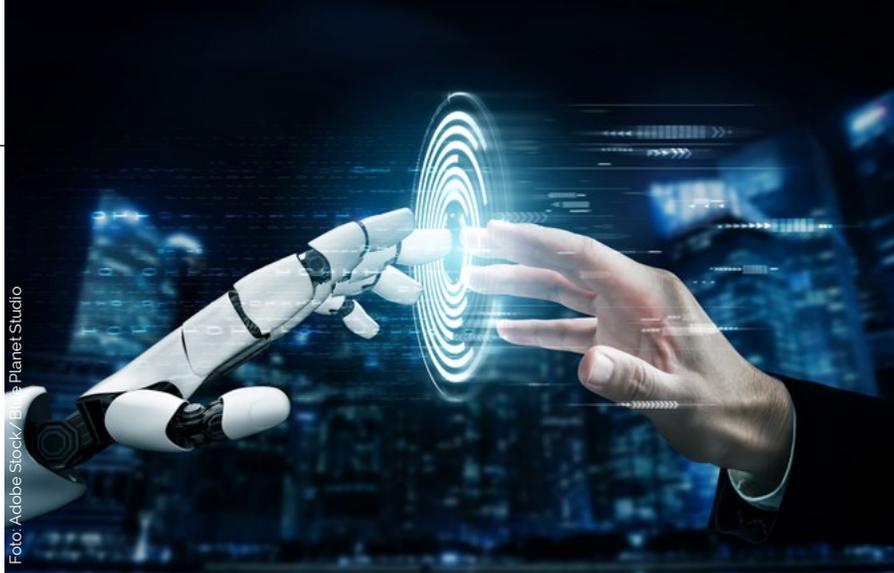
Dass eine wissenschaftliche Erkenntnis nicht ohne Weiteres in praktische Handlungen einfließen kann, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Es ist geradezu die Aufgabe der Wissenschaft, von den konkreten Gegebenheiten des Alltags zu abstrahieren. Sie soll in der unübersichtlichen Vielfalt von Einzelheiten allgemeine Gesetzmäßigkeiten erkennen. Wissenschaftliches Wissen ist dem Alltagswissen nicht überlegen, aber es ist von anderer Art, es ist abstraktes, in allgemeinen Be-

Gliederung:

1. Einleitung: Das leidige Problem mit Theorie und Praxis
2. Zur Geschichte der Kooperationsstellen in Deutschland
3. Kooperation konkret
4. Ausblick: Kooperationsarbeit als Teil des „Dritten Auftrags“ der Hochschulen
5. Literatur- und Quellenhinweise

*Kooperationsstellen organisieren die Zusammenarbeit zwischen Personen und Einrichtungen aus Wissenschaft und Arbeitswelt.*

Foto: Adobe Stock/Elia Planet Studio



griffen formuliertes Wissen. Seine Erzeugung ist auf besondere Weise organisiert, Forschungs- und Theoriearbeit finden in der Regel in eigens dafür geschaffenen Institutionen statt, abgetrennt vom praktischen Leben der Alltagswelt. Idealtypisch arbeiten Wissenschaftler\*innen losgelöst von unmittelbaren Handlungszwängen, unter sich, mit ihren eigenen Methoden, mit einer eigenen Fachsprache an Problemen, die sie glauben lösen zu können.

Zur Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in praktische Problemlösungen muss das theoretische Wissen wieder angereichert werden durch konkretes Erfahrungswissen, das im Forschungsprozess selbst nicht erzeugt werden kann, sondern aus der Praxis der Akteur\*innen im Anwendungskontext hervorgeht. Es findet eine Wechselwirkung statt, die mit dem Begriff „Transfer“ – im Sinne einer Weitergabe von Wissen – nicht hinreichend erfasst wird. Es sind zusätzliche Anstrengungen nötig, um theoretische Erkenntnisse praktisch zu realisieren.<sup>2</sup> In der modernen Gesellschaft, die wesentlich auf wissenschaftliche Erkenntnisse angewiesen ist, finden sich deshalb Vermittlungseinrichtungen in vielfältiger Form als Beratungs- und Weiterbildungsinstitutionen, als Transferstellen und Lernfabriken, als Startup-Center und Inkubatoren, als Projektbeiräte und Expertengremien – und eben auch: als Kooperationsstellen.

Was Kooperationsstellen von vielen anderen Institutionen zur Vermittlung zwischen Wissenschaft und Praxis unterscheidet, ist ihr Interessenbezug. In Anerkennung der Tatsache, dass der gesellschaftliche Anwendungskontext wissenschaftlicher Erkenntnisse gekennzeichnet ist von unterschiedlichen Interessen und entsprechenden Auseinandersetzungen, haben Kooperationsstellen sich die Aufgabe gestellt, die Beteiligung von Arbeitnehmer\*innen und ihren Interessenvertretungen an Prozessen der Erkenntnisgewinnung und -umsetzung zu fördern. Kooperationsstellen initiieren, organisieren und moderieren die Zusammenarbeit zwischen Personen und Einrichtungen aus Wissenschaft und Arbeitswelt. In einem institutionalisierten, kooperativen Prozess soll es möglich werden, Probleme aus der Arbeitswelt zu bearbeiten, deren Lösung mehr erfordert als Einkauf und Konsum wissenschaftlicher Dienstleistungen. Die Leistung von Kooperationsstellen besteht darin, Akteur\*innen

aus Wissenschaft und Arbeitswelt zur Mitarbeit zu gewinnen, um praktisches und wissenschaftliches Wissen zusammenzuführen.<sup>3</sup>

Im Folgenden soll zunächst anhand eines Rückblicks auf die Geschichte der Kooperationsstellen gezeigt werden, wie diese wissenschaftspolitische Grundintention im Laufe der Jahrzehnte umgesetzt wurde. In einem zweiten Abschnitt wird anhand von drei Beispielen gezeigt, wie Kooperationsstellen vor Ort an Problemlösungen arbeiten. Im Schlussabschnitt werden einige Überlegungen darüber angestellt, welchen Stellenwert Kooperationsstellen im Zusammenhang einer „Third Mission“ der Hochschulen zukünftig einnehmen könnten.

## 2. Zur Geschichte der Kooperationsstellen in Deutschland

Die Kooperationsstellen können heute auf eine fast fünfzigjährige Geschichte zurückblicken. In gewisser Weise sind sie Kinder der „68er“, d.h. der Studierenden- und Bürgerrechtsbewegungen, die neue Forderungen stellten nach mehr Praxisrelevanz von Wissenschaft und einer stärkeren Teilhabe bislang benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen an allgemeiner und wissenschaftlicher Bildung. Gewerkschaften und Wissenschaft knüpften neue Kontakte und bauten alte Berührungspunkte ab.

### Erste Vereinbarungen zwischen Hochschulen und Gewerkschaften in den 1970er Jahren

Die 1971 gegründete [Universität Bremen](#) hatte sich zum Ziel gesetzt, die Barrieren des Hochschulzugangs für Kinder von Arbeiter\*innen zu beseitigen und die Wissenschaft stärker an Problemen der abhängig Beschäftigten auszurichten. Zu diesem speziellen „Bremer Modell“ einer Reformhochschule gehörte ein Kooperationsvertrag zwischen Universität und Arbeiterkammer. In diesem Vertrag verpflichtete sich die Universität Bremen, „durch die ihr gegebenen Möglichkeiten ... der Forschung und Lehre die Arbeiterkammer Bremen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben ... zu unterstützen.“ Im Gegenzug machte die Arbeiterkammer die Zusage, ihre praktischen Erfahrungen „an die Universität Bremen heranzutragen und die von der Universität erarbeiteten ... Ergebnisse von Forschung und Lehre ... der Arbeitnehmerschaft zu vermitteln.“<sup>4</sup> In konservativen Kreisen löste dies wütende Proteste aus. Es war von „Marxisten-Universität“ und „roter Kaderschmiede“ die Rede. Aus Protest verließ die FDP die Koalition mit der SPD in der Bürgerschaft. Bei der Bevölkerung machte das wenig Eindruck, die SPD gewann die Wahl mit absoluter Mehrheit.<sup>5</sup>

In der Folge forschte man zusammen in verschiedenen Projekten an Fragestellungen zur Humanisierung der Arbeit. Es wurden Seminare und ein sogenanntes Arbeiterstudium als Weiterbildungsmaßnahme für Arbeitnehmer\*innen konzipiert. Im Medienbereich entstanden einige Filme zu Problemen der Arbeitswelt. 1977 konnte die Kooperation im Bremischen Hochschulgesetz verankert werden. Zur Durchführung des Kooperationsvertrags richteten die beteiligten Partner\*innen die „Zentralstelle

für die Durchführung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Bremen und der Arbeiterkammer Bremen" und die zentrale wissenschaftliche Einrichtung „Arbeit und Betrieb" ein.<sup>6</sup> Heute sind die Aktivitäten zusammengefasst im Institut Arbeit und Wirtschaft, das von der Universität und der Arbeitnehmerkammer gemeinsam betrieben wird.

Spannend sind auch die Anfänge der Kooperation in **Oldenburg**. Hier hatte sich der DGB von Anfang an (1971) in die Gründung der Universität eingebracht. Auch hier zielten die gewerkschaftlichen Vorstellungen darauf ab, „die bestehenden Bildungsprivilegien und kulturellen Benachteiligungen breiter Schichten" der Bevölkerung zu beseitigen.<sup>7</sup> Im September 1971 wurde ein „Gesprächskreis Reformuniversität Oldenburg (GROL)" gegründet. Mitglieder waren Hochschullehrer\*innen, wissenschaftliche Assistent\*innen, Studierende und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter\*innen der Universität sowie haupt- und ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionär\*innen. Der Gründungsausschuss der Universität nahm das zustimmend zur Kenntnis und erklärte: „Die Planung einer ‚Reformuniversität‘ kann nicht allein mit der Verbesserung des Hochschulstudiums begründet werden, sondern in erster Linie mit der Aufgabe einer reformorientierten Universität, einen Beitrag für gesellschaftliche Erneuerung zu leisten. ... Der Gründungsausschuss wird alles tun, um den Kontakt zu den Gewerkschaften auszubauen und zu intensivieren."<sup>8</sup>

1974 beschlossen die Universitätsgremien gegen das Votum des Wissenschaftsministeriums, der Universität den Namen „Carl von Ossietzky-Universität" zu geben. Nach ihrer Grundordnung arbeitet die Universität mit gewerkschaftlichen und sonstigen Forschungs- und Bildungseinrichtungen zusammen und kann zu diesem Zweck Vereinbarungen abschließen. Die Vereinbarung mit dem DGB und der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben wurde zum Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen. Auch hier war wieder von „Kaderschmiede" und „Bekennnis-Universität" die Rede. Konservative Kräfte verbreiteten das Gerücht, in Oldenburg könnten nur Gewerkschaftsmitglieder studieren.<sup>9</sup> Es gab eine Anfrage der CDU im niedersächsischen Landtag und kurz darauf (1975) auch eine Kleine Anfrage der CDU-Fraktion im Bundestag zum Thema „Hochschulpolitik unter einseitigem Vorzeichen".

In der Antwort auf die Anfrage begrüßte das Bundesbildungsministerium unter Minister Helmut Rohde (SPD) ausdrücklich, dass die Universitäten sich gegenüber der Gesellschaft öffneten. Die Oldenburger Kooperationsvereinbarung sei „von der Überzeugung getragen, dass die Hochschulen sich den vielfältigen Problemen ihrer Umwelt öffnen und versuchen sollen, an ihrer Lösung mitzuwirken." Es sei lange Zeit vernachlässigt worden, Forschungsergebnisse, die Arbeitnehmer\*innen berühren, auch an diese zu vermitteln. Es gebe ein Übergewicht der

„Die überkommene Kluft zwischen den Hochschulen und breiten Schichten der Bevölkerung ist noch immer nicht in ausreichendem Maße geschlossen worden."

Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen, das auszugleichen sei. „Die überkommene Kluft zwischen den Hochschulen und breiten Schichten der Bevölkerung ist noch immer nicht in ausreichendem Maße geschlossen worden.“<sup>10</sup> Ähnlich wie in Bremen wurden in der Folgezeit gemeinsame Forschungsprojekte durchgeführt und Bildungsveranstaltungen organisiert. Auch die einphasige Lehrerbildung wurde gemeinsam konzipiert.

In **Bochum** reicht die Vorgeschichte des Kooperationsvertrags bis 1968 zurück, als der Rektor Kurt Biedenkopf und der IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner ihr Interesse an einer Zusammenarbeit zwischen der Ruhr-Universität und dem Bildungszentrum der IG Metall im benachbarten Sprockhövel bekundeten. 1972 wurde ein paritätisch besetzter Arbeitskreis gegründet, der die Einzelheiten der geplanten Zusammenarbeit festlegen sollte. Erstes Resultat war, dass der pädagogische Leiter des Bildungszentrums Sprockhövel und ein Vorstandsmitglied der IG Metall Lehraufträge an der Ruhr-Universität erhielten.<sup>11</sup> Nach einigen hochschulinternen Querelen konnte im Juli 1975 eine „Vereinbarung über die Zusammenarbeit“ zwischen Ruhr-Universität und IG Metall unterzeichnet werden. Darin heißt es: Die Vertragspartner „sind an einer verstärkten Hinwendung der Wissenschaft zu Problemen interessiert, die sich aus den Lebensverhältnissen der abhängig Beschäftigten und deren Arbeitsbedingungen im Betrieb sowie unmittelbar am Arbeitsplatz ergeben.“<sup>12</sup> Relativ schnell erkannte man, dass die Kooperation eine rechtlich und personell abgesicherte Infrastruktur braucht. Am 1.3.1979 wurde die „Gemeinsame Arbeitsstelle Ruhr-Universität / IG Metall“ eingerichtet.<sup>13</sup>

Auch in **Saarbrücken** wurden bereits 1976 erste Kooperationsverträge der Saarländischen Arbeitskammer mit der Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule geschlossen,<sup>14</sup> 1994 erfolgte die Gründung der „Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes“.<sup>15</sup>



*Erste Kooperationsverträge schloss die Arbeitskammer des Saarlandes bereits 1976.*

Die Gründungsgeschichte macht deutlich, welche Intention den Kooperationsstellen bis heute zugrunde liegt: Die Hochschulen sollen geöffnet werden für breitere Schichten der Gesellschaft. Die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen an Forschung und Lehre wird verstanden als Stärkung und Förderung der Wissenschaft, nicht als Bedrohung ihrer Autonomie. Wenn dabei Ungleichgewichte zugunsten der Arbeitgeberseite entstehen, muss im Interesse der Demokratie die Seite der Arbeitnehmer\*innen durch institutionelle Vorkehrungen gefördert werden.

### Die 1980er Jahre: Das Bielefelder Projekt

Im Rahmen eines Forschungsprojektes mit dem Titel „Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer als Gegenstand der Hochschulforschung“ analysierten Forscher\*innen an der Universität Bielefeld seit 1977 Chancen und Probleme einer Wissenschaft, die sich an Interessen von Arbeitnehmer\*innen orientiert.<sup>16</sup>

„Arbeitnehmerorientierte Wissenschaft“ wurde anhand von drei Kriterien definiert:

- **Interessenbezug:** Wenn Interessen von Arbeitnehmer\*innen an Forschung formuliert werden, kann das einerseits helfen, deren Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Andererseits erhält die Forschung Anstöße zu neuen und komplexeren Fragestellungen.<sup>17</sup>
- **Praxisbezug:** „An die Stelle einer theoretischen Distanz zur Praxis tritt die Bereitschaft, an der Lösung praktischer Probleme mitzuwirken und dabei auch Verantwortung und Risiken zu tragen.“<sup>18</sup>
- **Kooperation ist notwendig, um arbeitnehmerorientierte Forschung politisch durch die Gewerkschaften abzusichern, um die gewünschte Praxisrelevanz der Forschungsergebnisse zu erzielen, um den Transfer der Erkenntnisse in die Praxis zu organisieren und um die soziale Distanz zwischen Gewerkschaften und Wissenschaft abzubauen.**<sup>19</sup>

Die Auswertung bestehender Kooperationsansätze, so formulierten die Projektleiter Siegfried Katterle und Karl Krahn, habe gezeigt, „wie sehr die Kooperation von Vermittlungsinstanzen zwischen Hochschulen und Gewerkschaften abhängig ist.“ Arbeitskreise reichten dazu nicht aus. „Deshalb wird vorgeschlagen, durch Kooperationsstellen die organisatorischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen für die Koordinierung von Kooperationsbeziehungen und für ihre langfristige Stabilisierung zu schaffen.“<sup>20</sup> 1982 startete die Projektgruppe einen Modellversuch mit dem Titel „Regionale Öffnung der Hochschulforschung für Arbeitnehmerprobleme durch Kooperationsstellen“. An den fünf Hochschulorten Hamburg, Oldenburg, Dortmund, Kassel und Tübingen wurden Kooperationsstellen eingerichtet. Die Leitung des Projekts hatten Klaus Beck und Lothar Feldengut, zwei Kollegen aus der Abteilung Gesellschaftspolitik des DGB-Bundesvorstands. Das Personal in den Kooperationsstellen wurde finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Hans-Böckler-Stiftung.<sup>21</sup> In Dortmund beispielsweise leitete der DGB-Kreisvorsitzende Helmut Neukirch das Projekt Kooperationsstelle.

In einem Buch mit dem Titel „Regionale Zusammenarbeit von Hochschulen und Gewerkschaften“<sup>22</sup> wurden die Erfahrungen aus dem Projekt aufgearbeitet. Fazit: „Kooperationsstellen sind notwendig, weil Zusammenarbeit von Hochschule, Gewerkschaften und Arbeitnehmern in der Region ... einer festen Organisationsform bedarf, die in der Lage ist, den Kooperationsbedarf zu ermitteln, Kooperationsprozesse dauerhaft zu begleiten sowie die Ergebnisse von Kooperationsprojekten umzusetzen.“<sup>23</sup>

Als Erfolge der Kooperationsstellen wurden genannt:

- Es war ihnen gelungen, bei Gewerkschaften, Betriebsräten und Arbeitnehmer\*innen das nötige Vertrauen zu gewinnen und soziale Distanz zur Wissenschaft abzubauen. Dies erwies sich als entscheidende Voraussetzung dafür, Forschungsbedarf aus der Arbeitswelt in die Hochschulforschung zu übermitteln.
- In verschiedenen Projekten konnten die Kooperationsstellen konkrete Zusammenarbeit initiieren und organisieren. In Dortmund beispielsweise wurden Projekte zur Regional- und Strukturpolitik durchgeführt mit dem Ziel, Beschäftigung zu schaffen. Daraus entstand das Entwicklungszentrum (EWZ), das heute noch als Weiterbildungsträger besteht. Ein anderer Schwerpunkt waren Projekte zum Einsatz neuer Technologien in Dortmunder Metallbetrieben. Schließlich ging es um Qualifizierung als Teil einer beschäftigungswirksamen Strukturpolitik.<sup>24</sup>
- Die gemeinsame Arbeit habe die Problemwahrnehmung der beteiligten Forscher\*innen verändert und die Sichtweisen auf ihren Forschungsgegenstand erweitert.<sup>25</sup>

Perspektivisch schlug die Projektgruppe vor, den Diskurs ins Zentrum der Arbeit von Kooperationsstellen zu rücken, die Diskussion von Gewerkschafter\*innen und Betriebs- beziehungsweise Personalräten mit den Wissenschaftler\*innen der örtlichen Hochschulen zu organisieren, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und kooperative Projekte anzustoßen.

Eine Kooperationsstelle – so eine weitere Empfehlung des Projektberichts – sollte mindestens aus zwei wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen und einer Bürokräft bestehen; ihre Arbeit sollte von einem Beirat aus Vertreter\*innen der Hochschulen und der Gewerkschaften begleitet werden; Kooperationsstellen sollten im gewerkschaftlichen Bereich angesiedelt sein, um es ihnen zu erleichtern, den Kooperationsbedarf zu ermitteln und das Vertrauen der Arbeitnehmer\*innen und ihrer Interessenvertretungen zu gewinnen; schließlich wurde eine überregionale Koordination der

**Perspektivisch schlug die Projektgruppe vor, den Diskurs ins Zentrum der Arbeit von Kooperationsstellen zu rücken.**

Kooperationsstellen beim DGB-Bundesvorstand empfohlen.<sup>26</sup> Drei der im Modellversuch eingerichteten Kooperationsstellen konnten 1986 in öffentlich geförderte Einrichtungen überführt werden (Dortmund, Hamburg, Oldenburg), sodass zusammen mit Bochum und Bremen nun fünf Kooperationsstellen etabliert waren.

### Die Situation der Kooperationsstellen im Jahr 2020

In den Folgejahren entstanden mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung weitere Kooperationsstellen, seit 1990 insbesondere in den neuen Bundesländern.<sup>27</sup> Mit der Zahl der Kooperationsstellen haben sich auch Konzepte, Arbeitsweisen und Themenstellungen vervielfacht. Je nach Lage vor Ort haben sich die Tätigkeiten der Kooperationsstellen unterschiedlich entwickelt. Einige legen den Schwerpunkt auf öffentliche Diskussionen zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt, andere initiieren und begleiten vorwiegend kooperative Forschungs- und Gestaltungsprojekte, wieder andere kümmern sich stärker um Lehre und Weiterbildung.

Auch die institutionelle Einbindung ist verschieden. Anders als im Projektbericht von 1986 empfohlen, sind die meisten Kooperationsstellen nicht bei den Gewerkschaften, sondern an den Hochschulen angesiedelt. Einige sind als selbständige Einrichtungen organisiert. Einige verfügen über öffentliche Mittel, andere finanzieren sich über Projekte und Aufträge Dritter. Einige werden rein ehrenamtlich geführt, andere verfügen über eine Planstelle, manche arbeiten mit befristeten Projektstellen.

Eine Besonderheit ist das Netzwerk der sechs – seit Ende der 1990er Jahre landesfinanzierten – Kooperationsstellen in Niedersachsen und Bremen. Durch die Verbindung miteinander können die Kompetenzen der regionalen Partner\*innen aus Wissenschaft und Arbeitswelt besser genutzt werden. Vor Ort eröffnen sich Wege zu anderen Kooperationsstellen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie Gewerkschaftsgliederungen und Arbeitnehmervertreter\*innen in den Betrieben. In Zusammenarbeit werden überregionale Angebote ermöglicht, wodurch sich die Potenziale der einzelnen Einrichtungen erweitern. Die Kooperationsstellen erstellen gemeinsame Publikationen und arbeiten gemeinsam an Projekten und Veranstaltungen.

**Eine Besonderheit ist das Netzwerk der sechs – seit Ende der 1990er Jahre landesfinanzierten – Kooperationsstellen in Niedersachsen und Bremen.**

Auf Bundesebene sind die Kooperationsstellen in einer „Bundesarbeitsgemeinschaft der Kooperationsstellen Wissenschaft und Arbeitswelt (BAG)“ zusammengeschlossen. Sie dient zum Erfahrungsaustausch untereinander und zur Profilierung der Kooperationsstellen in der Öffentlichkeit. Sie werden dabei unterstützt von der Hans-Böckler-Stiftung sowie dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften. Die von der Kooperationsstelle in Leipzig betreute gemeinsame Website [www.kooperationsstellen.de](http://www.kooperationsstellen.de) gibt einen Überblick über Schwerpunkte der Arbeit und aktuelle Projekte. Ein Newsletter hält die Abonnent\*innen auf dem Laufenden. 2003 wurde ein Buch mit dem Titel „Kooperation Wissenschaft – Arbeitswelt“ veröffentlicht, wo im Wesentlichen das breite Spektrum der Kooperationsarbeit dokumentiert wird.<sup>28</sup>

2007 hat der Autor eine Untersuchung durchgeführt zur Arbeit der Kooperationsstellen „Zwischen Lehrstühlen und Werkbänken“.<sup>29</sup> Im Ergebnis konnte festgestellt

werden: Kooperationsstellen verstehen sich als Agenturen, die auf der lokalen Ebene Potenziale aufspüren, Akteure mobilisieren und Prozesse initiieren. Wissenschaft wird auf Praxiskontexte bezogen und die Praxis der Arbeitswelt findet leichter Anschluss an wissenschaftliches Wissen. Je nach den Gegebenheiten vor Ort defi-

**Kooperationsstellen verstehen sich als Agenturen, die Potenziale aufspüren, Akteure mobilisieren und Prozesse initiieren.**

nieren Kooperationsstellen in Abstimmung mit verschiedenen lokalen Einrichtungen ihre Arbeitsfelder und Schwerpunktsetzungen. Dabei kommt es sehr stark auf die Fähigkeiten der einzelnen Mitarbeiter\*innen an, sich in die örtlichen Gegebenheiten einzufinden, in die jeweiligen Milieus „einzutauchen“ und sich eine anerkannte Stellung zu erarbeiten. Kooperationsstellen leben vom Engagement ihrer Mit-

arbeiter\*innen. Charakteristisch für Kooperationsstellen sind diskursive Arbeitsformen, angefangen von Diskussionsveranstaltungen und Tagungen über Workshops und Zukunftswerkstätten bis hin zu kooperativ angelegten Forschungsprojekten und Seminaren. Immer geht es darum, verschiedene Akteur\*innen aus Wissenschaft und Arbeitswelt zusammenzubringen und eine aktive Auseinandersetzung zu fördern. Durch ihre initiierenden, organisierenden und moderierenden Tätigkeiten ermöglichen Kooperationsstellen einen Diskurs zweier „Welten“, die im Alltag nur selten direkt miteinander kommunizieren. Darauf aufbauend wird eine projektförmige Zusammenarbeit angeregt und organisiert, die sich im Idealfall zu dauerhaften Netzwerken fortentwickelt.

Mit Unterstützung aus den Gewerkschaften und der Hans-Böckler-Stiftung haben engagierte Personen aus Wissenschaft und Arbeitswelt vielerorts weitere Kooperationsstellen initiiert und gegründet. Mangels öffentlicher Finanzierung basieren sie weitgehend auf Drittmitteln oder werden ehrenamtlich geführt. Die Gewerkschaften halten dagegen am Grundgedanken aus den 1970er Jahren fest, dass Einrichtung und Betreiben von Kooperationsstellen eine öffentliche Aufgabe sei. Im hochschulpolitischen Programm des DGB heißt es dazu: „Vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen mit den Kooperationsstellen zwischen Wissenschaft, Gewerkschaften und Arbeitswelt schlagen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften vor, diese flächendeckend und mit einer staatlichen Grundfinanzierung an den Hochschulen zu verankern.“<sup>30</sup> Diese Forderung wurde vom Bundesvorstand des DGB im Oktober 2018 noch einmal bekräftigt. Aus Sicht der Gewerkschaften sind Kooperationsstellen ein Instrument zur Stärkung der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft. Ihre Aufgabe ist es, einseitiger Einflussnahme ökonomisch und politisch potenter Gruppen entgegenzuwirken, indem sie Voraussetzungen schaffen zur Beteiligung breiterer Bevölkerungsschichten an der Wissensgesellschaft. Die Gestaltung von Kooperationsbeziehungen im beschriebenen Sinn ist eine Daueraufgabe. Die Erfahrung zeigt, dass Kooperationsstellen ihr Potenzial nur entfalten können, wenn sie über eine solide Grundfinanzierung verfügen.

Aktuell haben einige Kooperationsstellen mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wo die Arbeit ausschließlich aus befristeten Projektmitteln finanziert wird, steht

bei Ablauf eines jeden Projekts die Existenz der gesamten Institution auf dem Spiel. Auch Kooperationsstellen mit öffentlicher Förderung sind in den letzten Jahren vor allem von Hochschuleseite massiv infrage gestellt worden. Damals wie heute ist Kooperationsarbeit, wie sie von den Kooperationsstellen praktiziert wird, politisch umstritten und noch längst nicht etablierter Bestandteil der Wissenschaftslandschaft.

### 3. Kooperation konkret

Ich möchte anhand von drei Beispielen aus den Kooperationsstellen Osnabrück und Hamburg sowie aus meiner eigenen Praxis in der Sozialforschungsstelle der TU Dortmund zeigen, wie eine Vermittlung zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt aussehen kann.

#### Beispiel 1: Soziale Gerechtigkeit

„Von der Idee einer gerechten Gesellschaft zum konkreten Handeln vor Ort“ lautet der Untertitel einer Broschüre der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften in Osnabrück über die Arbeit der örtlichen Sozialkonferenz, eines offenen Netzwerks verschiedener Personen und Organisationen der Zivilgesellschaft, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Sozialpolitik der Stadt Osnabrück durch eine möglichst breite Öffentlichkeit kritisch zu begleiten.<sup>31</sup> Das Verhältnis von Theorie und Praxis wird hier direkt angesprochen. Die Idee der Gerechtigkeit ist: Jede\*r soll bekommen, was ihm oder ihr zusteht. Aber was folgt daraus für die praktische Politik? Nach welchen Kriterien wird entschieden, was wem zustehen soll? Wie in der Wissenschaft üblich, gibt es dazu verschiedene Theorien. Sie liefern Argumente, aus denen unterschiedliche, sogar konträre Konsequenzen für die Praxis gezogen werden können.

Im klassisch sozialstaatlichen Verständnis ist Gerechtigkeit *Verteilungsgerechtigkeit*. Politische Maßnahmen zielen auf eine Angleichung der Lebensverhältnisse, damit die Ungleichheit nicht zu groß wird. Als ursächlich für Ungerechtigkeiten werden gesellschaftliche Strukturen angesehen, insbesondere der Marktmechanismus. Wer seine Arbeitskraft verkaufen muss, wird abhängig von den Launen des Marktes. Dem soll der Sozialstaat durch schützende und zuteilende Maßnahmen entgegenwirken. Heute ist stattdessen oft von *Teilhabegerechtigkeit* die Rede. Gerechte Teilhabe sei dann gewährleistet, wenn alle die gleiche Möglichkeit haben, am Wettbewerb teilzunehmen. Der Markt wird als gerechtes Verfahren zur Zuteilung von Einkommen angesehen. Ungleichheit entstehe durch unterschiedliche Leistungen. Der Staat habe die Aufgabe, die Individuen zu befähigen und zu aktivieren, damit sie am Wirtschaftsleben teilnehmen.

Die politischen Konsequenzen der beiden Konzepte sind geradezu gegensätzlich: Während es der Verteilungsgerechtigkeit darum geht, die Spielregeln des Systems zu verändern, zielt Teilhabegerechtigkeit darauf ab, jeder Person die Teilnahme am Spiel zu ermöglichen.<sup>32</sup>

- Verteilungsgerechtigkeit heißt: Niemand soll gezwungen sein, durch die Straßen zu ziehen und Flaschen zu sammeln. Um das zu verhindern, wird Bedürftigen Sozialhilfe bzw. Grundsicherung gezahlt.
- Teilhabegerechtigkeit heißt: Flaschensammeln ist eine Geschäftsidee, dadurch können Bedürftige am Marktgeschehen teilnehmen. Der Staat fördert diese Eigeninitiative. Dann könnte an Sozialhilfe gespart werden.

Theorien der Teilhabegerechtigkeit dienen spätestens seit den sogenannten Hartz-Reformen als wissenschaftliche Legitimation der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Die Osnabrücker Sozialkonferenz will die konkreten Folgen des vorherrschenden Gerechtigkeitsverständnisses und der darauf fußenden Politik aufzeigen. Dass mehrere tausend Osnabrücker Kinder in Armut leben, kann nicht hingenommen werden. Es stimmt etwas nicht an den Zuständen in unserer Gesellschaft. Wenn das als gerecht bezeichnet wird, taugt auch die theoretische Begründung nichts.

In der Broschüre zum zehnjährigen Bestehen der Sozialkonferenz heißt es: „Die einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen ... können Definitionsangebote vorschlagen oder unterschiedliche Theorien (z.B. über Gerechtigkeit) entwickeln, die sie zur Diskussion stellen. Was aber letztlich mehrheitlich unter Armut, Reichtum oder Gerechtigkeit verstanden wird, wie der gesellschaftliche Wohlstand verteilt werden sollte und welche politischen Entscheidungen dafür notwendig wären, muss in einem gesellschaftlichen Diskurs ermittelt werden. Sprich: Es muss Gegenstand einer öffentlichen Debatte sein.“<sup>33</sup>

Die Sozialkonferenz ist ein Ort für die Gerechtigkeitsdebatte, hier kann sich die Wechselwirkung von wissenschaftlichem und praktischem Wissen entfalten. In der genannten Broschüre ist die Rede von einer „doppelten Perspektive“: Wissenschaft kann durch ihren analytischen Blick verschiedene Armutsdefinitionen und Ursachen von Armut zur Diskussion stellen, aus denen sich die unterschiedlichen Politikkonzepte jeweils herleiten lassen. Der Sozialkonferenz geht es darum, diese wissenschaftliche Perspektive mit der praktischen Perspektive von sozial benachteiligten Menschen zu konfrontieren. Erst aus dem Diskurs ergeben sich Handlungsmöglichkeiten vor Ort, die einerseits folgerichtig sind und andererseits praxisadäquat wirken. In der Jubiläumsschrift wird kein Zweifel daran gelassen, dass letztlich das Konzept der sozialstaatlichen Verteilungsgerechtigkeit erneuert werden soll. Die Kooperationsstelle trägt wesentlich dazu bei, dieses Netzwerk zu knüpfen und am Leben zu halten. Sie unterstützt und organisiert die Kommunikation zwischen den Akteuren, sorgt dafür, dass die Ressourcen aller Teilnehmenden bestmöglich zum Einsatz kommen, moderiert den gemeinsamen Lernprozess und führt ihn zu einem Ergebnis.

Das Spektrum der Themen, mit denen sich die Sozialkonferenz seit ihrer Gründung im Jahr 2002 befasst hat, reicht von Hartz IV und Niedriglohn über Kinder- und



*In Osnabrück wird mittels einer Sozialkonferenz eine Gerechtigkeitsdebatte geführt, organisiert und moderiert von der Kooperationsstelle.*

Altersarmut bis hin zu Fragen von Gesundheit und Wohnraum in Osnabrück. Bewusst werden konträre Positionen gegenübergestellt und diskutiert, zum Beispiel von Jobcenter und Arbeitslosen-Selbsthilfe. Immer werden konkrete Forderungen und Handlungsmöglichkeiten herausgearbeitet. Das ist auch wissenschaftlich interessant. Denn es macht keinen Sinn, Gerechtigkeit losgelöst von Handlungen zu diskutieren. Gerecht oder ungerecht kann nur etwas sein, das durch Handlungen zu beeinflussen ist, ein Naturereignis würde man nicht als gerecht oder ungerecht bezeichnen. Im eigenen Interesse tut die wissenschaftliche Forschung gut daran, Impulse aus dem Dialog mit der Praxis aufzugreifen. Hier wird wissenschaftliches Wissen mit praktischem Wissen zusammengeführt, immer im Hinblick auf mögliche Problemlösungen. Davon profitieren beide Seiten. Zu wissen, wie man das macht, wie der Dialog geführt werden kann – das ist die Kernkompetenz der Kooperationsstelle.

### Beispiel 2: Gefahrstoffersatz

Noch immer werden sowohl in der Industrie wie auch in Dienstleistungsunternehmen Stoffe verwendet, die Gefahren mit sich bringen für Umwelt und Kundschaft, insbesondere aber für die Beschäftigten, die tagtäglich damit umgehen müssen. Die Kolleg\*innen der Kooperationsstelle Hamburg haben über Jahre Möglichkeiten erarbeitet, wie Gefahrstoffe in Unternehmen durch sichere Alternativen zu ersetzen wären.<sup>34</sup> Ein Laie stellt sich diesen Prozess eher simpel vor: Um Gefahren für Umwelt, Kundschaft und Beschäftigte zu reduzieren, soll ein Stoff durch einen anderen ersetzt werden. Die Wissenschaft gibt Auskunft über Eigenschaften und Gefahren verschiedener Chemikalien. Der Betrieb sucht nach einem ungefährlichen Stoff und setzt ihn anstelle des gefährlichen ein.

Der reale Prozess des Gefahrstoffersatzes gestaltet sich jedoch sehr viel komplizierter. Das zeigen die Erfahrungen der Kolleg\*innen aus Hamburg. Ich nenne einige Fallbeispiele:

- Ein Unternehmen sucht ein Lösungsmittel, das in der Lage sein soll, eine Trennschicht auf Industrieschildern abzulösen, ohne den Lack anzugreifen. Verschiedene Lösungsmittel kommen infrage. Aber welches Mittel in welcher Dosierung die Trennschicht entfernt und den Lack verschont, ist nicht bekannt. Dazu sind zusätzliche Tests nötig, die im Unternehmen durchgeführt werden.
- Ein anderes Unternehmen will PVC auf der Unterseite von Teppichfliesen ersetzen. Ein Alternativstoff wäre vorhanden. Es stellt sich jedoch heraus, dass er nur verwendet werden kann, wenn das Produktdesign verändert wird.
- In einer Krankenhauswäscherei fordert die Gewerkschaft, einen gesundheitsschädlichen Stoff zu ersetzen und schlägt eine wissenschaftlich fundierte Alternative vor. Dem Management ist das zu teuer. Man droht damit, die ganze Wäscherei an eine Fremdfirma auszulagern.
- Eine Baustofffirma will einen einspritzbaren Mörtel einsetzen, der weniger Schadstoffe enthält. Es stellt sich heraus, dass er bei niedrigen Temperaturen nicht härtet. Man sucht daher nach einer Möglichkeit, ihn zu erwärmen, sodass der Bau auch bei kaltem Wetter fortgeführt werden kann.

Das Wissen aus Physik und Chemie über die Eigenschaften verschiedener Stoffe reicht offenbar nicht aus. Der Prozess der Realisierung wissenschaftlicher Erkenntnisse hat seine eigenen Tücken. In der Praxis sind sehr viel mehr Bedingungen zu beachten als im Labor, wo die Stoffe entwickelt werden. Im Laborversuch wird abstrahiert von praktischen Kontexten wie

- Lack darf nicht beschädigt werden,
- Produktdesign passt nicht,
- Stoff ist zu teuer,
- Stoff darf nicht zu kalt werden.

Solche Bedingungen sind aber zu beachten, wenn der Stoff in der Alltagswelt verwendet werden soll.

Wissenschaft ist für die Praxis insofern nützlich, dass sie Alternativen aufzeigt. Sie analysiert und beschreibt die Eigenschaften der Stoffe und bringt die Akteur\*innen in den Betrieben damit auf die Idee, den einen durch den anderen zu ersetzen. Wissenschaft zeigt, dass etwas möglich ist. Sie sagt nicht, wie genau es möglich ist. Wissenschaft liefert noch nicht das „know-how“, um etwas zu verändern. Es geht also darum, wissenschaftliches Wissen mit praktischem Wissen zusammenzubringen, um Probleme mit gefährlichen Stoffen zu lösen. Das ist kein einfacher Transfer von Erkenntnissen aus dem Labor in die reale Welt, es geht nicht um die bloße Anwendung von Wissen auf praktische Abläufe. Es geht um die Realisierung und Vergegenständlichung theoretischer Erkenntnisse. Dazu ist eine Beurteilung der jeweiligen komplexen Situation notwendig. Diese Beurteilung lässt sich weder aus

der Theorie ableiten, noch aus der Erfahrung gewinnen. Sie ergibt sich erst aus der Wechselwirkung von theoretischem und praktischem Wissen.

Es kommt darauf an, diese Wechselwirkung zu organisieren. Die Kooperationsstelle Hamburg hat dazu eine Datenbank mit hunderten an Fallbeispielen aufgebaut, teils aus eigener Erfahrung, teils aus Erfahrungen anderer.<sup>35</sup> Man kann nachsehen, wie andere Betriebe den Ersatz durchgeführt haben, welche Probleme sie dabei mit welchen Mitteln gelöst haben. Und es wird auch immer eine Person angegeben, die Auskunft erteilen kann. Wer die Datenbank nutzt, soll möglichst auch seine Erfahrungen dort abspeichern, um wieder anderen weiterzuhelfen. Das Wissen wächst damit stetig an. Darüber hinaus bieten die Projektpartner\*innen auch Trainingseinheiten an für Unternehmen, die Alternativen finden und einführen wollen.

### Beispiel 3: Gutes Betriebsklima

Als drittes Beispiel möchte ich ein kooperativ angelegtes Projekt aus unserer eigenen Arbeit in der Sozialforschungsstelle der TU Dortmund vorstellen. Hier hat der Forschungsbereich „Kooperation Wissenschaft Arbeitswelt“ ein Projekt „Betriebsklima und gute Arbeit“ initiiert, zusammen mit weiteren Wissenschaftler\*innen durchgeführt und in Anwendungskontexte übertragen. In Gesprächen mit Betriebs- und Personalräten war uns immer wieder deutlich geworden, wie belastend ein schlechtes Betriebsklima für die Beschäftigten wirken kann. Veranstaltungen und Seminare mit Referent\*innen aus der Wissenschaft zeigten, dass vorhandene wissenschaftliche Erkenntnisse nicht ausreichten, um den betrieblichen Akteur\*innen Möglichkeiten zur Verbesserung zu zeigen. Unser Forschungsprojekt sollte hierzu weitere Aufschlüsse geben.

Dazu musste das Thema zunächst einmal in eine sozialwissenschaftliche Fragestellung überführt werden. Der Begriff „Betriebsklima“ wird in den Betrieben als Metapher verwendet für das Miteinander bei der Arbeit, für die Qualität der sozialen Beziehungen im Betrieb. Belegschaften beurteilen ihre Zusammenarbeit danach, ob es gerecht und solidarisch zugeht. Betriebsklima wird zum Thema, wenn die eingespielten Routinen der Zusammenarbeit nicht mehr reibungslos funktionieren. Es war also zu untersuchen, wie diese Routinen aussehen, warum sie Unzufriedenheit auslösten und wie sie verändert werden könnten.

Relativ schnell konnten über die bestehenden Kontakte des Forschungsbereichs zu den Gewerkschaften einige Betriebe und Verwaltungen gefunden werden, die bereit waren, sich an einer Untersuchung zu beteiligen. Wir fanden eine große Beteiligungs- und Auskunftsbereitschaft vor. Zugleich wurden aber auch spezielle praktische Interessen an uns herangetragen. Wir haben versucht, die recht hohen Erwartungen an unser Projekt zu begrenzen, indem wir betont haben, dass kein Rezeptwissen geliefert wird, sondern eher eine Problembeschreibung und Hilfeleistung zur Selbstreflexion. „Wir zeigen die Stellschrauben, daran drehen müssen Sie selbst.“ Wir haben uns mit den betrieblichen Akteur\*innen darüber verständigt,

was genau untersucht werden sollte. Was aus wissenschaftlicher Sicht untersuchenswert erscheint, muss nicht auch für Beschäftigte und Vorgesetzte interessant sein und umgekehrt. Es gab Aushandlungen zur Fragestellung. Hier kamen uns die Erfahrungen zugute, die wir in anderen Zusammenhängen in der Kooperation mit Gewerkschaften und Betriebs-/Personalräten gesammelt hatten. Auch während der Untersuchungen haben wir immer wieder einzelne Erkenntnisse mit dem Betriebs-/Personalrat und der Geschäftsführung durchgesprochen. Der Belegschaft haben wir unser Projekt zu Beginn auf einer Betriebsversammlung erläutert. Zum Schluss haben wir unsere Ergebnisse wiederum auf einer Betriebsversammlung präsentiert und zur Diskussion gestellt.

Im Wesentlichen haben wir mit qualitativen, diskursiven Methoden, d.h. mit offenen Interviews und Gruppendiskussionen gearbeitet. Das mussten wir erläutern, denn erwartet hatten die meisten einen Fragebogen. Das Verständnis für unsere Methoden war zugleich Voraussetzung dafür, dass die Befragten offen mit uns redeten. Spannend waren vor allem die Gruppendiskussionen, weil hier die Beteiligten selbst in einen Prozess der Diskussion und Meinungsbildung gerieten. Meistens ging es dabei recht lebhaft zu. Die Teilnehmenden sahen hier eine Gelegenheit, sich intensiver mit ihrer Arbeit auseinanderzusetzen. So haben die Gruppendiskussionen nicht nur uns Informationen geliefert, sie haben auch den Befragten dazu gedient, betriebliche Probleme zu besprechen. Die Form der Gruppendiskussion demonstrierte zugleich, wie Dialogprozesse im Betrieb aussehen könnten.

Bei dieser Art von Forschung wird das Projektteam mitverantwortlich für die Gestaltung der Praxis. Auch wenn wir uns bemüht haben, neutrale Beobachter\*innen zu bleiben, haben wir doch allein durch unsere Fragen Nachdenken und Diskussionen provoziert. Jedes Interview kann Reflexionen bei der oder dem Befragten auslösen, über die sich die Forscher\*innen vorher nicht im Klaren waren. Nicht nur einmal haben wir erlebt, dass die Befragten begannen, über eine bestimmte Problematik nachzudenken und vielleicht auch danach zu handeln. (Zum Beispiel löste die Frage: „Haben Sie den Vorgesetzten mal darauf angesprochen?“ eine Antwort aus: „Nein. Aber das sollte ich vielleicht mal tun.“) Unsere Verantwortung lag zunächst darin, methodisch korrekt zu arbeiten. Darüber hinaus waren wir immer bemüht, die Folgen unserer Aussagen und Handlungen im Untersuchungsfeld zu bedenken. Wir durften uns nicht einspannen lassen für betriebspolitische Auseinandersetzungen.

Für jeden Betrieb haben wir einen gesonderten, etwa zehneitigen Ergebnisbericht erstellt, der die nach unserer Auffassung wesentlichen Aspekte des speziellen Betriebsklimas darstellt. Im Sinne partizipativer Forschung ging es uns darum, das vorhandene, zum Teil implizite Wissen in Frage zu stellen und Prozesse der Selbstreflexion anzustoßen. Wir haben deutlich gemacht, dass es wesentlich darauf ankommt, die Routinen, das scheinbar Selbstverständliche zu hinterfragen, offen darüber zu sprechen, sich mit der Qualität der jeweiligen Arbeitsbeziehungen auseinanderzusetzen. Unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse haben wir in einem Buch veröffent-

licht.<sup>36</sup> Der Text ist so abgefasst, dass er auch für Interessierte aus der betrieblichen Praxis lesbar ist. Im Anschluss haben wir eine Weiterbildungskonzeption zum Thema Betriebsklima erarbeitet und erprobt, die in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eingesetzt werden kann.<sup>37</sup>

### Wissen und Problemlösung durch Zusammenarbeit

Die Beispiele zeigen Wechselwirkungen von wissenschaftlichem und praktischem Wissen. Sie realisieren sich in der Praxis von Kooperationsprozessen.<sup>38</sup> In allen drei Beispielen wird jeweils ein gemeinsames Ziel verfolgt:

- gerechte soziale Verhältnisse herzustellen,
- Gefahrstoffe zu ersetzen,
- das Betriebsklima zu verbessern.

Die Praxis profitiert von der Theorie, weil Wissenschaft Selbstverständliches infrage stellt, Ursachen und Zusammenhänge aufdeckt und Alternativen zeigt. Die Theorie profitiert von praktischen Erfahrungen, weil sie inhaltlich bereichernd wirken:

- Politikwissenschaftliche Debatten darüber, ob Gerechtigkeit sich eher an Gleichheit oder eher an Freiheit orientieren soll, erhalten eine empirische Fundierung, indem die Konsequenzen für Sozialpolitik erkennbar werden.
- Durch die Aufnahme von Erfahrungswissen derjenigen, die mit chemischen Stoffen arbeiten, erlangt die chemische Forschung neue Erkenntnisse über Wirkungen bestimmter Stoffe in verschiedenen Anwendungskontexten.
- Die allgemeine soziologische Erkenntnis, dass soziale Beziehungen im Betrieb nach bestimmten Mustern und Routinen verlaufen, wird angereichert durch die Aufnahme von Erfahrungswissen darüber, wie sie zustande kommen, welche Interessen dabei eine Rolle spielen und wer wie mit welchen Mitteln beteiligt ist.

Die praktische Anwendbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse ist für Praxisakteur\*innen eine Voraussetzung ihrer Nutzung für konkrete Veränderungen. Für die Wissenschaft ist sie ein Prüfstein des theoretischen Werts ihrer Erkenntnisse. „Eine Wissenschaft, deren Ergebnisse angewendet werden können, beweist dadurch, dass sie in der Lage ist, eine Vielzahl von Problemen zu erfassen, dass ihre Methode wirklich exakt ist – dass sie Gültigkeit besitzt.“<sup>39</sup>

Die praktische Anwendbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse ist für Praxisakteur\*innen eine Voraussetzung ihrer Nutzung für konkrete Veränderungen.

## 4. Ausblick: Kooperationsarbeit als Teil des „Dritten Auftrags“ der Hochschulen

Im November 2017 hat die Hochschulrektorenkonferenz einen bemerkenswerten Beschluss gefasst mit dem Titel „Transfer und Kooperation als Aufgaben der Hochschulen“. Neben Forschung und Lehre wird hier der sogenannte Dritte Auftrag

*Wer sportlich orientiert ist, kann Wissenstransfer auch so definieren – und organisieren.*



Foto: Adobe Stock/cirquedelmit

(„Third Mission“) der Hochschulen hervorgehoben: Weiterbildung, Wissenstransfer und gesellschaftliches Engagement in der Region. „Hochschulen sind Teil der Gesellschaft und ihr verpflichtet. Sie pflegen seit Langem den Austausch mit Akteur\*innen außerhalb der akademischen Institutionen. Es gilt, diesen Austausch vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen weiter voranzutreiben.“<sup>40</sup> Bewusst wird hier der Begriff des Transfers um den der Kooperation ergänzt, denn es geht nicht nur um Weitergabe von Wissen, sondern um Austausch und Interaktion mit außerakademischen Einrichtungen.<sup>41</sup> Eine empirische Erhebung des Instituts für Hochschulforschung der Universität Halle kommt zu dem Ergebnis, dass an vielen deutschen Hochschulen ein beachtliches Spektrum von Aktivitäten entstanden sei, die sich mit lokalen und regionalen Problemstellungen auseinandersetzen, auch wenn sich dies oft eher unsystematisch entwickelt habe.<sup>42</sup> Gibt es in diesem Zusammenhang neue Chancen für Kooperationsstellen mit ihrer spezifischen Ausrichtung auf zivilgesellschaftliche Akteur\*innen in Betrieb und Gewerkschaft?

Dagegen spricht zum einen, dass Professor\*innen – so gibt der zitierte Forschungsbericht zu bedenken – im etablierten Hochschulsystem kaum Anreize finden, an Third Mission-Aktivitäten mitzuwirken.<sup>43</sup> Ein Artikel in der Deutschen Universitätszeitung äußert die Vermutung, dass der Dritte Auftrag vor allem für diejenigen interessant sein könnte, die im Wettstreit um Exzellenzcluster und Elitehochschulen ins Hintertreffen geraten sind. „Die Third Mission als dritte Liga, als Spielfeld, auf dem sich all jene austoben können, die es nicht geschafft haben, sich in den Missionen Nummer eins und zwei einen Namen zu machen? Das klingt nicht nett, ist aber die Konsequenz des Reputationssystems, das die Wissenschaft prägt und das auf die Forschung ausgerichtet ist.“<sup>44</sup> Wo keine Reputation erlangt werden kann, wird

es wenig Engagement geben, die entsprechenden Aktivitäten voranzutreiben, geschweige denn Geld dafür auszugeben.

Zum anderen beziehen sich die Überlegungen sowohl der HRK wie auch des Wissenschaftsrates<sup>45</sup> zur Kooperation in der Regel auf „die Wirtschaft“ allgemein, wenn auch in lokalen und regionalen Zusammenhängen. Unberücksichtigt bleibt, dass es sich bei Unternehmen und Betrieben um Orte sozialer Beziehungen zwischen unterschiedlichen Interessengruppen handelt, verbunden mit einem Machtungleichgewicht zwischen Arbeitgeber\*innen und abhängig Beschäftigten. Die Erfahrungen der Kooperationsstellen zeigen, dass damit auch unterschiedliche Chancen im Zugang zu Wissenschaft einhergehen. Wer alle wirtschaftlichen Akteur\*innen, also auch Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen, an Forschung und Entwicklung beteiligen will, muss dafür sorgen, dass die Zugangschancen verbessert werden. Insofern hat Kooperationsarbeit immer einen politischen Charakter als Engagement für mehr Gerechtigkeit.

Trotz dieser Widersprüchlichkeiten bietet die Debatte um den dritten Auftrag der Hochschulen Chancen für die Kooperationsstellen, ihre spezifischen Sichtweisen und Erfahrungen einzubringen. Zumindest liefern die offiziellen Dokumente, die ja auf vorangegangenen Diskussionen in entsprechenden Gremien beruhen, einige gute Argumente für die Institutionalisierung und Fortentwicklung von Kooperationsstellen. So argumentiert der Wissenschaftsrat in einem Positionspapier, für eine anwendungs- und innovationsorientierte Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteur\*innen bedürfe es „besonderer Übersetzungsanstrengungen und spezifischer Formate der Zusammenarbeit, um gesellschaftliche Probleme als Forschungsfragen bearbeiten und um wissenschaftliches Wissen für Neuerungen in der Gesellschaft nutzen zu können. Eine gemeinsame Sprache und gegenseitiges Vertrauen kann sich über Erfahrung und durch gemeinsames Arbeiten im Zeitablauf entwickeln.“<sup>46</sup> In einem weiteren Positionspapier stellt der Wissenschaftsrat fest, im Vergleich zu anderen Ländern fehle es in Deutschland noch an professionellen Unterstützungsstrukturen für Austausch und Kooperation.<sup>47</sup> Den Hochschulen wird empfohlen, systematisch verschiedene Formen von Begegnungsräumen zu erproben und zu schaffen, kooperative Forschungsprozesse zu initiieren sowie strategische Partnerschaften mit außerakademischen Einrichtungen aufzubauen, und dies nicht nur mit großen Wirtschaftsunternehmen, sondern auch mit anderen gesellschaftlichen Akteur\*innen wie zum Beispiel Stiftungen oder Nichtregierungsorganisationen.<sup>48</sup>

Das Problem in Bezug auf die Anwendung von Wissenschaft, stellte der amerikanische Philosoph John Dewey schon 1929 fest, „ist ein praktisches, kein theoretisches Problem. Das heißt, es betrifft die ökonomische und rechtliche Organisation der Gesellschaft, in deren Folge die Erkenntnis, welche die Tätigkeit lenkt, weitgehend das Monopol der Wenigen ist und von ihnen zugunsten ihres Privat- und Klasseninteresses und nicht zum allgemeinen und gemeinsamen Nutzen verwendet wird. Das

Man könnte die Aufgaben von Kooperationsstellen auch so formulieren: Beiträge zu leisten zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft mithilfe wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Problem betrifft die mögliche Transformation der sozialen Bedingungen im Hinblick auf ihre ökonomische und finanzielle Basis. ... Das praktische und soziale Problem besteht darin, eine gerechtere Verteilung der Elemente des Verstehens und Wissens im Zusammenhang mit der geleisteten Arbeit, den unternommenen Tätigkeiten und eine sich daraus ergebende freiere und allgemeinere Teilhabe an ihren Resultaten zu bewirken.<sup>49</sup> In diesem Sinne könnte man die Aufgaben von Kooperationsstellen

auch so formulieren: Beiträge zu leisten zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft mithilfe wissenschaftlicher Erkenntnisse.

## 5. Literatur- und Quellenhinweise

1) Lewin, Kurt: Problems of Research in Social Psychology, in: Cartwright, D. (Hg.) Field Theory in Social Science, Selected Theoretical Papers, New York 1951, S. 169, Original engl.: „There is nothing so practical as a good theory.“, zit. nach Wikiquote ([https://de.wikiquote.org/wiki/Kurt\\_Lewin](https://de.wikiquote.org/wiki/Kurt_Lewin), Zugriff am 15.4.2020).

2) Fricke, Werner: Forschung im Dialog statt Wissenschaftstransfer, in: Färber, Christiane u.a. a.a.O. (En. 22), S. 32-42.

3) vgl. hierzu und zum Folgenden die Arbeitsmaterialien der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kooperationsstellen (<https://www.kooperationsstellen.de/material/>).

4) Bamberg, Hans-Dieter/Kröger, Hans Jürgen/Kuhlmann, Reinhard: Soziale Verantwortung und Freiheit: Wissenschaft in der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Hochschulen, in: dies. (Hg.): Hochschulen und Gewerkschaften. Erfahrungen, Analysen und Perspektiven gewerkschaftlicher Kooperationspraxis, Köln 1979, S. 44f.

5) ebd., S. 41-43.

6) ebd., S. 47.

7) ebd., S. 51.

8) ebd., S. 51.

9) ebd., S. 53-54.

10) Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/3422.

- 11) Bamberg u.a., a.a.O., S. 55-57.
- 12) ebd., S. 60.
- 13) Zur weiteren Entwicklung: Pries, Ludger/Urban, Hans-Jürgen/Wannöffel, Manfred (Hg.): Wissenschaft und Arbeitswelt – eine Kooperation im Wandel. Zum 40. Jubiläum des Kooperationsvertrags zwischen der Ruhr-Universität Bochum und der IG Metall, Baden-Baden 2015.
- 14) Bamberg u.a., a.a.O., S. 61-62.
- 15) Roßmanith, Birgit: Sozialinnovatives Wissen in der Wissensgesellschaft, München/Mering 2003, S. 255-274.
- 16) Katterle, Siegfried/Krahn, Karl (Hg.): Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen, Köln 1980, Katterle, Siegfried/Krahn, Karl (Hg.): Arbeitnehmer und Hochschulforschung, Köln 1981.
- 17) Bosch, Gerhard: Zur Konzeption arbeitnehmerorientierter Wissenschaft, in: Katterle/Krahn 1980, S. 115.
- 18) ebd., S. 132.
- 19) ebd., S. 149.
- 20) Katterle, Siegfried/Krahn, Karl: Einführung, in: Katterle/Krahn 1981, S. 17.
- 21) Beck, Klaus/Feldengut, Karl: Überregionale Aspekte der Arbeit der Kooperationsstellen Hochschule/Gewerkschaften, in: DGB 1986 (En. 16), S. 13-72.
- 22) DGB (Hg.): Regionale Zusammenarbeit von Hochschulen und Gewerkschaften – Arbeitserfahrungen der Kooperationsstellen Hochschule/Gewerkschaften, Düsseldorf 1986.
- 23) Beck/Feldengut, a.a.O., S. 62 f.
- 24) ebd., S. 74ff.
- 25) ebd., S. 53 ff.
- 26) ebd., S. 63.
- 27) Ein aktueller Überblick über die Kooperationsstellen im Bundesgebiet findet sich auf der Website [www.kooperationsstellen.de](http://www.kooperationsstellen.de).

28) Färber, Christiane/Kock, Klaus/Mußmann, Frank/Schlosser, Irmtraud (Hg.): Kooperation Wissenschaft Arbeitswelt. Geschichte, Theorie und Praxis von Kooperationsstellen, Münster 2003.

29) Kock, Klaus: Zwischen Lehrstühlen und Werkbänken. Aufgaben und Arbeitsweisen von Kooperationsstellen, Arbeitspapier 139 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2007 ([https://www.kooperationsstellen.de/wp-content/uploads/2018/09/p\\_arbp\\_139.pdf](https://www.kooperationsstellen.de/wp-content/uploads/2018/09/p_arbp_139.pdf), Zugriff am 15.4.2020).

30) DGB: Für eine demokratische und soziale Hochschule. Das hochschulpolitische Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Berlin 2012, S. 25 (<https://www.dgb.de/themen/++co++61bc015a-4053-11e2-a409-00188b4dc422>, Zugriff am 20.4.2020).

31) Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Osnabrück (Hg.): Soziale Gerechtigkeit – eine Vision? Von der Idee einer gerechten Gesellschaft zum konkreten Handeln vor Ort, Osnabrück 2013 ([https://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de/fileadmin/user/Publikationen/Eigene\\_Publikationen/Dokumente/Buch\\_Soziale\\_Gerechtigkeit.pdf](https://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de/fileadmin/user/Publikationen/Eigene_Publikationen/Dokumente/Buch_Soziale_Gerechtigkeit.pdf), Zugriff am 16.4.2020).

32) Thomas Ebert: Soziale Gerechtigkeit in der Krise, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2012.

33) Manfred Flore/Lydia Kocar: Armut-/Reichtum-Verteilung. Was will die Osnabrücker Sozialkonferenz? in: Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Osnabrück (Hg.): a.a.O., S. 13.

34) Lißner, Lothar: Praktische Handlungsstrategien für eine wirkungsvollere Ersatzstoffpolitik, in: WSI-Mitteilungen 9/2000, S. 578-584.

35) <https://www.subsportplus.eu> Die Website wird fortgeführt. Trotz dieses und anderer allseits anerkannter Beiträge zum betrieblichen Umwelt- und Arbeitsschutz musste die Kooperationsstelle Hamburg inzwischen aus finanziellen Gründen schließen. Noch ist nicht klar, ob sie wieder neu gegründet werden kann.

36) Kock, Klaus/Kutzner, Edelgard: „Das ist ein Geben und Nehmen“ – Eine empirische Untersuchung über Betriebsklima, Reziprozität und gute Arbeit, Berlin 2014.

37) Kock, Klaus/Kutzner, Edelgard: Gutes Betriebsklima ist ein Geben und Nehmen. Wissen, Konzepte und Arbeitsmaterialien für die Bildungsarbeit mit betrieblichen Interessenvertretungen, Mitbestimmungspraxis Nr. 13 der Hans Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2018 ([https://www.boeckler.de/pdf/p\\_mbf\\_praxis\\_2018\\_13.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_mbf_praxis_2018_13.pdf)).

38) vgl. dazu auch Ansätze der Aktionsforschung: Fricke, Werner: Aktionsforschung in schwierigen Zeiten, in: Jostmeier, Milena/Georg, Arno/Jacobsen, Heike (Hg.): Sozialen Wandel gestalten, Wiesbaden 2014, S. 213-236.

39) Thomas, William I.: Person und Sozialverhalten, Neuwied 1965, S. 71.

40) Hochschulrektorenkonferenz: Transfer und Kooperation als Aufgaben der Hochschulen, Entschließung der 23. Mitgliederversammlung der HRK am 14. November 2017 in Potsdam, S. 6 (<https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/transfer-und-kooperation-als-aufgaben-der-hochschulen>, Zugriff am 15.4.2020).

41) ebd., S. 2.

42) Henke, Justus/Pasternack, Peer/Schmid, Sarah: Mission, die dritte. Die Vielfalt jenseits hochschulischer Forschung und Lehre: Konzept und Kommunikation der Third Mission, Berlin 2017, S. 13.

43) ebd.

44) Himpsl, Franz: Forschung, Lehre – und was noch? in: DUZ-Magazin5/2017 (<https://www.duz.de/beitrag/!/id/428/forschung-lehre-und-was-noch>, Zugriff am 16.4.2020).

45) Wissenschaftsrat: Wissens- und Technologietransfer als Gegenstand institutioneller Strategien, Positionspapier, (Drs. 5665-16), Oktober 2016 (<https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/5665-16.pdf>, Zugriff am 15.4.2020).

46) ebd., S. 37.

47) Wissenschaftsrat: Anwendungsorientierung in der Forschung, Positionspapier (Drs. 8289-20), Januar 2020 (<https://www.wissenschaftsrat.de/download/2020/8289-20.pdf>, Zugriff am 20.4.2020), S. 17.

48) ebd., S. 23-28.

49) Dewey, John: Die Suche nach Gewißheit, Berlin 1998 (New York 1929), S. 83-84

\*\* Weitere Informationen zur Arbeit von Dr. Klaus Kock sind im Internet unter <http://sfs.tu-dortmund.de/cms/de/DieSFS/MitarbeiterInnen/kock.php> abzurufen; Kontakt: [klaus.kock@tu-dortmund.de](mailto:klaus.kock@tu-dortmund.de)

# Über die Annäherung von Beschäftigten an Werkbänken und in Hochschulen

Von Dr. Luitpold Rampeltshammer

*Kooperationsstellen sind das Ergebnis der Bemühungen um gesellschaftliche Veränderungen der 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts. Besonders die Reformuniversitäten nahmen dabei eine führende Rolle ein. Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Hochschulen in der Zeit davor war geprägt von Distanz, Ignoranz und zuweilen offenem Konflikt. In der Rückschau ist dies verwunderlich, waren es doch die Gewerkschaften, die eine lange Tradition der Bildungsarbeit vorweisen konnten, jedoch, mit Ausnahme der Akademie der Arbeit in Frankfurt, immer außerhalb des Hochschulbetriebes. Diese Lücke zu schließen und sich die Ressourcen und Denkweisen anzueignen und dadurch die Erweiterung von Handlungsoptionen zu ermöglichen, war ein Impetus für die Bereitschaft der Gewerkschaften, sich, durch die Gründung von Kooperationsstellen, den Hochschulen zu nähern.<sup>1</sup> Die Hochschulen, andererseits, erkannten in dieser Zeit vielerorts die Notwendigkeit, sich stärker der Gesellschaft zuzuwenden.*



*Dr. Luitpold Rampeltshammer leitet seit 2009 die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (KoWA) an der Universität des Saarlandes.*

## 1. Einleitung

Die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes (KoWA) wurde auch im Geiste des oben Beschriebenen gegründet, das aber erst im Jahr 1994. Grundlage ist ein Kooperationsvertrag, der 1984 von der Arbeitskammer des Saarlandes und der Universität des Saarlandes geschlossen wurde, 1990 wurde der damalige DGB-Landesbezirk Saar miteinbezogen. Ähnliche Kooperationsverträge der Arbeitskammer existieren bereits seit 1976 mit der Pädagogischen Hochschule und der Fachhochschule des Saarlandes.

Die zentrale Erwartung der Leitung der Arbeitskammer, die einen erheblichen Beitrag zum Budget der KoWA leistet, bestand in der stärkeren Öffnung der Universität für die Probleme der Arbeitnehmer im Saarland, während der damalige Präsident der Universität, Prof. Meiser, die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages „als einen

Akt der Normalität" charakterisierte, der den Versuch der Universität, für viele Bedürfnisse und Wünsche der Gesellschaft offen zu sein, widerspiegeln (Saarbrücker Zeitung vom 6.4.1984). Zwei Erwartungen an die KoWA wurden bei ihrer Gründung geäußert: „Sie sollte Forschung managen und Vernetzung vorantreiben“ (Roßmanith und Krämer 2003: 82).

Die derzeitige organisationale Form einer zentralen wissenschaftlichen Einrichtung der Universität erhielt die KoWA am 25. November 2004 durch die Regelung der Organisation der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes im Dienstblatt der Hochschulen des Saarlandes.

Die Stärkung der Hochschulautonomie und die Ausrichtung in Richtung einer „unternehmerischen Hochschule“ (Kaßbaum 2015) hat in den letzten Jahren jedoch dazu geführt, dass vielerorts Hochschulleitungen ihre Prioritäten neu ausrichten und sich aus der gesellschaftlichen Verantwortung lösen. Kooperationsstellen sind vermehrt dieser Nejustierung entweder zum Opfer gefallen (wie in Darmstadt) oder Gegenstand hochschulinterner Restrukturierung (so in Dortmund) geworden, während die Aktivitäten von privaten Wirtschaftsunternehmen an Hochschulen immer mehr zugenommen haben und dies von vielen Hochschulleitungen auch aktiv gefördert wurde und wird. Dies führte zu einer deutlich veränderten Schwerpunktsetzung der Hochschulen in ihrem Handlungsfeld der sogenannten „Dritten Mission“, also der gesellschaftlichen Verantwortung (neben den beiden klassischen Aufgaben, Forschung und Lehre). Verantwortung für „Gesellschaft“ wurde von vielen Hochschulangehörigen häufig mit „Drittmittelakquise“ und „Kooperation mit Unternehmen“ verbunden. Deshalb spricht Gesine Schwan auch von der „Kolonialisierung der Bildung durch die ökonomische Markt- und Konkurrenzlogik“ (Schwan 2011: 7). Für die Kooperationsstellen ergeben sich daraus existenzielle Probleme, da sie in diese Logik nicht integrierbar sind, denn ihre handlungsleitende Logik ist die Gemeinwohlorientierung.

## 2. Kooperationsstellen als Grenzinstitutionen

„Theoria cum Praxi“, dieses Motto wird Gottfried Wilhelm Leibniz zugeschrieben, der es zur Maxime seines Denkens und Handelns machte. Die Kooperation, auf die es bei der Verbindung zwischen Wissenschaft (Theorie) und Arbeitswelt (Praxis) ankommt, ist mehr als bloße Vermittlung einer „Grenzinstitution“ (Fürstenberg 1958)<sup>2</sup> an der Schnittstelle zwischen Gewerkschaften, Hochschulen und Gesellschaft, denn „Kooperationsstellen erweitern Denkweisen und Handlungsräume in Wissenschaft und

Gliederung:

1. Einleitung
2. Kooperationsstellen als Grenzinstitutionen
3. Die Arbeit der KoWA im Saarland
4. Fazit
5. Literaturhinweise

**Kooperationsstellen sollen Wissen so transformieren, dass es praktisch wirksam werden kann, und umgekehrt, praktische Handlungsweisen so thematisieren, dass sie wissenschaftlicher Analyse zugänglich sind.**

Arbeitswelt." (Färber et al. 2003: 13). Die Aufgabe von Kooperationsstellen ist, dass sie in dialogbasierter Weise „Wissen so transformieren, dass es praktisch wirksam werden kann, und umgekehrt, praktische Handlungsweisen so zu thematisieren, dass sie wissenschaftlicher Analyse zugänglich sind" (Kock 2003: 29). Kooperationsstellen fungieren dabei nicht nur als „intermediäre Dialogplattformen" (Schroeder und Heisterhagen 2015: 101). Praktiker\*innen tragen arbeitsweltliche Probleme an die Wissenschaft heran, während die Wissenschaftler\*innen, mithilfe von aus der Forschung

gewonnenen Ergebnissen, die Praktiker\*innen der Arbeitswelt dabei unterstützen, sich neue Handlungsoptionen zu erschließen. Dabei ist der Gedanke zentral, dass Wissensbestände in Theorie und Praxis keine Hierarchie, sondern bloß unterschiedliche Herangehensweisen darstellen, deren Zusammenwirken der Organisation bedarf, damit sowohl Wissenschaftler\*innen als auch Praktiker\*innen davon profitieren.

### 3. Die Arbeit der KoWA im Saarland

„Kooperationsstellen initiieren, organisieren und moderieren die Zusammenarbeit zwischen Personen und Einrichtungen aus Wissenschaft und Arbeitswelt" (BAG Kooperationsstellen 2014: 1). Diese programmatische Aussage trifft für alle Kooperationsstellen zu, die konkrete Ausgestaltung, d.h. die jeweiligen Tätigkeiten, Schwerpunkte und Aufgabenfelder der Kooperationsstellen in Deutschland unterscheiden sich jedoch deutlich. Das liegt an der jeweiligen regional unterschiedlichen Ausprägung, die durch die Strukturen der Hochschulen und derer der Gewerkschaften, beziehungsweise der Kammern, die unterschiedliche Ausstattung der Kooperationsstellen und die Erwartungen der Akteure vor Ort bestimmt wird<sup>3</sup>. Kooperationsstellen, so kann man zusammenfassen, sind Netzwerke, die Akteure mit unterschiedlichen Interessen, Erwartungen, Bedürfnissen und Wissensbeständen integrieren (Kock 2007:24).

In diesem Sinn liegen die Schwerpunkte und Aktionsfelder der KoWA auf den folgenden Feldern:<sup>4</sup>

#### Wissensmanagement

Die Vergabe und das Management von Forschungsprojekten<sup>5</sup> stellt eine der zentralen Aufgaben der KoWA dar. Trotz der eingeschränkten Mittel konnte eine Anzahl wichtiger Forschungsprojekte finanziert und begleitet werden. „Arbeitnehmer-nahe Forschung" bedeutet keineswegs interessengeleitete Forschung (Stuth 2018: 18). Die Leitlinie der Mittelvergabe war: Die Normativität liegt in der Fragestellung, aber keinesfalls in der Durchführung oder den Ergebnissen, d.h. es gibt keinerlei

*Das Team der KoWA in Saarbrücken: Olga Haubrichs, die für die Büroorganisation zuständig ist, Leiter Dr. Luitpold Rampelshammer und die studentische Mitarbeiterin Joline Lamwersiek (von links).*



Beeinflussung seitens der KoWA oder von den Kooperationspartnern. So bleibt die Wissenschaftlichkeit gewahrt und die Ergebnisse sind frei jeglicher Parteinahme. Die Einhaltung dieses Grundsatzes wird durch die Entscheidung eines pluralistisch zusammengesetzten Beirats und dessen Kontrolle der Ergebnisse gesichert. Die Verortung der Forschung kann entweder auf der Mikro- (der konkreten Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, der Meso- (Branchenspezifika) oder der Makroebene (Ebene der Gesamtgesellschaft) liegen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte lagen in den letzten Jahren in den Bereichen:

#### **a) Hochschulforschung**

Ausgangspunkt war die Feststellung, dass die Hochschulen im Land eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der Herausforderungen des Strukturwandels spielen und dass bemerkenswerterweise kaum Forschung in diese Richtung existiert. Aus diesem Grund hat der Beirat der Kooperationsstelle 2011 beschlossen, eine Forschungsausschreibung mit dem Titel „Die Hochschulen im Saarland als ökonomischer Faktor“ zu veröffentlichen. Gefördert wurden drei Projekte, die in dem Sammelband „Die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomischer Perspektive“ publiziert wurde (Emrich et al. 2013). Mit den Ergebnissen dieser Studien konnte die Diskussion über die Finanzierung der Hochschulen versachlicht und mit belastbaren Daten unterfüttert werden. Das Anschlussprojekt, das auf diesen Ergebnissen aufbaute (Gassmann et al. 2015), nahm die Studierenden und vor allem deren Bezug zur Großregion Saar-Lor-Lux in den Blick. Das Ergebnis war, dass zwar viele Absolventen der Universität des Saarlandes die Großregion in Betracht zogen, dass aber nur ein geringer Teil von ihnen (ca. 6%) tatsächlich entweder in Luxemburg oder in Lothringen eine Arbeitsstelle antrat. Darauf aufbauend organisierte die KoWA eine Absolventenstudie (Gassmann et al. 2018), bei der die Studierendendaten der Universität des Saarlandes mit den

Erwerbsbiografien vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit zusammengeführt und ausgewertet wurden. Das Ergebnis war eine feingliedrige Analyse der Wanderungsbewegungen und Einkommensverläufe der Absolventen der Universität des Saarlandes. In Planung ist derzeit eine umfassende Analyse der Absolventen der Hochschule für Wirtschaft und Technik und der Universität des Saarlandes.

Im Abschluss befindlich ist derzeit eine Analyse der Gründungsaktivitäten der beiden Hochschulen im Saarland.

Die Beschäftigungs-, Arbeits- und Qualifikationsbedingungen der Wissenschaftlichen Mitarbeiter an der Universität des Saarlandes stand im Zentrum der Dissertation von Freya Gassmann, die durch die KoWA unterstützt wurde (Gassmann 2018).

Zusammengenommen ergibt sich aus den Ergebnissen der von der KoWA initiierten Forschung ein beeindruckendes Bild der saarländischen Hochschullandschaft und deren Bedeutung für das Saarland.

### b) Forschung zum Strukturwandel im Saarland

Die Forschung zu Hochschulen ist nur analytisch zu trennen von der Forschung zum Strukturwandel im Saarland, da die Hochschulen einen zentralen Beitrag, vor allem durch ihre Ausbildungs-, Forschungs- und Beratungsfunktion, zur Bewältigung der Herausforderungen des Strukturwandels leisten. Dem Thema der Chancen und Risiken des demografischen und strukturellen Wandels im Saarland hat sich die KoWA mit der Publikation der Ergebnisse des gleichnamigen Forschungsprojekts angenommen (Cornetz et al. 2010). Die Ergebnisse erbrachten den Nachweis einer Schwäche des Saarlandes im Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungen. Die Autoren der Studie plädieren für Reformen im Hochschulbereich, die die Beseitigung dieser Schwäche zum Gegenstand haben (ebd.: 111ff.). Die besondere Bedeutung der Hochschulen bei der Bewältigung der Herausforderungen des Strukturwandels wird auch von den Autoren der Publikation „Strukturwandel im Saarland“ betont, welche das Ergebnis eines Forschungsprojektes ist, das bereits 2007 beschlossen und 2011 publiziert wurde (Rampeltshammer und Kurtz 2011).

### c) Die Großregion als Forschungsgegenstand

In den Äußerungen der Landespolitiker\*innen steht die Zentralität der Großregion als Zukunftschance häufig im Mittelpunkt (z.B. im Interview der damaligen Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer im Luxemburger Wort vom 9.3.2015); dies korrespondiert jedoch mit einem auffälligen Desideratum, was die Forschung zur Großregion betrifft. Aus diesem Grund hat die Kooperationsstelle zahlreiche Forschungsprojekte in diesem Bereich in Auftrag gegeben, begleitet und publiziert. Neben der oben bereits erwähnten Publikation zur Analyse der Bedeutung der Großregion für die Absolvent\*innen der Universität des Saarlandes (Gassmann et al. 2015) und zum Inter-

regionalen Gewerkschaftsrat (Filsinger et al. 2015)<sup>6</sup> wurden von der KoWA Projekte zur grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung (Dorka und Frisch 2019) und zur Bedeutung der Interkulturellen Kommunikation für die Kooperation in der Großregion (Lüsebrink und Vatter 2006) oder zur Bedeutung von grenzüberschreitenden Netzwerken in der Großregion für Jungakademiker (Wussow et al. 2009) angestoßen. Im Beitrag von Wolfgang Meyer und Jörg Rech (2009) wurden Handlungsempfehlungen für die Zukunft der Interregion erarbeitet<sup>7</sup>.

#### d) Auswirkungen der Digitalisierung

Die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt sind Gegenstand extensiver Forschung. Die KoWA hat zu den psychischen Auswirkungen des Überwachtwerdens durch Digitalisierung ein Forschungsprojekt initiiert und begleitet. Eine Publikation dazu ist in Vorbereitung. Die Aktivitäten der KoWA werden sich in den nächsten Jahren stärker diesem Thema widmen.

#### e) Eigene Forschung

Die Forschungsgebiete der KoWA an der UdS lagen in den letzten Jahren vor allem im Bereich der grenzüberschreitenden Arbeitsbeziehungen, und dort in den Feldern Interregionale Gewerkschaftsräte und Europäische Betriebsräte. Ausgangspunkt war die Erkenntnis, dass für Arbeitnehmerinteressenvertreter\*innen die Ebene jenseits des Nationalstaats besondere Herausforderungen mit sich bringt, die, aufgrund der losen Organisationsstruktur, mit anderen Organisationen, wie zum Beispiel staatlichen Akteuren oder Wirtschaftsunternehmen, nicht vergleichbar sind.

Dazu hat die KoWA zahlreiche Publikationen veröffentlicht. So entstanden mit der Forschergruppe an der Ruhr-Universität Bochum die Bücher „Transnationale Mitbestimmung?“ (Hauser-Ditz et al. 2010) und „A Solution for Transnational Labour Regulation“ (Hauser-Ditz et al. 2015) und daneben noch zahlreiche Aufsätze zu Europäischen Betriebsräten (so z.B. Mählmeyer et al. 2017). Valentina Mählmeyer hat für die KoWA die Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum EBR von Ford publiziert (Mählmeyer 2011). Zum von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Projekt über die Interregionalen Gewerkschaftsräte erschienen, neben kleineren Aufsätzen, die Bücher „Interregionale Gewerkschaftsräte: Historische, sozialwissenschaftliche und interkulturelle Analysen“ (Filsinger et al. 2015) und „Grenzenlose Solidarität durch grenzüberschreitende Kooperation?“ (Frisch 2017). In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Lüsebrink wurden die Ergebnisse einer Veranstaltungsreihe zum Thema „Staat, Wirtschaft und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Frankreich“ veröffentlicht (Lüsebrink und Rampelettsamer 2019).

Die Forschungsgebiete der KoWA an der UdS lagen in den letzten Jahren vor allem im Bereich der grenzüberschreitenden Arbeitsbeziehungen, vor allem in den beiden Feldern Interregionale Gewerkschaftsräte und Europäische Betriebsräte.

#### f) Lehre

Im Bereich der universitären Lehre ist die KoWA regelmäßig im Optionalbereich der philosophischen Fakultät mit dem Seminar „Einführung in die Arbeitsbeziehungen“ vertreten. In diesem Seminar werden die Grundlagen der Arbeitsbeziehungen, wie z.B. einerseits die Aushandlungsbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und andererseits die zwischen Betriebs-/Personalrat und Unternehmens-/Dienststellenleitung thematisiert. Dazu werden Akteure der Arbeitsbeziehungen als Gäste eingeladen, und die Studierenden haben die Gelegenheit, dadurch einen Blick in die Praxis der Arbeitsbeziehungen, und damit einem wichtigen Feld der Arbeitswelt, zu bekommen.

In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Lüsebrink (Lehrstuhl für Romanistik und Interkulturelle Kommunikation) wurden mehrere Lehrveranstaltungen in den letzten Jahren angeboten: so die Seminare „Staat, Wirtschaft und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Frankreich“, soziale Ungleichheit in internationaler Perspektive und (zusammen mit Ulrike Dausend vom Netzwerk Entwicklungspolitik Saarland e.V.) „Nachhaltige Entwicklung – Politische, soziale, ökonomische, ökologische und interkulturelle Dimensionen“.

#### g) Weiterbildung für gewerkschaftliche und betriebliche Akteure

Als Beispiele für Weiterbildungsangebote der KoWA seien hier nur drei aufgeführt: In Zusammenarbeit mit Bildungswerk, IG Metall und ZeLL hat die KoWA im Wintersemester 2012 die Veranstaltungsreihe Wissenschaft trifft Arbeitswelt durchgeführt. Das Ziel der Reihe war, Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung Praktiker\*innen in den Gewerkschaften und Betriebs- und Personalräten zugänglich zu machen, um

**Die KoWA organisiert  
regelmäßig Weiter-  
bildung für gewerk-  
schaftliche und be-  
triebliche Akteure.**

ihnen damit theoretisches und praktisches Hintergrundwissen zu vermitteln. Vortragende waren PD Martin Behrens („Struktur und Praxis von Arbeitgeberverbänden“), Prof. Klaus Dörre („Landnahme und Prekarisierung – Konturen der neuen Arbeitsgesellschaft“), Prof. Michael Hartmann („Reproduktion von Eliten und deren Einstellung zu Mitbestimmung und

Gewerkschaften“) und Fabian Hoose zusammen mit Sebastian Jeworutzki („Was erwarten betriebliche Führungskräfte und aT-Angestellte von Gewerkschaften und Betriebsräten?“).

Im Sommersemester 2013 führte die KoWA zusammen mit ver.di und der Arbeitskammer eine Vortragsreihe zu „Wirtschaftsdemokratie“ durch. Die Veranstaltungsreihe beleuchtete die historische Entwicklung der unterschiedlichen Konzepte der Wirtschaftsdemokratie in Deutschland; den Vergleich der nationalen Traditionen in Deutschland und Frankreich; die gesamteuropäische Perspektive und den Zusammenhang von Wirtschaftsdemokratie und Wirtschaftspolitik vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die übergeordnete Frage war, ob sich historische Vorstellungen von „Wirtschaftsdemokratie“ als Steuerungskonzepte für

aktuelle Probleme anbieten oder ob die Inhalte von „Wirtschaftsdemokratie“ entsprechend dieser Probleme angepasst werden müssen. Referenten waren Udo Rehfeldt („Wirtschaftsdemokratie in Deutschland und Frankreich im Vergleich“), Dr. Joachim Beerhorst („Entwicklungslinien der Wirtschaftsdemokratie“), Dr. Dierk Hirschel („Wirtschaftsdemokratie und Wirtschaftspolitik“) und Prof. Dr. Thorsten Schulzen („Europäische Dimension von Wirtschaftsdemokratie“).

Im Wintersemester 2018 hat die KoWA, zusammen mit der Stiftung Demokratie, dem Lehrstuhl Romanistik und Interkulturelle Kommunikation von Prof. Lüsebrink, der Arbeitskammer und der IG Metall eine Vortragsreihe zum Thema „Soziale Ungleichheit in Deutschland und Frankreich“ durchgeführt. Das Ziel der Reihe war, auf die Ursachen und Auswirkungen der zunehmenden sozialen Ungleichheit aufmerksam zu machen und mögliche Alternativen zu diskutieren. Vortragende waren Prof. Ingrid Artus („Soziale Ungleichheit und Protest in Deutschland und Frankreich“), Prof. Gerhard Bäcker („Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland und Frankreich“), Prof. Hartmut Kaelble („Soziale Ungleichheit in Deutschland und Frankreich vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart“), Prof. Michael Hartmann („Eliten in Deutschland und Frankreich“), Julian Bank („Schadet soziale Ungleichheit der Wirtschaft?“) und Prof. Sandra Eckert („Freizügigkeit und Soziales Europa? Ungleichheit und Politisierung in den Mitgliedstaaten“).

#### h) Veranstaltungen

Neben den Vortragsreihen hat die KoWA eine Reihe von Einzelveranstaltungen durchgeführt, zuletzt 2020, zusammen mit dem DGB und der Arbeitskammer die Veranstaltung zu 100 Jahre Betriebsrätegesetz im Rechtsschutzsaal in Bildstock. Weitere Vortragende waren: Prof. Ludger Pries („Der globalisierte Kapitalismus und seine transnationale Zähmung durch Regulierung von Arbeit, Beschäftigung und Partizipation“), Prof. Wolfgang Schroeder („Die geänderte Rolle der Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise“), Prof. Ingrid Artus („Prekäre Dienstleistungsarbeit in Deutschland“), Prof. Rainer Trinczek und PD Hans-Jürgen Urban zum Thema („Die Rolle der Gewerkschaften nach der Wirtschaftskrise“) oder die Podiumsveranstaltung („Wissenschaft: Traumjob oder Prekariat“) mit Andreas Keller (GEW-Vorstandsmitglied).

#### i) Workshops für Studierende

Für Studierende hat die KoWA eine Reihe von Informationsveranstaltungen durchgeführt, so in Zusammenarbeit mit ver.di zu „Einstiegsgehälter im IT-Bereich“ und mit der IG Metall zu „Einstiegsgehälter für Ingenieure im Metallbereich“, mit der IG Metall zum Thema „aT-Verträge“.

Das Projekt students@work, das vom DGB finanziert und von der KoWA organisiert wird, informiert Studierende über die Probleme beim Thema „Jobben neben dem Studium“. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Podiumsdiskussion zum Thema „So viel Monat am Ende des Geldes“ mit dem Universitätspräsidenten Prof. Manfred Schmitt und dem AstA der Universität des Saarlandes durchgeführt.

### j) Gewerkschaftliche Vernetzung

Um auf hochschulpolitische Fragen im DGB effizienter und auf Anfragen des Gesetzgebers schneller reagieren zu können, wurde vom DGB Saar der „Hochschulpolitische Arbeitskreis des DGB Saar“ gegründet. Dieser befasst sich in unregelmäßigen Abständen mit gewerkschaftlichen Anliegen im Bereich der Hochschulen. Die KoWA hat auf die Gründung aktiv hingewirkt und beteiligt sich an der Durchführung von Diskussionsforen und Veranstaltungen.

## 4. Fazit

Die KoWA der Universität des Saarlandes kann jetzt auf ein über 25 Jahre währendes Bestehen zurückblicken. Als Resümee kann festgehalten werden, dass das primäre Ziel der KoWA, die Zusammenführung von Wissensbeständen in Wissenschaft und Arbeitswelt mit dem Ziel der Vernetzung zum Nutzen aller Kooperationspartner erreicht wurde. Anhand der hier nur auszugsweise vorgestellten Aktivitäten werden die Bemühungen sichtbar; Vieles, was die Vernetzung betrifft, ist jedoch Alltagshandeln, das sich einer Auflistung entzieht. Die Herausforderungen für die KoWA liegen vor allem in der Erweiterung auf die Hochschule für Technik und Wirtschaft und die damit verbundene Inklusion der Akteure in die Steuerung der KoWA, als auch die Ausweitung der Aktivitäten auf die Hochschule zum Nutzen aller Netzwerkpartner.

## 5. Literaturhinweise:

BAG (2014) Kooperationsstellen Wissenschaft und Arbeitswelt – im Dialog mehr erreichen. Arbeitsmaterialien der BAG Kooperationsstellen Nr. 1. Heruntergeladen von: [https://www.kooperationsstellen.de/wp-content/uploads/2018/11/AM-01\\_Im-Dialog-mehr-erreichen.pdf](https://www.kooperationsstellen.de/wp-content/uploads/2018/11/AM-01_Im-Dialog-mehr-erreichen.pdf), am 6.5.2020.

Cornetz, Wolfgang, Hell, Stefan, Kalmbach, Peter und Holger Schäfer (2010) Chancen und Risiken des demografischen und strukturellen Wandels im Saarland (Universaar Verlag: Saarbrücken).

Dorka, Sophia und Julia Frisch (2019) „Interkulturelle Dimensionen transnationaler Ausbildungsprojekte“, in Lüsebrink, Hans-Jürgen und Luitpold Rampeltshammer (Hrsg.) Staat, Wirtschaft und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Frankreich (Universaar Verlag: Saarbrücken).

Emrich, Eike, Meyer, Wolfgang und Luitpold Rampeltshammer (Hrsg.) (2013) Die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomischer Perspektive (Universaar Verlag: Saarbrücken).

Färber, Christiane, Kock, Klaus, Mußmann, Frank und Irmtraud Schlosser (2003) „Einleitung“, in Färber, Christiane, Kock, Klaus, Mußmann, Frank und Irmtraud Schlosser

(Hrsg.) Kooperation Wissenschaft und Arbeitswelt. Geschichte, Theorie und Praxis von Kooperationsstellen (Westfälisches Dampfboot: Münster).

Filsinger, Dieter, Lüsebrink, Hans-Jürgen und Luitpold Rampeltshammer (Hrsg.) (2015) Interregionale Gewerkschaftsräte (Sigma: Berlin).

Frisch, Julia (2017) Frisch, Julia (2017) Grenzenlose Solidarität durch grenzüberschreitende Kooperation? (Röhrig: St. Ingbert).

Fürstenberg, Friedrich (1958) „Der Betriebsrat – Strukturanalyse einer Grenzinstitution“, in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, H. 10, S. 418-429.

Gassmann, Freya (2018) Wissenschaft als Leidenschaft? (Campus: Frankfurt/Main).

Gassmann, Freya, Emrich, Eike, Meyer, Wolfgang und Luitpold Rampeltshammer (Hrsg.) (2015) Was kommt nach dem Studium an der Universität des Saarlandes? (Unviersaar Verlag: Saarbrücken).

Gassmann, Freya, Emrich, Eike, Meyer, Wolfgang und Luitpold Rampeltshammer (Hrsg.) (2018) Die Karrierepfade der Absolventinnen und Absolventen der Universität des Saarlandes (Universaar Verlag: Saarbrücken).

Hauser-Ditz, Axel, Hertwig, Markus, Pries, Ludger und Luitpold Rampeltshammer (2010) Transnationale Mitbestimmung? (Campus: Frankfurt/Main).

Hauser-Ditz, Axel, Hertwig, Markus, Pries, Ludger und Luitpold Rampeltshammer (2015) A Solution for Transnational Labour Regulation? (Peter Lang: Frankfurt/Main).

Hoffmann, Reiner (2016) „Gewerkschaften und Wissenschaften. Substanz und Perspektiven der Kooperationsbeziehungen, in Büsing, Harald und Hardo Schencke (Hrsg.) Kooperationswege Wissenschaft – Gesellschaft (BIS-Verlag: Oldenburg).

Kaßbaum, Bernd (2015) Kooperation zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt in der „unternehmerischen“ Hochschule, in Pries, Ludger, Urban, Hans-Jürgen und Manfred Wannöffel (Hg.) Wissenschaft und Arbeitswelt – eine Kooperation im Wandel (Nomos: Baden-Baden).

Kock, Klaus (2003) „Arbeitsorientierte Wissenschaft – ein Anachronismus?“, in Färber, Christiane, Kock, Klaus, Mußmann, Frank und Irmtraud Schlosser (Hrsg.) Kooperation Wissenschaft und Arbeitswelt. Geschichte, Theorie und Praxis von Kooperationsstellen (Westfälisches Dampfboot: Münster).

Kock, Klaus (2007) Zwischen Lehrstühlen und Werkbänken. Aufgaben und Arbeitsweisen von Kooperationsstellen. Arbeitspapier 139 der Hans-Böckler-Stiftung.

Heruntergeladen von: [https://www.kooperationsstellen.de/wp-content/uploads/2018/09/p\\_arbp\\_139.pdf](https://www.kooperationsstellen.de/wp-content/uploads/2018/09/p_arbp_139.pdf), am 6.5.2020.

Kock, Klaus (2020) „Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie“ – Geschichte und Arbeitsweise von Kooperationsstellen (Arbeitskammer: Saarbrücken).

Lüsebrink, Hans-Jürgen und Luitpold Rampeltshammer (Hrsg.) Staat, Wirtschaft und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Frankreich (Universaar Verlag: Saarbrücken).

Mählmeyer, Valentina (2011) Vom Informations- und Konsultationsgremium zum Verhandlungspartner? (Universaar Verlag: Saarbrücken).

Mählmeyer, Valentina, Rampeltshammer, Luitpold und Markus Hertwig (2017) "European Works Councils during the financial and economic crisis: Activation, stagnation or desintegration?", in European Journal of Industrial Relations. February 2017.

Meyer, Wolfgang und Jörg Rech (2009) „Handlungsempfehlungen für die Zukunft der Interregion“, in Rampeltshammer, Luitpold und Hans Peter Kurtz (Hrsg.) Europa-kompetenz entwickeln – Interregionskompetenz stärken (Verlag Alma Mater: Saarbrücken).

Rampeltshammer, Luitpold und Hans Peter Kurtz (Hrsg.) (2009) Europakompetenz entwickeln – Interregionskompetenz stärken (Verlag Alma Mater: Saarbrücken).

Rampeltshammer, Luitpold und Hans Peter Kurtz (Hrsg.) (2011) Strukturwandel im Saarland (Universaar Verlag: Saarbrücken).

Roßmanith, Birgit (2003) Sozialinnovatives Wissen in der Wissensgesellschaft (Rainer Hampp Verlag: München/Mering).

Roßmanith, Birgit und Hans Leo Krämer (2003) „Kooperatives Wissensmanagement“, in Färber, Christiane, Kock, Klaus, Mußmann, Frank und

Roßmanith, Birgit und Hans Meister (Hrsg.) (2001) Kooperativ forschen (Röhrig: St. Ingbert).

Schlosser, Irmtraud (Hrsg.) Kooperation Wissenschaft und Arbeitswelt. Geschichte, Theorie und Praxis von Kooperationsstellen (Westfälisches Dampfboot: Münster).

Schroeder, Wolfgang und Nils Heisterhagen (2015) „Kooperationsstellen als anerkannter Teil der Hochschulen und Hochschulen als anerkannter Teil der Arbeitnehmergesellschaft“, in Pries, Ludger, Urban, Hans-Jürgen und Manfred Wannöfel (Hg.) Wissenschaft und Arbeitswelt – eine Kooperation im Wandel (Nomos: Baden-Baden).

Schwan, Gesine (2011) „Von der Ware zum öffentlichen Gut – Hochschule der Zukunft“, Vortrag beim DGB am 24.2.2011. Heruntergeladen von: <https://www.dgb.de/themen/+co+3a5efaf0-40ec-11e0-5bb3-00188b4dc422>, am 8.5.2020.

Stuth, Stefan (2015) Arbeitnehmernahe Forschung (Hans-Böckler-Stiftung: Düsseldorf). Heruntergeladen von: <http://docplayer.org/42276711-Arbeitnehmernahe-forschung.html>, am 8.5.2020.

Wussow, Sybille, Fischer Gerrit und Sandra Duhem (2009) „Grenzüberschreitendes Netzwerk in der Großregion für Jungakademiker“, in Rampeltshammer, Luitpold und Hans Peter Kurtz (Hrsg.) Europakompetenz entwickeln – Interregionskompetenz stärken (Verlag Alma Mater: Saarbrücken).

---

## Anmerkungen

- 1) Auch die Erkenntnis, dass die Arbeitnehmerschaft immer bildungsheterogener wurde und sich die Gewerkschaften diese Gruppen schon früher erschließen wollten, dürfte aus deren Sicht eine wichtige Motivation für diesen Schritt gewesen sein.
- 2) Fürstenberg benutzt den Begriff der Grenzinstitution zur Konkretisierung einer Institution, die im Spannungsfeld divergierender Interessen steht. Dieser Aspekt fehlt dem Begriff der „Intermediarität“, der nur die Schnittstellenfunktion und die Vermittlungsfunktion betont.
- 3) Einen Einblick in die Themenbreite der Kooperationsstellen kann man bei Färber et al. 2003 oder der Homepage der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kooperationsstellen [www.kooperationsstellen.de](http://www.kooperationsstellen.de) oder durch den Artikel von Klaus Kock in diesem Band (Kock 2020) bekommen.
- 4) Diese Aufzählung sind nur Beispiele und sie gilt für die Zeit ab 2009, für eine Zusammenfassung der Forschungsprojekte bis davor, siehe die Beiträge in Roßmanith und Meister (2001).
- 5) Zur Konzeption des Wissensmanagements siehe Roßmanith (2003).
- 6) Siehe unten.
- 7) Beiträge zur Erforschung der Großregion wurden veröffentlicht in Rampeltshammer und Kurtz (2009).

# Die AfD und die soziale Frage: Was will die Partei wirklich?

Von Stefan Dietl

*Der rasante Aufstieg der AfD von einer Partei, die noch bei der Bundestagswahl 2013 an der Fünf-Prozent Hürde scheiterte, zu einer Partei, die heute mit 12,6 Prozent die Oppositionsführerschaft im deutschen Bundestag übernommen hat, im Europarlament ebenso vertreten ist wie in sämtlichen Landesparlamenten und zahlreichen Kommunalvertretungen, führt unter politischen Beobachtern wie auch in den Medien zu zahlreichen Kontroversen. Vor allem an der Einschätzung der sozial- und wirtschaftspolitischen Ausrichtung der AfD scheiden sich die Geister. Um die Sache etwas klarer zu sehen, ist eine kritische Bewertung überfällig.*



*Stefan Dietl ist Publizist. Er schreibt über sozial- und wirtschaftspolitische Themen, arbeitet in anti-rassistischen und anti-faschistischen Initiativen und ist ehrenamtlich in der Gewerkschaft ver.di aktiv.*

## 1. Einleitung

Die sozial- und wirtschaftspolitische Ausrichtung der Partei Alternative für Deutschland wird von Politikern, Gewerkschaftern und Journalisten recht unterschiedlich eingeschätzt. Während die einen die AfD als „kalt und unsozial“ (ver.di) kennzeichnen, ist sie für andere eine „Alternative für Antikapitalisten“ (FAZ). Für manche ist sie die „Partei der radikalisierten Mitte“ (Die Zeit) und auf dem „Weg zur Arbeiterpartei“ (ZDF), andere sehen in ihr hingegen die „Partei des Großkapitals“ (Junge Welt).

Gliederung:

1. Einleitung
2. Zwischen Marktradikalismus und völkischer Sozialpolitik
3. Exkurs: Gewerkschaften im Visier
4. Fazit

Während die einen sie für „alternativlos neoliberal“ (Der Freitag) halten, fragen sich andere, „wie viel Sozialismus in der AfD steckt“ (Die Welt).

Die AfD selbst inszeniert sich gerne als „Partei der kleinen Leute“ (so Parteivorsitzender

*So mancher wünscht sich, dass die AfD bald wieder von der politischen Bühne verschwindet.*



Alexander Gauland) und dies durchaus mit Erfolg. Waren es bei der Bundestagswahl 2013 und bei der Europawahl 2014 noch vor allem Wähler aus der Mittelschicht, die der frisch gegründeten Partei ihre Stimme gaben, gelang es ihr in kürzester Zeit ihre Wählerbasis enorm zu verbreitern. Ihre besorgniserregenden Wahlerfolge und die zunehmende Verankerung in der deutschen Parteienlandschaft verdankt die AfD insbesondere ihren Stimmengewinnen bei Teilen der Arbeitnehmerschaft. Ihr ist es gelungen, tief ins klassische Arbeitermilieu vorzustoßen und in zahlreichen Bundesländern sogar zur unangefochten stärksten „Arbeiterpartei“ zu werden.

## 2. Zwischen Marktradikalismus und völkischer Sozialpolitik

Doch wofür steht die AfD nun eigentlich in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen? Tatsächlich lässt sich dies nicht so einfach beantworten. Wie in vielen Fragen durchzieht auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein tiefer Riss die Partei. Während der völkisch-nationalistische Flügel der Partei unter der Führung von Björn Höcke versucht, die Betroffenen von Sozialabbau und neoliberaler Deregulierung mit sozialprotektionistischen Forderungen und teils antikapitalistischer Rhetorik für die AfD zu gewinnen, setzen die marktradikalen Hardliner in der Partei auf die Verknüpfung von sozialdarwinistischem Wohlstandschauvinismus und rassistisch-biologistischen Vorstellungen.

Die Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten zwischen marktradikalen Neoliberalen und den Propagandisten eines sozialen Nationalismus zeigen sich bei einer Betrachtung der wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik der AfD. Für eine solche Betrachtung eignet sich insbesondere das 2016 verabschiedete Grundsatzzprogramm der AfD, wurde es doch im Vorfeld innerparteilich ausführlich diskutiert und schließlich mit breiter Mehrheit über die verschiedenen Strömungen der Partei hinweg verabschiedet.

### Steuerpolitik

Aus sozialpolitischer Perspektive nimmt die Steuerpolitik seit jeher eine zentrale Rolle ein. Denn dort wird entschieden, wie viele Steuermittel dem Staat insgesamt zur Verfügung stehen und von wem welche Steuern in welcher Höhe erhoben wer-

den. Die Steuerpolitik gehört seit ihrer Gründung zu einem der Schwerpunktthemen der AfD und die zentralen steuerpolitischen Forderungen haben sich seit Gründung der Partei kaum verändert. Im Mittelpunkt steht dabei, Unternehmen und Besserverdienende steuerlich zu entlasten und zugleich sozialpolitische Aufgaben zurückzufahren.

Besonders deutlich wird dies beim Kernelement der AfD-Steuerpolitik, der Reform der Einkommensteuer. Die Einkommensteuer ist eine der wichtigsten Finanzierungsquellen des Staates und für rund ein Drittel der Staatseinnahmen verantwortlich. Sie liefert damit einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von gesellschaftlichen Aufgaben wie Soziales, Gesundheit oder Bildung.

Bislang erfolgt die Besteuerung von Einkommen in Deutschland progressiv. Höhere Einkommen werden also mit einem höheren Prozentsatz belastet. Die Idee dahinter ist einfach: Starke Schultern können eine größere Last tragen als schwache.

Bereits zur Bundestagswahl 2013 forderte die AfD „eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts“ und bekannte sich dabei zum Kirchhof'schen Steuermodell. Diesem Kurs blieb die Partei sowohl nach dem Rückzug Bernd Luckes und der Abspaltung der ALFA als auch in ihren 2015 veröffentlichten politischen Leitlinien treu. „Hierzu müssen die zahlreichen Ausnahmetatbestände gestrichen werden, wie es schon das Kirchhof'sche Steuermodell vorsah“, heißt es dort.

**Bereits zur Bundestagswahl 2013 forderte die AfD „eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts“.**

Das von der AfD propagierte Steuermodell nach Kirchhof präsentiert sich als Vereinfachung des Steuersystems. Jedoch handelt es sich dabei faktisch um ein Steuersparmodell für Unternehmen und Besserverdienende. Das von Paul Kirchhof im Jahr 2003 vorgestellte Modell sieht vor, die progressive Besteuerung von Einkommen abzuschaffen und durch ein Stufenmodell mit 15, 20 und 25 Prozent Besteuerung zu ersetzen. Niedrige Einkommen zwischen 10.000 und 20.000 Euro sollen dabei mit 15 bis 20 Prozent besteuert werden. Für alle darüber liegenden Einkommen soll ein Spitzensteuersatz von 25 Prozent gelten – egal, ob es sich um 25.000 Euro oder 500.000 Euro Jahreseinkommen handelt. Dieser Spitzensteuersatz soll auch Unternehmen und Kapitaleigner betreffen. Dafür soll die Körperschafts- und Gewerbesteuer abgeschafft werden. In ihrem Grundsatzprogramm versucht die AfD das Stufenmodell als gerechte Entlastung des Mittelstands zu präsentieren. Tatsächlich drohen damit massive Einnahmeausfälle des Staates und deutlich weniger Geld für die Investitionen in notwendige Infrastruktur oder Sozialausgaben. Einigen AfD-Spitzenpolitikerinnen und -politikern gehen die Forderungen ihrer Partei noch nicht weit genug, sie wollen die direkte steuerliche Entlastung von Unternehmen und Spitzenverdienern. „Der Spitzensteuersatz ist hoch genug“, meint etwa die stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende Beatrix von Storch.

Im Grundsatzprogramm der Partei verknüpft die AfD ihre Pläne zur Umstrukturierung der Einkommensteuer mit der Forderung nach Überprüfung der Gewerbesteuer und einem höheren Steuergrundfreibetrag.

Neben der Umlage aus der Einkommensteuer, die sich durch die Steuerpläne der AfD drastisch reduzieren würde, ist die Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Ihre Abschaffung würde die finanziellen Nöte vieler Städte und Gemeinden weiter erhöhen. Die AfD entzöge damit den Kommunen ihre Finanzmittel. Logische Konsequenz wäre, dass viele Gemeinden und Städte ihre kommunalen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen könnten. Kürzungen im öffentlichen Nahverkehr, in der Jugend- und Sozialarbeit, bei der Unterstützung von Vereinen und bei Pflege- und Kinderbetreuungseinrichtungen wären die Folge.

**Im Grundsatzprogramm der Partei verknüpft die AfD ihre Pläne zur Umstrukturierung der Einkommensteuer mit der Forderung nach Überprüfung der Gewerbesteuer und einem höheren Steuergrundfreibetrag.**

Gleichzeitig mit der finanziellen Austrocknung der Gemeinden und Städte will die Partei auch den Haftungsverbund zwischen Bund, Ländern und Kommunen beseitigen. Bisher konnten überschuldete Städte und Gemeinden auf die Unterstützung von Land und Bund vertrauen. Geht es nach den Vorstellungen der AfD, sollen künftig auch Kommunen und Bundesländer insolvenzfähig werden. Dies hätte sowohl für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als auch für die betroffene Bevölkerung verheerende Auswirkungen. Ginge eine Kommune bankrott, müsste sie sämtliche kommunalen Aufgaben einstellen. Innerhalb kürzester Zeit würden regionale Wirtschaft und öffentliches Leben lahm liegen.

Neben der Abschaffung der progressiven Einkommensteuer gehört die Abschaffung der Vermögen- und der Erbschaftsteuer zu den weiteren Kernelementen der AfD-Steuerpläne.

Hier profitieren ebenfalls vor allem Erbinnen und Erben sowie Besitzerinnen und Besitzer großer Vermögen. Die Vermögensteuer ist derzeit ausgesetzt und wird nach einem Beschluss der damaligen Bundesregierung seit 1997 nicht mehr erhoben. Die AfD fordert nun deren gänzliche Abschaffung.

Auch die Erbschaftsteuer ist im Visier der AfD. Von ihrer Abschaffung würden vor allem die Erbinnen und Erben großer Vermögen profitieren, da in Deutschland hohe Freibeträge bei Erbschaften und großzügige Ausnahmeregelungen zum Beispiel für Familienunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe gelten. Im Mittelpunkt der AfD-Agitation steht die vermeintliche „Leistungsfeindlichkeit“ der Erbschaftsteuer. So meint der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen: „Die Erbschaftsteuer ist nicht nur in der heutigen Ausgestaltung verfassungswidrig. Sie ist in egal welcher Ausgestaltung leistungsfeindlich, weil sie bereits versteuerte Einkommenserzielung erneut belastet.“ Auch in das Grundsatzprogramm der AfD hat die Forderung nach der

Abschaffung der Erbschaftsteuer Eingang gefunden. Dort heißt es: „[D]er Verwaltungsaufwand für ihre Erhebung ist überproportional hoch als auch ihr Ertrag für die Staatseinnahmen nur marginal“

Tatsächlich sind allein im Jahr 2018 der Staatskasse durch die Erhebung der Erbschaftsteuer fast sieben Milliarden Euro zugeflossen.

Weiterhin fordert die AfD eine Steuer- und Ausgabenbremse im Grundgesetz und eine Obergrenze für alle Steuern und Sozialabgaben. Dass ihre Politik der Steuerentlastung für Unternehmen und Vermögende dazu führt, dass der Staat seinen Aufgaben nicht mehr im bisherigen Maß nachkommen kann, ist der Partei bewusst: „Wir wollen die staatliche Macht über den Bürger begrenzen. Dazu ist es erforderlich, die Staatsaufgaben zu reduzieren und den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger zu reduzieren“, heißt es im Grundsatzprogramm der AfD.

Insgesamt lässt sich in Bezug auf die Steuerpolitik der AfD festhalten, dass sie ihren konsequent neoliberalen Kurs seit Gründung der Partei beibehält. Steuererleichterung von Unternehmen und Vermögenden sollen durch Einschränkungen staatlicher Maßnahmen insbesondere im sozialpolitischen Bereich finanziert werden. Im Gegensatz zu anderen Politikfeldern herrscht bei der steuerpolitischen Programmatik weitgehende Einigkeit zwischen den verschiedenen Flügeln in der Partei.

### Öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherungssysteme

Die größten innerparteilichen Widersprüche im Feld der Wirtschaftspolitik zeigen sich bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Der marktradikale Flügel folgt dabei einer strikt neoliberalen Ausrichtung, die durch die Privatisierung staatlicher Infrastruktur und die Zerschlagung gesetzlicher

Sicherungssysteme gekennzeichnet ist. Die anvisierten Steuererleichterungen für Unternehmen und Vermögende sollen durch eine Einschränkung der staatlichen Aufgaben finanziert werden. „Der viel zu mächtige, viel zu fette Staat hat viel zu viele Steuereinnahmen, aber auch zu viele Ausgaben“, meint etwa der AfD-Haushaltsexperte und Vorsitzende des Haushaltsausschusses des deutschen Bundestags, Peter Boehringer. Ziel dieser Politik ist der

*Zum Thema hat Stefan Dietl auch ein Buch veröffentlicht.*

*Stefan Dietl: Die AfD und die soziale Frage – Zwischen Marktradikalismus und „völkischem Antikapitalismus“, 3. Auflage, Unrast-Verlag, Münster 2018, 176 Seiten, ISBN 978-3-89771-262-1, 14,00 Euro.*



Rückzug des Staates auf allen Ebenen. Der Staat soll auf die Aufgabe der Bereitstellung kostenloser Infrastruktur für Unternehmen zurückgeworfen werden.

Verbunden sind diese Vorstellungen eines Minimalstaates mit einer Stärkung der traditionellen Familie, der künftig die Aufgabe der sozialen Sicherung zugeschrieben wird. Bei Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit soll nicht der Staat, sondern die Familie die Betroffenen versorgen. Auch wenn spätestens mit der Trennung von Bernd Lucke das völkisch-nationalistische Lager, welches dem Staat eine wesentlich aktivere Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft zuweist und weiteren Privatisierungen kritisch gegenüber steht, zunehmend an Einfluss gewann, gelang es ihm auch im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherungssysteme nicht sich programmatisch durchzusetzen.

**Der Staat soll auf die Aufgabe der Bereitstellung kostenloser Infrastruktur für Unternehmen zurückgeworfen werden.**

Dies zeigt sich unter anderem im Grundsatzprogramm der Partei. Trotz des Widerstands des völkisch-nationalistischen Lagers konnten sich hier die Marktradikalen in fast allen strittigen Punkten behaupten. Das Programm fügt sich ganz in die von den Marktradikalen propagierte Vorstellung des Minimalstaats. Bereits in den einleitenden Worten des ersten Kapitels des Grundsatzprogramms beklagt die Partei, dass „der öffentliche Sektor über sachgerechte Grenzen hinausgewuchert“ sei. Im weiteren Verlauf heißt es: „Nur ein schlanker Staat kann daher ein guter Staat sein.“ Die „ständige, vielfach ideologiegetriebene Expansion der Staatsaufgaben“ sei an „finanzielle und faktische Grenzen“ gestoßen. Die Aufgaben des Staates will die AfD „auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung“ beschränken. Wie dies konkret auszusehen hat, wird im wirtschaftspolitischen Kapitel beschrieben: Statt einer „staatlichen Planwirtschaft“, die sie derzeit am Werke sieht, soll der Staat „Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung“ garantieren. „Der Schutz des Privateigentums ist dabei genauso unentbehrlich wie offene Märkte, Vertragsfreiheit und ein freier Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik und Monopolkontrolle.“

Gesundheits-, Wohnungsbau- oder Sozialpolitik sind für die AfD scheinbar keine relevanten staatlichen Aufgaben. So wettet etwa die bayerische AfD gegen die „sozialistische Umverteilung im Gesundheitssystem“, und der AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Sichert hält eine Verschärfung der Mietpreisbremse und die Förderung staatlichen sozialen Wohnungsbaus für „feuchte sozialistische Träume“, die dazu führen, dass die Investitionen in den privaten Wohnungsbau zurückgehen. Statt auf staatliche soziale Sicherungssysteme setzt die Partei auf einen umfassenden Privatisierungskurs: „Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle“, heißt es im Grundsatzprogramm. Daher will die AfD prüfen, „inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisationsformen ersetzt werden können“.

Die Zugeständnisse an das völkisch-nationalistische Lager waren gering. So fand in das Grundsatzprogramm lediglich eine Position gegen die Privatisierung von Trinkwasser und die Forderung nach Bürgerentscheiden bei Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge Eingang.

Noch wesentlich kontroverser als die Diskussionen um die Frage der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge verlief und verläuft bis heute die Diskussion um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme innerhalb der Partei.

Die marktradikalen Kräfte, die sowohl programmatisch als auch personell die Partei noch immer dominieren, verbinden den Privatisierungskurs der Partei folgerichtig mit einem Abbau der sozialen Sicherungssysteme. Der Entwurf des Grundsatzprogramms der Programmkommission unter Federführung von Beatrix von Storch, der im Vorfeld des Programmparteitags öffentlich wurde, beinhaltete die Zerschlagung weiter Teile des Sozialversicherungssystems. So forderte der Programmentwurf die Privatisierung des Arbeitslosengeldes: „Arbeitnehmern steht dann der Weg offen, mit eigenen und individuell maßgeschneiderten Lösungen für den Fall der Arbeits-

Die marktradikalen Kräfte verbinden den Privatisierungskurs der Partei mit einem Abbau der sozialen Sicherungssysteme.

losigkeit vorzusorgen. Dabei können private Versicherungsangebote ebenso eine Rolle spielen wie die Familie oder der Verzicht auf Absicherung zugunsten des schnelleren Aufbaus von Ersparnissen.“ Ebenso wurde für die Abschaffung der gesetzlichen Unfallversicherung und eine Verlängerung des Renteneintrittsalters plädiert.

Der völkisch-nationalistische Flügel kritisierte den Programmentwurf scharf und Björn Höcke plädierte dafür, die soziale Frage in den Mittelpunkt der Politik der AfD zu stellen. Damit konnte er sich nicht durchsetzen. Im schließlich beschlossenen Grundsatzprogramm überwiegen auch im Bezug auf die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme weiterhin marktradikale Positionen, auf Druck der ostdeutschen Landesverbände findet die Privatisierung des Arbeitslosengeldes dort allerdings keine Erwähnung mehr.

Besonders umstritten ist in der AfD bis heute die Rentenpolitik. Im Grundsatzprogramm verständigte man sich auf die Forderung „flexibler Modelle einer sich parallel zum Anstieg der Lebenserwartung verlängernden Lebensarbeitszeit“. Also der Kopplung der Lebensarbeitszeit an die Lebenserwartung, was eine deutliche Erhöhung des Renteneintrittsalters bedeutet. Besonders betroffen davon wären prekär Beschäftigte mit geringen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen. Ihre Lebenserwartung liegt unter dem Durchschnitt.

Mit der Forderung nach einer Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung liegt die AfD auf Linie der Arbeitgeberverbände, die bereits seit Jahren für eine solche Verknüpfung werben.

„Wenn Menschen eines Tages 100 werden, würde sich rein theoretisch ein Renteneintrittsalter von 85 Jahren ergeben“, so Ulrich Grillo, Vize-Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie.

Während Höcke und große Teile der ostdeutschen Landesverbände für eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung eintreten, zeigt eine Betrachtung der Aussagen zahlreicher Spitzenfunktionäre der AfD zur Rentenpolitik, dass vielen die im Grundsatzprogramm verankerten Pläne noch nicht weit genug gehen. So fordert der Parteivorsitzende Jörg Meuthen einen „Systemwechsel in der Rentenversicherung“. Er plädiert für ein Ende der gesetzlichen Rentenversicherung und fordert stattdessen eine „staatlich erzwungene private Vorsorge“. Zumindest die Parteiführung der AfD setzt also auf einen wesentlich umfassenderen Abbau der sozialen Sicherungssysteme als bisher im Grundsatzprogramm beschrieben.

### Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitsmarktpolitik der AfD ist seit ihrer Gründung gekennzeichnet durch einen Kurs der weiteren neoliberalen Deregulierung und Umstrukturierung. Auf Druck des völkisch-nationalistischen Flügels der Partei wurden zwar einige der unpopulärsten Positionen scheinbar revidiert. Die Ausrichtung auf eine grundlegende neoliberale Umstrukturierung des Arbeitsmarktes wurde jedoch beibehalten.

Dies zeigt sich unter anderem bei der Haltung der Partei zum Mindestlohn. Lange Zeit positionierte sich die AfD klar gegen eine Lohnuntergrenze. Im April 2015 bezeichnete die damalige Parteivorsitzende Frauke Petry das Mindestlohngesetz als „neozosozialistisch“, einen „Job-Killer“ und Ausdruck „realitätsferner Sozialromantik“. Auch im Europawahlkampf 2013 positionierte sich die AfD gegen den gesetzlichen Mindestlohn. Er sei der „ökonomisch falsche Weg“, hieß es dazu im Wahlprogramm. Zur sozialen Absicherung von Geringverdienenden steht dort: „Ein gesetzlich festgelegter, flächendeckender Mindestlohn kann dies nicht leisten, da viele Menschen in prekären Arbeitsmarktsituationen nur wenige Stunden Arbeit haben.“ Zugleich forderte sie die Abschaffung des Mindestlohns in anderen EU-Ländern. „Ebenso verhindern dortige Mindestlohnregelungen den Zutritt von Berufsanfängern zum Arbeitsmarkt. Ohne entsprechende Reformen in diesen Ländern bleiben auch europäische Hilfen ohne Wert.“

Noch kurz vor dem Stuttgarter Grundsatzprogrammparteitag sprach sich Bundesvorsitzender Jörg Meuthen „gegen jede soziale Vollkaskomentalität“ aus und meinte, die AfD „könne nicht nur eine Partei der Geringverdiener und Arbeitslosen sein“.

Im schließlich verabschiedeten Grundsatzprogramm vollzog die Partei zumindest nach außen hin eine Kehrtwende und spricht sich darin für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Im Vorfeld hatte der völkisch-nationalistische Flügel der Partei hierfür geworben und dies unter anderem mit dem gestiegenen Zuzug von Geflüchteten und dem daher notwendigen Schutz Deutscher vor Lohndumping begründet. Der

Mindestlohn schütze „vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck“, heißt es daher im Grundsatzprogramm. So gelingt es der Partei ihre Neuorientierung mit rassistischen Ressentiments zu verbinden.

Die AfD lässt jedoch bewusst offen, wie sie sich die Gestaltung des gesetzlichen Mindestlohns vorstellt. Dies bietet den Marktradikalen in der Partei die Möglichkeit, ihren Kurs in anderer Form weiterzuverfolgen. In den Landtagen sprach sich die AfD bereits mehrmals gegen eine Erhöhung des Mindestlohns aus. Auch Parteivorsitzender Jörg Meuthen stellt den gesetzlichen Mindestlohn weiterhin in Frage: „Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass wir mehr differenzieren. Denn es gibt Menschen, die arbeiten, aber dabei nicht jene Produktivität erreichen, die einem Mindestlohn von 8,50 Euro entspricht. Da hielte ich es für besser, dass man nicht die einzelnen Betriebe zwingt, diesen Menschen trotzdem 8,50 Euro zu zahlen, sondern dass der Staat deren Lohn durch Zuschüsse aufstockt.“

Während einige Beobachter aus den teils erfolgten Kurskorrekturen einen prinzipiellen Wandel der AfD hin zu einer stärker an der sozialen Frage ausgerichteten Politik ableiten, zeigt sich gerade in der Arbeitsmarktpolitik das weiterhin dominante neoliberale Weltbild der Partei. So fordern Vertreter der AfD immer wieder die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu Lasten der Beschäftigten, den erzwungenen Arbeitseinsatz von Erwerbslosen oder die Absenkung von Hartz IV-Leistungen.

Zur Zukunft des Arbeitslosengeldes II kursieren in der Partei verschiedene Konzepte, die alle eines gemeinsam haben: die Verschlechterung der Situation der Betroffenen. Zahlreiche Landesverbände fordern in ihren Programmen die Einführung von „Bürgerarbeit statt Hartz IV“. Darunter wird die „gemeinnützige Arbeit von Langzeitarbeitslosen“ verstanden. Im Programm zur Landtagswahl in Baden-Württemberg heißt es beispielsweise: „Bürgerarbeit soll ca. 30 Wochenstunden umfassen und mit ca. 1.000 EUR monatlich sozialversicherungspflichtig entlohnt werden. Den Langzeitarbeitslosen wird die Ausübung sinnvoller Tätigkeiten eröffnet und die Gesellschaft erhält einen Gegenwert für die Unterstützungsleistungen. Die Hartz IV-Reformen konnten für eine Vielzahl von Langzeitarbeitslosen keine Beschäftigungschancen eröffnen.“

Die von der AfD beworbene „Bürgerarbeit“ ist weder neu noch innovativ. Bereits unter der schwarz-gelben Regierungskoalition gab es von 2010 bis 2014 ein Pilotprojekt zur „Bürgerarbeit“. Eine Milliarde Euro wurde investiert und fast 50.000 „Bürgerarbeitsplätze“ geschaffen.

Das Vorhaben scheiterte auf ganzer Linie, von den Teilnehmenden konnten nur wenige in einen sozialversicherungspflichtigen Job vermittelt werden. Tatsächlich hatte die Maßnahme sogar den gegenteiligen Effekt. Der Abschlussbericht des Arbeitsministeriums stellte fest: „Es ist ein erheblich negativer Effekt der Teilnahme auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt festzustellen. Innerhalb der ersten zwei Jah-

re wäre die geschätzte Integrationswahrscheinlichkeit ohne die Teilnahme an der Beschäftigungsphase durchgängig mehr als doppelt so hoch gewesen.“ Zu den Projektkosten urteilt der Bericht: „Hinsichtlich der Effizienz zeigt sich, dass das Modellprojekt als Ganzes eine deutlich negative Effizienz aufweist.“ Im Gegensatz zum Pilotprojekt der schwarz-gelben Bundesregierung ist in den Programmen der AfD allerdings nicht davon die Rede, dass diese „Bürgerarbeit“ freiwillig erfolgen soll.

In ihrem Grundsatzprogramm spricht sich die AfD zudem für die Auflösung der Bundesagentur für Arbeit aus. Deren Aufgaben sollen stattdessen künftig von den kommunalen Jobcentern übernommen werden. Im Gegensatz zu den kommunalen Jobcentern ist die Bundesagentur bisher für die Verwaltung der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung zuständig. Mit der Auflösung der Bundesagentur stellt die AfD auch die Arbeitslosenversicherung in ihrer bisherigen Form in Frage. Zudem werden so weitere Aufgaben vom Bund an die Kommunen übertragen, ohne dass diese finanziell besser ausgestattet werden. Die Kommunen werden so künftig bei der Vermittlung von Erwerbslosen alleine gelassen.

Gerade bei der ambivalenten Haltung der Partei zur Leiharbeit zeigt sich, wie die AfD in ihren jeweiligen Wahlprogrammen mit taktisch motivierten Versprechen versucht, neue Wählerpotenziale zu erschließen.

In einigen Landtagswahlprogrammen verurteilt die AfD den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, so zum Beispiel im Landtagswahlprogramm für Baden-Württemberg: „Leiharbeit soll reguläre Arbeitsverhältnisse ergänzen, nicht ersetzen. Wir setzen uns ein für eine sachgerechte Weiterentwicklung der be-

*In der Arbeitsmarktpolitik setzt die AfD auf Deregulierung und Umstrukturierung – und das ist in den meisten Fällen nicht im Sinne der Beschäftigten.*



stehenden Regelungen zur Leiharbeit und für wirkungsvolle Kontrollen", heißt es dort. Zugleich wird aber auch die „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in Verbindung mit Entlastungen bei Steuern und Abgaben für Arbeitnehmer und Unternehmen“ gefordert. Bewusst verschwiegen wird, dass eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes vor allem zu Lasten der betroffenen Beschäftigten erfolgt. Auch in Sachsen spricht sich die AfD in ihrem Landtagswahlprogramm gegen „Missbräuche in den Bereichen „Zeitarbeit“ und „Werkvertrag“ aus. Gleichzeitig spricht sie in einer Pressemitteilung des sächsischen Fraktionsvorstandes von der „Zurückdrängung marktfremder merkel-sozialistischer Marktbürokratisierung“ und positioniert sich klar gegen strengere Regelungen in der Leiharbeit wenn sie schreibt: „Die derzeitige Wirtschaftspolitik ist alles andere als Werbung für Unternehmensgründungen, beispielhafte Hemmnisse sind Mindestlohn, Entgeltgleichheitsgesetz und (Über-)Regulierungen bei der Zeitarbeit.“

Zusammenfassend lässt sich feststellen das die AfD, einigen kosmetischen Korrekturen zum Trotz, auch in der Arbeitsmarktpolitik ihrem Kurs der weiteren Deregulierung treu bleibt.

### Bildungspolitik

Auch das in diesem Zusammenhang meist nur wenig beachtete Feld der Bildungspolitik ist ein Indikator für die sozialpolitische Ausrichtung einer Partei. In der Bildungspolitik werden die Weichen für die ökonomische, soziale und politische Teilhabe an der Gesellschaft gestellt. Der gleiche Zugang zu Bildung entscheidet oftmals über die Gleichheit oder Ungleichheit der Chancen zum sozialen Aufstieg. Die Bildungspolitik ist damit eine wichtige Variable sozialer Ungleichheit.

Bei der AfD kommt hinzu, dass sie der Bildungspolitik einen besonders hohen Stellenwert einräumt und bildungspolitische Themen häufig in den Mittelpunkt ihrer Öffentlichkeitsarbeit rückt. Dabei verbindet sie diese zumeist mit ihrem tradierten Familienbild. Das bildungspolitische Programm der AfD ist von reaktionären Vorstellungen, Ausgrenzung und Diskriminierung geprägt. Der Kampf gegen Vielfalt und sexuelle Selbstbestimmung nimmt im Grundsatprogramm der Partei einen ebenso breiten Raum ein wie die Agitation gegen das „Gender-Mainstreaming“, die „geschlechterneutrale Sprache“, die „Gender-Forschung“ oder „Geschlechterquoten“. Daneben versucht die Partei mit einem Plädoyer gegen angebliche „Sonderrechte für muslimische Schüler“ rassistische Ressentiments für sich zu nutzen.

**Die AfD räumt der Bildungspolitik einen besonders hohen Stellenwert ein und rückt solche Themen häufig in den Mittelpunkt ihrer Öffentlichkeitsarbeit.**

Das Bildungsprogramm der AfD steht jedoch auch für eine extreme soziale Selektion und die Ausgrenzung sozial Benachteiligter. Es gibt kaum ein Industrieland, in dem das Bildungssystem so sozialesektiv gestaltet ist wie in Deutschland.

Eine Ursache dafür ist, dass in Deutschland noch immer an dem aus dem 19. Jahrhundert stammenden dreigliedrigen Schulsystem festgehalten wird. Fast nirgendwo haben Arbeiterkinder so schlechte Chancen, einen Hochschulabschluss zu erwerben, wie hierzulande. Die AfD steht genau für diese Form der frühen sozialen Auslese und will sie weiter verschärfen. Sie lehnt die Gesamtschule ab und will das dreigliedrige Schulsystem beibehalten. Sie will es darüber hinaus auch in den Bundesländern einführen, in denen es bisher noch nicht existiert.

**Die AfD steht für eine frühe soziale Auslese und will diese weiter verschärfen.**

Der Sozialwissenschaftler Andreas Kemper konstatiert daher: „Die AfD will den Zugang zum Studium und Gymnasien erschweren [...] Ziel soll sein, eine ‚Elite‘ zu formen. Typischerweise trifft das Kinder aus einkommensschwachen Familien, die sich nicht teuren Privatunterricht leisten können.“

Auch mit der im Grundsatzprogramm erhobenen Forderung nach „leistungs- und eignungsbezogenen Auswahlverfahren für verschiedene Hochschultypen“ verfolgt die AfD vor allem das Ziel einer verstärkten sozialen Selektion. Hohe Zugangsbeschränkungen für einzelne Studiengänge schließen insbesondere finanziell schwächer gestellte Menschen aus. Während Kinder aus wohlhabenden Elternhäusern auf Privatunterricht und andere Unterstützung zurückgreifen können, bleibt dies Kindern aus sozial benachteiligten Familien verwehrt. Die Forderung, das Promotions- und Habilitationsrecht ausschließlich auf Universitäten und Hochschulen mit Universitätsstatus zu beschränken, dient ebenfalls der sozialen Selektion.

Die davon Betroffenen versucht die AfD damit zu trösten, dass nicht jeder das Abitur oder einen Hochschulabschluss benötigt. So betont sie in ihrem Programm die Wichtigkeit einer guten Ausbildung und fordert die Stärkung der dualen Berufsbildung und der beruflichen Fach- und Meisterschulen. Für die AfD „gefährden das Streben nach immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen den Nachwuchs in Ausbildungsberufen“. Statt Arbeiterkindern den Weg an die Universität zu erleichtern, plädiert die AfD also dafür, dass diese lieber eine vernünftige Ausbildung machen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen sollen. So wird ihnen bewusst Wissen vorenthalten. Die AfD präsentiert ihre Haltung jedoch sogar als Vorteil für die Betroffenen: „Eine Politik, die eine nach unten nivellierende Einheitsschule anstrebt und dabei einen Qualitätsverlust in Kauf nimmt, bedroht die Zukunftsfähigkeit junger Menschen und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft.“

Das Recht auf Wissen und Bildung, unabhängig vom sozialen Status, wird relativiert und durch die Befürwortung sozialer Selektion ersetzt: „Wir befürworten uneingeschränkt das Leistungsprinzip. Schüler haben ein Recht darauf, in einem nach oben und unten durchlässigen Schulsystem Erfolge und Niederlagen zu erfahren“, heißt es im Grundsatzprogramm der AfD.

Im Mittelpunkt der bildungspolitischen Vorstellungen der Partei steht das Leistungsprinzip. Demnach hat sich auch die Bildung der neoliberalen Logik zu fügen. Das Leistungsprinzip dient hierbei zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit. Im Rahmen dieser Logik gilt es dann auch, wie im Grundsatzprogramm der Partei propagiert, „leistungsstarke“ Schülerinnen und Schüler von „leistungsschwachen“ zu trennen.

Die AfD verknüpft ihre selektive Bildungspolitik häufig mit Warnungen vor einem angeblichen Qualitätsverlust des Schul- und Hochschulbereichs. Sie sieht darin eine der Ursachen für die mangelnde Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern in einigen Ausbildungsberufen, insbesondere im Handwerk. So behauptet die Partei in ihrem Grundsatzprogramm, dass „Schüler nicht mehr die Grundkenntnisse besitzen, die in der Berufsausbildung oder im Studium benötigt werden“.

Die Warnungen der AfD vor einem gesunkenen Leistungsniveau an Schulen und Hochschulen kann sich jedoch nicht auf Fakten stützen. So hat sich Deutschland in der PISA-Studie in den vergangenen Jahren erheblich verbessert und die Jugendarbeitslosigkeit ist in Deutschland so niedrig wie selten zuvor. Die Gründe für den Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern in manchen Ausbildungsberufen liegen tatsächlich anderswo, wie unter anderem die jährlichen Ausbildungsberichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes aufzeigen. Es sind vor allem die Branchen mit mangelhaften Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sowie unterdurchschnittlicher Entlohnung, denen es schwer fällt, Nachwuchskräfte zu gewinnen. Solange bei den Arbeitgebern dazu kein Umdenken stattfindet, werden auch weiterhin Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass nicht die Wissensvermittlung im Zentrum der Bildungspolitik der AfD steht, sondern die Nutzbarmachung der Bildung für wirtschaftliche Zwecke. In ihrem Programm propagiert sie daher ganz offen eine Bildung im Sinne marktradikaler Verwertungslogik. Schulen und Hochschulen dienen so ausschließlich dazu, Menschen so schnell wie möglich auf die Verwertung auf dem Arbeitsmarkt vorzubereiten. Jegliche Kritik der AfD am derzeitigen Bildungssystem findet ausschließlich innerhalb dieser Verwertungslogik statt. Wenn das Bachelor-Master-System kritisiert wird, so deshalb, weil „die Qualifikation der Absolventen für den Arbeitsmarkt häufig nicht zufriedenstellend“ ist. Wenn die AfD von einer Verbesserung der Bildungsstandards spricht, dann um Schulabgängern „die besten Chancen in Ausbildung und Schule zu sichern“. Wenn sie eine stärkere Selektion im Schulwesen fordert, dann um die „Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft“ zu erhalten. In nur wenigen Politikfeldern zeigt sich die Dominanz marktradikalen Denkens in der AfD so deutlich wie im Rahmen der Bildungspolitik. Während in anderen sozialpolitischen Feldern die Propagandisten eines völkischen Nationalismus die wirtschaftsliberalen Kräfte zu zumindest kosmetischen Zugeständnissen nötigen, stellt die Bildungspolitik ein einigendes Band innerhalb der Partei dar. Die Ausgrenzung und Selektion von sozial Benachteiligten nach vermeintlichen Leistungskriterien zum Wohle von Wirtschaft und Volk fügt sich in die sozialdarwinistische Ideologie der völkischen Antikapitalisten ebenso ein wie in das marktradikale Denken neoliberaler Hardliner.



Foto: Adobe Stock / Novagato

*Für Solidarität als ein Wesensmerkmal von Gewerkschaften hat die AfD nicht viel übrig.*

### 3. Exkurs: Gewerkschaften im Visier

Einen besonderen Blick verdient das Verhältnis der AfD zu den Gewerkschaften. Trotz ihrer in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen gegen die Interessen von Lohnabhängigen gerichteten Programmatik verdankt die AfD ihren Aufstieg nicht zuletzt ihren Wahlerfolgen in Teilen der Arbeitnehmerschaft. Dass sich die AfD nicht mit der Rolle als stärkster Oppositionspartei im deutschen Bundestag zufrieden gibt, haben führende Parteifunktionäre mehrmals deutlich gemacht. Über die verschiedenen Strömungen hinweg herrscht in der AfD Einigkeit über das Ziel, sich als dritte Volkspartei neben Union und SPD zu etablieren und über kurz oder lang eine Regierungsbeteiligung anzustreben.

Erreichen kann sie dieses Ziel nur durch weitere Stimmengewinne in der Arbeitnehmerschaft.

Die Gewerkschaften, als unabhängige Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten, die sich zudem immer wieder deutlich gegen die AfD positionieren, sind ihr dabei ein Dorn im Auge.

So wächst die Zahl der Fälle von Drohungen, Einschüchterungen bis hin zu tätlichen Angriffen auf Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Beispielsweise in Hanau. Dort wurde 2018 am Rande einer gewerkschaftlichen Kundgebung gegen die AfD ein Ordner von zwei AfD-Anhängern von hinten angegriffen und schwer verletzt. In den Wochen und Monaten vor diesem Angriff sah sich der DGB in Hanau

### Aufgrund ihres Engagements gegen Rechts hat die AfD Gewerkschafter immer wieder als „linksextremistisch“ diffamiert.

einer regelrechten Hetzkampagne der AfD ausgesetzt. Aufgrund ihres Engagements gegen Rechts diffamierte die AfD die Gewerkschaften und ihre Funktionäre immer wieder als „linksextremistisch“. Insbesondere in sozialen Medien sahen sich die Gewerkschaften dem Vorwurf der „bolschewistischen Propaganda“, der „Veruntreuung von Arbeitergeldern“ und der Zusammenarbeit mit „Antifa-Terroristen“ ausgesetzt. Ihren vorläufigen Höhepunkt fand diese antigewerkschaftliche Propaganda der AfD mit einer Kundgebung gegen „Linksextremismus“ vor dem Hanauer Gewerkschaftshaus nur wenige Tage vor besagtem Angriff.

Auch in Bayern gerieten die Gewerkschaften im Vorfeld der Landtagswahl 2018 ins Visier der AfD. Nachdem die Gewerkschaften des DGB zur Kundgebung gegen den AfD-Bundesparteitag in Augsburg aufgerufen und auch eine Busanreise aus verschiedenen bayerischen Städten koordiniert hatten, sahen sie sich einem Shitstorm ausgesetzt, angeheizt von AfD-nahen Medien. So forderte die bayerische AfD unter anderem die Überwachung des DGB durch den Verfassungsschutz.

Auch in der Bundespolitik nehmen AfD-Spitzenpolitiker die Gewerkschaften immer wieder ins Visier. So nennt die stellvertretende AfD Parteivorsitzende Beatrix von Storch ver.di eine „offizielle Verbrecherorganisation. Eine Gefahr für die Demokratie. Verfassungsfeinde!“

Die Angriffe der AfD bestehen jedoch nicht nur aus Drohungen, Beleidigungen oder tätlichen Übergriffen. Der Angriff auf die Gewerkschaften richtet sich vielmehr gegen das Organisationsprinzip der Gewerkschaften selbst. Die Gewerkschaften des DGB verstehen sich als Interessenvertretung aller abhängig Beschäftigten, unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Nationalität oder sexueller Orientierung und als parteipolitisch unabhängige Einheitsgewerkschaft. Immer wieder fordern AfD Funktionäre dazu auf, aus dieser Einheitsgewerkschaft aus- und in die parteipolitischen Arbeitnehmerorganisationen der AfD einzutreten. Derer gibt es inzwischen drei, die allesamt darum konkurrieren, die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der AfD zu vertreten.

Die Interessengemeinschaft Arbeitnehmer in der AfD (AidA) gründete sich am 1. Dezember 2015. Beschäftigtenfragen sucht man bei der AidA weitgehend vergeblich. Wo man sie doch findet, propagiert auch die Interessengemeinschaft den von der AfD geforderten neoliberalen Umbau des Staates. „[Es gehört] unserer Ansicht nach zur Ehrlichkeit dazu, den Bürgern dieses Landes zu erklären, dass die Verantwortung zur Übernahme sozialer Risiken in Teilbereichen aus den Händen des Staates zurück in die Hände der Bürger gegeben werden muss und wir die Aufgaben und Absicherungen des Staates bzw. der Träger auf die Kernaufgaben und Kernelemente zurückführen. Nur so kann eine moderne, zukunftsorientierte und

generationengerechte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik dauerhaft Bestand haben“, heißt es auf der Homepage von AidA.

Im Gegensatz zu AidA agiert die 2015 in Dortmund gegründete AVA (Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer) nicht als anerkannte Bundesinteressengemeinschaft der AfD, sondern als Verein. Wie AidA gehört auch AVA zu den Verfechterinnen einer weiteren neoliberalen Deregulierung und eines Abbaus sozialer Sicherungssysteme. So fordert der Verein eine Pflicht für Hartz IV-Empfänger zur gemeinnützigen Arbeit und härtere Sanktionen.

Während AidA und AVA sich ausschließlich als Arbeitnehmerflügel in der AfD betrachten und auch deren unternehmerfreundlichen Kurs weitgehend mittragen, möchte der 2017 ins Leben gerufene Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (Alarm) in direkte Konkurrenz mit den Gewerkschaften treten. Jürgen Pohl, Gründer von „Alarm“ und Bundestagsabgeordneter der AfD, behauptet, die DGB-Gewerkschaften hätten die Interessen der Arbeitnehmer verraten und seien keine Gewerkschaften mehr. „Deswegen brauchen wir eine neue und das wird ‚Alarm‘ sein“, so Pohl. Pohl gehört zum völkisch-nationalistischen Flügel der AfD und war zuvor Leiter des Wahlkreisbüros von Björn Höcke. Thüringen und die anderen ostdeutschen Bundesländer sind auch der organisatorische Schwerpunkt von „Alarm“. Die erste Aktivität des Verbands war eine Demonstration am 1. Mai 2017 in Erfurt. Vor etwa 1.200 Teilnehmern sagte Pohl mit Bezug auf die Kundgebung der DGB-Gewerkschaften: „Wir werden den Tag der Arbeit den Händen dieser Arbeiterverräter entreißen.“

Bei den Betriebsratswahlen 2018 sahen sich die Gewerkschaften des DGB einer abgestimmten rechten Kampagne ausgesetzt. Im Bündnis mit Teilen der AfD, der Initiative „Ein Prozent“ und dem Magazin Compact trat der Verein „Zentrum Automobil“ in mehreren Betrieben mit eigenen „alternativen“ Betriebsratslisten zur Wahl der Interessenvertretungen an. Auf einer Konferenz der extrem rechten Zeitschrift Compact in Leipzig wurden die Pläne Ende November 2017 der Öffentlichkeit vorgestellt. Anwesend waren prominente Wortführer der extremen Rechten. Neben dem Compact-Herausgeber Jürgen Elsäßer versammelten sich unter anderem der Pegida-Gründer Lutz Bachmann, der Anführer der „Identitären Bewegung Österreich“, Martin Sellner, Philip Stein von der rechten Initiative „Ein Prozent“ und Björn Höcke.

Bei den Betriebsratswahlen 2018 sahen sich die Gewerkschaften des DGB einer abgestimmten rechten Kampagne ausgesetzt.

Eine Schlüsselrolle beim Versuch der extremen Rechten, sich auch betrieblich zu verankern spielt Oliver Hilburger. Der ehemalige Gitarrist der Neonaziband „Noie Werte“ ist seit 2010 Betriebsrat bei Daimler in Untertürkheim. 2009 gründete Hilburger die Liste „Zentrum Automobil“ und vertritt diese seit 2010 im Betriebsrat. Bei der Betriebsratswahl 2014 errang „Zentrum Automobil“ in Untertürkheim vier Sitze.

Durch die abgestimmte Kampagne sollte „Zentrum Automobil“ bundesweit etabliert werden. Bei der Betriebsratswahl versuchte der Verein nicht nur an anderen Daimler-Standorten Fuß zu fassen, mit Unterstützung seiner Bündnispartner rief er zudem auch in anderen Betrieben zur Wahl rechter Listen auf. Im Nachgang der Betriebsratswahl sprach „Zentrum Automobil“ von einem „gigantischen Erfolg“, und „Ein Prozent“ feiert die Ergebnisse gar als „Generalangriff auf das Monopol der großen Gewerkschaften“. Die Zahl rechter Betriebsräte habe sich verfünffacht und man sei inzwischen „in zahlreichen Betrieben quer durch alle Branchen vertreten“. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass der propagierte rechte Durchmarsch ausgeblieben ist. Im Visier AfD-naher Wahllisten war vor allem die Automobilindustrie und damit der Organisationsbereich der größten DGB-Gewerkschaft IG Metall.

Insgesamt gelang es rechten Kandidaten, gerade einmal 19 von 78.000 Betriebsratsmandaten im Organisationsbereich der IG Metall für sich zu gewinnen. In Untertürkheim konnte „Zentrum Automobil“ sich von vier auf sechs Sitze im 47-köpfigen Betriebsrat verbessern. Am Daimler-Standort Sindelfingen reichten dem „Zentrum Automobil“ 3,4 Prozent der Stimmen, um künftig mit zwei Betriebsräten vertreten zu sein. In Raststatt ist „Zentrum Automobil“ mit drei Betriebsräten vertreten. Sowohl in der Daimler-Zentrale Stuttgart als auch am Standort Wörth verpassten die Kandidaten von „Zentrum Automobil“ den Einzug in den Betriebsrat. Bei der Daimler-Tochter AMG in Affalterbach gelang es dem Verein trotz intensiver Bemühungen nicht, eine eigene Liste aufzustellen. Bei BMW in Leipzig stellt die rechte Liste „Interessengemeinschaft Beruf und Familie“ um den Zwickauer AfD-Funktionär Frank Neufert hingegen künftig vier Betriebsräte, im Leipziger Porsche-Werk sind es zwei. 17 der 19 Mandate für rechte Betriebsräte entfallen auf die Automobilindustrie. Hinzu kommen zwei Mandate beim Motorsägenhersteller Stihl in Waiblingen. Dort gelang es der AfD-nahen Liste „Mut zur Veränderung“, in den Betriebsrat einzuziehen.

Die Behauptung, „quer durch alle Branchen“ vertreten zu sein, scheint also eher dem Wunschdenken der extremen Rechten, als der betrieblichen Realität zu entsprechen.

Trotz des mäßigen Abschneidens der rechten Listen bei den Betriebsratswahlen wäre es jedoch ein Fehler, die betrieblichen Aktivitäten von Rechtsaußen zu unterschätzen. Das zeigt sich nicht zuletzt am Beispiel des Daimler-Werks Untertürkheim. Gelang es „Zentrum Automobil“ dort 2010 mit zwei Kandidaten in den Betriebsrat einzuziehen, waren es bei der darauffolgenden Wahl bereits vier und 2018 sechs. Gerade angesichts der wachsenden Zustimmungswerte für die AfD in Teilen der Arbeitnehmerschaft steht zu befürchten, dass sie ihre Versuche der betrieblichen Verankerung auch in Zukunft fortsetzt und so Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung auch im betrieblichen Kontext weiter an Bedeutung gewinnen.

#### 4. Fazit

Eine Betrachtung der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der AfD zeigt, dass zwar in den vergangenen Jahren diejenigen in der Partei an Einfluss gewannen, die versuchen die soziale und die nationale Frage miteinander zu verknüpfen, dass es den marktradikalen Hardlinern jedoch gelang, in allen Politikfeldern die Oberhand zu behalten.

In der Steuerpolitik dominieren ausschließlich neoliberale Vorstellungen einer Umverteilung von unten nach oben. Im Feld der Bildungspolitik besteht eine weitgehende Einigkeit zwischen dem sozialdarwinistischen Denken der völkisch-nationalistischen Kräfte und neoliberalen Denken. In der Arbeitsmarktpolitik wie auch bei der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme zeigen sich hingegen deutliche Differenzen.

Abgesehen von symbolischen Zugeständnissen wie der Forderung nach Bürgerentscheiden bei größeren Privatisierungsprojekten oder der Streichung von Passagen im Grundsatzprogramm, in denen offen die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme propagiert wurde, trägt die Programmatik der AfD aber auch in diesen Bereichen weiterhin die Handschrift des neoliberalen Flügels. Auch die parlamentarische Praxis der Partei in den Landtagen und im Bundestag ist bestimmt von der weiteren Deregulierung des Arbeitsmarktes und dem Abbau sozialer Sicherungssysteme. Seinen Ausdruck findet diese Dominanz neoliberaler Positionen auch in der Zusammensetzung des AfD-Bundesvorstands, der weiterhin vom marktradikalen Lager dominiert wird. Sowohl personell als auch gemessen an ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik ist die AfD also noch immer ein neoliberales Elitenprojekt.

**Sowohl personell als auch gemessen an ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik ist die AfD noch immer ein neoliberales Elitenprojekt.**

Angesichts der teils auch öffentlich ausgetragenen Konflikte zwischen den verschiedenen Strömungen in der Partei gerät gerne in Vergessenheit, dass bei allen Unterschieden die Gemeinsamkeiten zwischen völkischen Nationalisten und wirtschaftsliberalen Kräften in der Partei weitaus größer sind als ihre Differenzen. Im Zentrum sowohl des marktradikalen Denkens innerhalb der AfD wie auch des völkischen Nationalismus steht die Ausgrenzung und Diskriminierung spezifischer Gruppen der Gesellschaft, seien es Geflüchtete, Migranten oder sozial Benachteiligte. Nicht nur Rassismus und Nationalismus halten die unterschiedlichen Strömungen der Partei zusammen, auch der Antifeminismus wirkt als einigendes Band. So wird der Zusammenhang zwischen den familienpolitischen Vorstellungen der AfD und ihren Plänen zum Sozialabbau vielfach unterschätzt. Gerade das von den Neoliberalen propagierte Sozialsystem, in dem der Familie die soziale Verantwortung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflege zugeschrieben wird, ist an das Ziel der

völkischen Kräfte anschlussfähig, der Familie einen größeren gesellschaftlichen Stellenwert einzuräumen.

Für innerparteiliche Einigkeit sorgt insbesondere der gemeinsame Kampf gegen vermeintliche und tatsächliche politische Gegner, zu denen auch die Gewerkschaften gehören. Zum Feindbild macht die Gewerkschaften dabei nicht nur ihr konsequentes antifaschistisches Grundverständnis, sondern vor allem ihr wichtigstes Organisationsprinzip.

Die Gewerkschaften des DGB verstehen sich als Interessenvertretung aller abhängig Beschäftigten in diesem Land, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Aufenthaltsstatus. Ein Grundprinzip, das der zentralen Leitidee der AfD, der Ausgrenzung und Diskriminierung auf Basis einer konstruierten Volksgemeinschaft, diametral gegenübersteht.

Ein tatsächlicher Kurswechsel der AfD vom neoliberalen Elitenprojekt zur Partei eines sozialen Nationalismus, wie von vielen Beobachtern prognostiziert, ist derzeit noch nicht erkennbar, jedoch angesichts des wachsenden Einflusses des völkisch-nationalistischen Flügels insbesondere in den ostdeutschen Landesverbänden nicht auszuschließen. Ob sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei in Zukunft zugunsten derjenigen verschieben werden, welche die soziale und nationale Frage miteinander verknüpfen wollen, und die Dominanz marktradikaler Positionen nachlässt, ist bis heute offen.

Momentan scheint es der Partei allerdings zu gelingen, rassistisch-biologistische Vorstellungen und sozialdarwinistischen Wohlstandschauvinismus so zu verbinden, dass sie nicht nur innerhalb der Partei als einigendes Band wirken, sondern es auch möglich machen, mehr und mehr Wähler anzusprechen, die eigentlich unter einer weiteren neoliberalen Umformung der Gesellschaft im Sinne der AfD zu leiden hätten.

„Die DGB-Gewerkschaften verstehen sich als Interessenvertretung aller abhängig Beschäftigten in diesem Land, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Aufenthaltsstatus. Dieses Grundprinzip steht der zentralen Leitidee der AfD, der Ausgrenzung und Diskriminierung auf Basis einer konstruierten Volksgemeinschaft, diametral gegenüber.“



Foto: Adobe Stock / Thomas Reimer

*Stefan Dietl hat in seinem Text klar herausgearbeitet, wo im AfD-Programm Anteilnahme für wen und was gezeigt wird – und wo die Partei auf Abrenzung oder gar Ausgrenzung setzt.*

## Demokratinnen und Demokraten müssen mutiger werden

Von Simone Hien

„Der Umgang mit geflüchteten Menschen belegt die Liberalisierung großer Teile der Gesellschaft besonders deutlich. Eine Studie des Bundesfamilienministeriums ergab: Zwischen 2015 und 2017 engagierten sich mehr als die Hälfte



der Deutschen in der Flüchtlingshilfe“. Mit diesen und weiteren Fakten zeigt Matthias Quent in seinem Buch „Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können“ auf: Die

deutsche Gesellschaft ist viel liberaler, offener und progressiver, als es angesichts des Einzugs der AfD 2017 in den Bundestag und steigender rechter Gewalt den Anschein hat. Diese Tatsache ist für ihn auch die Basis dafür, dass Demokratinnen und Demokraten sich dem aktuellen Rechtsruck entgegenstellen und ein weiteres Erstarken verhindern können. Er betont: „Nicht die Rechtsradikalen sind am Zug, sondern wir Demokraten.“

Darin liegt auch die Stärke dieses klar geschriebenen und gut lesbaren Buchs: Quent schürt keine Panik, sondern erfüllt den selbst formulierten Anspruch,

„die Ideologien, Ursachen und Zusammenhänge hinter den Ereignissen offenzulegen und Wege aufzuzeigen, wie wir die radikale Rechte stoppen können.“ Dabei zeichnet Matthias Quent auch die Entwicklung der „einst populistischen“ AfD nach, die „Stück für Stück von rechts außen übernommen wurde“. Er fordert: Die Zivilgesellschaft, die Politik, die Wissenschaft und die Medien müssen klare Kante zeigen und sich der rechten Gefahr entgegenstellen. Eindringlich warnt er vor einer Verharmlosung der Bedrohung von rechts. Und stellt klar: „Wer den Rechtsradikalismus verstehen will, muss seine Nähe zur Gewalt – sei es in offener Aggression oder in drohender Manier – einbeziehen. Und wer das, was derzeit in unserer Gesellschaft geschieht, verstehen will, muss die Kontinuität des Rechtsradikalismus einbeziehen.“

Als vielfach selbst von rechter Gewalt Betroffener beginnt Quent, der in einer thüringischen Kleinstadt aufgewachsen ist, sein Buch mit der Schilderung eigener Erfahrungen („Als ich das erste Mal von Neonazis überfallen wurde, war ich gerade 14 Jahre alt geworden.“), um dann die Analyse der aktuellen Situation folgen zu lassen. Dabei definiert er zunächst den Begriff des Rechtsradikalismus. Dieser hat Quent zufolge seit der Gründung der Bundesrepublik unterschiedliche Entwicklungsstadien durchlaufen. Dabei sei zu betonen: Der Rechtsradikalismus war nie eine reine Erscheinung der sozial Abgehängten oder Randständigen. Ebenso wenig sei Rechtsradikalismus nur ein ostdeutsches Problem, es gibt ihn in allen Schichten und in allen Teilen der Bundesrepublik. Allen Akteuren gemeinsam ist, dass sie Reaktionäre sind, die de-

mokratische Fortschritte als Bedrohung betrachten und die „konservative Revolution“ herbeisehnen. Quent schreibt: „Wer sich mit zum Teil jahrzehntealten Strategiepapieren der „konservativen Revolution“ beschäftigt, dem kann angst und bange werden: Denn diese reaktionären Einflüsse prägen mittlerweile die AfD und haben damit den lang geplanten Schritt aus der Nische in die politische Massenmobilisierung vollzogen.“ Die radikale Rechte wendet sich dem Autor zufolge gegen die fortschreitende Aufklärung und Liberalisierung der Gesellschaft und plant einen Umsturz der Demokratie. Dieser Gefahr kann die Demokratie sich entgegenstellen – wenn sie diese als solche erkennt und politische Verantwortung übernimmt.

Matthias Quent liefert mit seinem Buch nicht nur eine faktenreiche Analyse der Strukturen der radikalen Rechten in Deutschland und legt ihre Strategien offen. Er rüttelt auf und warnt vor der Bedrohung, gibt aber zugleich klare Handlungsempfehlungen und macht Hoffnung: „Je lauter die Rechten werden, desto mehr Menschen besinnen sich darauf, dass Demokratie und Frei-

heit keine Selbstverständlichkeiten sind. Und so sollten wir die neue Lautstärke der Rechten als Ansporn nutzen, um die Widerstandskraft gegen autoritäre Tendenzen zu steigern (...): Dazu gehört es, unsere jahrhundertealten Prägungen durch Antisemitismus, Rassismus und Sexismus kritisch zu hinterfragen. Im besten Falle gelingt es, die Kritik an gesellschaftlichen Entwicklungen in den Dienst aller Menschen (...) zu stellen. Soziale Eruptionen, wie das Erstarken der radikalen Rechten, mischen die Karten neu und eröffnen der Gesellschaft Chancen, um die Potentiale der Vielfalt für eine bessere Zukunft zu nutzen.“

Der Soziologe Dr. Matthias Quent ist Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) der Amadeu-Antonio-Stiftung in Jena. Sein Buch „Deutschland rechts außen“ wurde mit dem Preis „Das politische Buch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgezeichnet.

*Matthias Quent: Deutschland rechts außen – Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, Piper-Verlag, München 2019, 301 Seiten, ISBN 978-3-492-06170-4, 18,00 Euro.*

*Matthias Quent ruft in seinem Buch die Politik, die Zivilgesellschaft und die Medien dazu auf, klare Kante gegen die Bedrohung von rechts zu zeigen.*



## Die Mitbestimmung hat die Arbeit humaner gemacht

Von Wulf Wein

Der Verlag nennt das Buch „Geschichte der Betriebsverfassung“ „lesenswert für alle, denen die großen Linien und Zusammenhänge von Arbeitsrecht und Mitbestimmung wichtig sind“. Ich persönlich finde, dass der Band viel mehr Leserinnen und Leser finden sollte. Denn das Buch, das genau 100 Jahre nach Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes der Weimarer Republik erschienen ist, kann mit Fug und Recht ein Standardwerk genannt werden. Die Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler und Michael Kittner schildern darin sehr umfassend die Entstehung und Entwicklung eines bis heute weltweit einzigartigen Modells und sie skizzieren bestandene sowie anstehende Herausforderungen für die betriebliche Mitbestimmung.



Die politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe um „den richtigen Weg“ werden ebenso beleuchtet wie die Komplett-Abschaffung der Mitbestimmung durch die Nationalsozialisten und die Versuche, nach dem Zweiten Weltkrieg, die Mitbestimmung möglichst noch zu erweitern, was ja zum Teil auch gelang. Insofern ist das Buch überaus interes-

sant – und vermutlich sogar unentbehrlich – für all diejenigen, die die Mitbestimmung für unverzichtbar halten und die erfahren wollen, wie sich die Dinge in einhundert Jahren entwickelt haben und welche Perspektiven es gibt.

Die Betriebsverfassung nach deutschem Muster sorgt dafür, dass die Kapital- und Arbeitgeberseite in Verwaltungen und Unternehmen, in denen es Personal- oder Betriebsräte gibt, nicht schalten und walten kann, wie sie will, sondern verbindliche Regeln beachten muss. Wo es sie gibt, wirken die Beschäftigtenvertretungen insofern als Korrektiv, allerdings nicht in wirtschaftlicher Hinsicht, also dort, wo es um ökonomische Belange geht. Der Mitbestimmung ist es aber zu verdanken, dass hierzulande der Arbeitsfrieden weitestgehend Bestand hat. „Für die Arbeitnehmer ist eine gut funktionierende Mitbestimmung ein Stück gelebter Demokratie.“ So heißt es an einer Stelle.

Leider profitieren bei weitem nicht alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland von der Mitbestimmung. In 91 Prozent aller prinzipiell unter das Betriebsverfassungsgesetz fallenden Unternehmen gibt es nämlich gar keine Betriebsräte, vor allem in kleinen Firmen sind sie eher Ausnahme als Regel. Zwar arbeiten immer noch 40 Prozent aller Beschäftigten in einem Unternehmen mit Interessenvertretung, aber auch diese Zahlen sind seit längerem rückläufig. Die Autoren benennen als die Megatrends des künftigen Arbeitslebens Prekarisierung, Globalisierung und Digitalisierung – und erklären dann: „(Diese/Sie) meinen es nicht gut mit Arbeitnehmerrechten und Mitbestim-

Die betriebliche Mitbestimmung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Arbeitswelt in Deutschland.



Die Autoren folgern daraus jedoch nicht, dass das Mitbestimmungsmodell nach deutschem Muster keine Zukunft hat. Sie lasse sich absichern oder verbessern. Dabei sei nicht nur der Gesetzgeber gefordert. Es komme vielmehr darauf an, „ob sich die unmittelbar Beteiligten für den Fortbestand oder den Ausbau der Mitbestimmung einsetzen oder nicht. Dies ist in erster Linie eine Frage der Willensbildung auf Arbeitgeberseite.“

Daraus lässt sich ableiten, dass in die gesellschaftliche Debatte von fortschrittlichen Politikern und den Gewerkschaften über die Vorzüge einer starken Betriebsverfassung deutlich stärker als bislang die Arbeitgeberorganisationen einbezogen werden müssten, um einen Bewusstseinswandel bei „Chefs“ und Bossen“ zu erreichen. Das ist ein interessanter und derzeit nicht wirklich öffentlich diskutierter Ansatz. Daneben sollten sich aber auch die Beschäftigten „für ihre Sache“ einsetzen

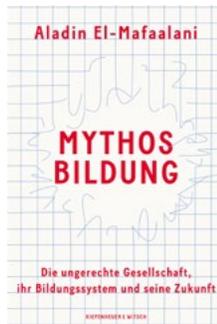
und notfalls dafür streiten, weil nur eine wirksame Betriebsverfassung die Arbeit humaner gemacht hat und weil nur durch sie, wenn auch vielleicht in erneuerter Form, die Arbeitswelt human erhalten werden kann.

Grundsätzlich müssen wieder mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Mitbestimmung als festen und unverzichtbaren Bestandteil unserer Demokratie begreifen und sie „leben“. Aktive Gewerkschafter können dabei wertvolle Überzeugungsarbeit leisten. Sollten nämlich Millionen von Beschäftigten in absehbarer Zeit keinen Sinn mehr darin sehen, dass es einen vernünftig organisierten Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geben muss, dann droht die Abschaffung der Mitbestimmung.

*Wolfgang Däubler/Michael Kittner; Geschichte der Betriebsverfassung, Bund-Verlag, Frankfurt 2020, 621 Seiten, ISBN 978-3-7663-6934-5, 48,00 Euro.*

## Chancenungleichheit muss systematisch abgebaut werden

„Für nahezu jedes gesellschaftliche Problem wird Bildung als Lösung präsentiert. (...) Bildung ist ein Mythos, ein kaum bestimmbarer Begriff, den man über jedes gesellschaftliche Problem stülpen kann. Das Bildungssystem soll es richten. Dabei ist das Bildungssystem selbst das zentrale Problem“ schreibt der Soziologe Aladin El-Mafaalani in seinem Buch „Mythos Bildung. Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft.“ Denn in der Schule werde Ungleichheit nicht abgebaut, sondern eher verstärkt, so die zentrale Aussage des Buchs.



Auch durch die Bildungsexpansion, die in den vergangenen 60 Jahren zu einer wesentlichen Erhöhung des Bildungsniveaus der Bevölkerung und damit auch mehr Teilhabe- und Bildungschancen aller Bevölkerungsgruppen geführt hat, habe sich die Ungleichheit nicht verringert. Gerade für diejenigen, die von dieser Entwicklung nicht profitieren, werde es immer schwieriger. „Sie sind zurückgefallen“, schreibt er und erklärt: „Einfache und mittlere Bildungsabschlüsse haben an Wert verloren, wodurch sich für einen Teil der jungen Menschen die Benachteiligung verstärkt, weil diese

entwertete Bildung keinen sicheren Platz in der Gesellschaft garantiert.“ Der Autor fordert deshalb, das Bildungssystem müsse systematisch auf Ungleichheit einwirken und sozialer Benachteiligung entgegenwirken. Die ungleichen Startchancen von sozial Benachteiligten müssten ausgeglichen, Ungleichheit abgebaut werden. El-Mafaalani fordert: Um allen Kindern Zukunftsperspektiven zu bieten, müsse „der Ganzttag ausgebaut“ werden, zudem sollte es in allen Schulen multiprofessionelle Teams geben, die unter anderem auch zusätzliche Förderprogramme anbieten könnten. Mit dem Ausbau beginnen sollte man dort, wo die soziale Benachteiligung besonders ausgeprägt ist.

El-Mafaalani liefert eine umfassende Bestandsaufnahme des Bildungssystems. Er deckt nicht nur seine Schwächen auf, sondern hat zugleich konkrete Lösungsvorschläge dafür, wie die soziale Ungleichheit im Bildungswesen beseitigt werden könnte. Das würde zwar „viel Geld kosten“. Reformen aber seien bisher eher am mangelnden Problembewusstsein gescheitert. Und auf die bestehenden Probleme der Bildungsungleichheit macht der Soziologe in sehr gut lesbarer Form aufmerksam.

Aladin El-Mafaalani ist seit 2019 Professor für Erziehungswissenschaft und Inhaber des Lehrstuhls für Erziehung und Bildung in der Migrationsgesellschaft an der Universität Osnabrück. sh

*Aladin El-Mafaalani: Mythos Bildung – Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft“ Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2020, 320 Seiten, ISBN 978-3-462-05368-5, 20,00 Euro.*

## Gibt es einen moralischen Kapitalismus?

Zu den Kritikern des Kapitalismus gehörten einer Umfrage zufolge 2017 mehr als die Hälfte der Deutschen. Bei 52 Prozent der Befragten weckte der Begriff negative Assoziationen, 60 Prozent verstanden darunter, dass Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden, schreibt Ute Frevert im ersten Kapitel ihres Buchs „Kapitalismus, Märkte und Moral“. Die Kritik am Kapitalismus und aktuelle Forderungen nach einem „moralischen Kapitalismus“ nimmt die Historikern zum Anlass, um nach dem Verhältnis von Kapitalismus und Moral zu fragen.



Gibt es einen moralischen Kapitalismus? Kommt die Moral aus dem System selbst oder wird sie ihm von außen verordnet? Hat die Kritik das System nicht zukunftsfähig gemacht, indem sie es zu fortlaufendem Reformieren animierte? Freverts These lautet: „Moral stellt eine kritische Antriebskraft und Korrekturquelle des Kapitalismus dar, die sich jenseits des Eigeninteresses diverser Marktteilnehmer situieren.“ Kapitalismuskritische Bewegungen seien „ein wichtiges Ferment der Transformation“. Die Autorin bearbeitet das Thema historisch. Beginnend bei Adam Smith über Karl Marx, die Genossenschaftsbewe-

gung und die Arbeiterbewegung bis zur Steuerprogression, dem Sozialstaat und der Macht von Konsumenten beschreibt sie die Vielfalt von Akteuren und Ideen, die dem Kapitalismus Moral entgegenstellten, um ihn in Schranken zu halten. Frevert betont: „Nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern dessen gesellschaftliche Kritik und politische Rahmung generieren eine moralische Kommunikation, deren Teilnehmer im Lauf der Zeit ebenso wechseln wie die Themen, auf die sie sich konzentrieren.“ Dabei stellt sie auch die Frage, welche Gefahren eine zunehmende Entgrenzung der Märkte haben, beispielsweise, wenn sie auf den starken „Trend zur Ökonomisierung sozialen Handelns“ hinweist. Wenn „immer mehr Güter auf dem Markt gehandelt werden, die bislang nicht zum Verkauf standen“, befördere das soziale Ungleichheit und verforme moralische Werte. „Wenn man sich zum Schutz der Umwelt (...) freikaufen kann, löst sich die moralische Substanz des Gemeinwesens Stück für Stück auf. Am Ende könnte dann in der Tat eine Ökonomie stehen, die die moralischen Empfindungen bis zur Unkenntlichkeit korrumpiert und unterminiert. (...) Das komplizierte Verhältnis hätte sich zugunsten der Märkte vereinfacht.“ Frevert wagt dennoch am Ende einen verhaltenen Optimismus – betont aber zugleich die Notwendigkeit der beständigen Auseinandersetzung. Sie gibt etliche Denkanstöße und liefert mit ihrem gut lesbaren Buch einen sachlichen Debattenbeitrag. sh

*Ute Frevert: „Kapitalismus, Märkte und Moral“, Residenz-Verlag, Wien/Salzburg 2019, 151 Seiten, ISBN 978-3-7017-3478-8, 20,00 Euro.*

## Wie Frauen sich in der Männerrepublik ihren Platz eroberten

Dieser Schriftsteller hat offensichtlich direkt „ins Schwarze getroffen“, wie es so heißt. Das Buch von Torsten Körner darüber, wie Frauen die Politik in der Bundesrepublik Deutschland ganz langsam und erst mit großer Verspätung eroberten, hat durchweg überaus positive Medienbesprechungen erhalten. Wie sich die „Männerrepublik“ Stück für Stück veränderte, das schildert der Autor, der bereits mehrere Biografien veröffentlichte, die zu Bestsellern wurden, nach Meinung der Kritiker auf eindrucksvolle Art und noch dazu flott und amüsant.



Die Bundesrepublik war nach dem Zweiten Weltkrieg lange, vermutlich viel zu lange, ein Land, in dem die Männer den Ton angaben, obwohl im Grundgesetz die Gleichberechtigung formuliert wurde. Männer schrieben Geschichte. Männer besetzten Ämter. Politikerinnen waren so gut wie unsichtbar. Erst im Jahr 1961 wurde die erste Bundesministerin berufen. Und nur durch einen Sitzstreik von CDU-Frauen vor dem Kabinettsaal in Bonn wurde Kanzler Konrad Adenauer letztlich dazu veranlasst, Elisabeth Schwarzhaupt in sein viertes Kabinett aufzunehmen. Was ihn übrigens nicht

daran hinderte, die Regierungsmitglieder auch danach weiterhin mit „Guten Morgen, meine Herren“ zu begrüßen.

Im Zentrum des Buchs von Torsten Körner stehen charismatische Frauen, deren politisches Wirken und private Schicksale Auskunft über einen bis heute fast unerwähnt gebliebenen Aspekt der deutschen Geschichte geben. Protagonistinnen sind Politikerinnen aller Parteien, die sich während der Bonner Republik in der Männerbastion Bundestag mühsam durchsetzen mussten. Ihre Lebenswege sind geprägt von politischen und privaten Dramen, denn für ihren Einsatz bezahlten sie mitunter einen hohen persönlichen Preis. Viele der Frauen sprechen das erste Mal darüber, wie die Politik ihr Leben veränderte, wie ihr permanenter Einsatz zu schmerzhaften Trennungen und Entfremdungen führte, wie Politik sie süchtig machte oder mit welchen Mitteln die Männer aller Parteien sie bekämpften. Entstanden ist auf diese Weise eine spannende Chronik des Kampfs engagierter Frauen um politische Gleichberechtigung, der bis heute anhält.

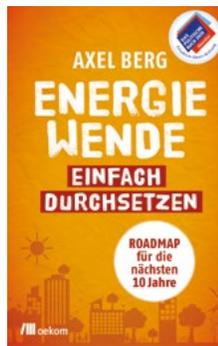
Die deutsche Politik war und ist es wohl immer noch zum Teil eindeutig frauenfeindlich. Es „wucherten über Jahrzehnte hinweg Sexismus, Machismo und Diskriminierung in allerfeinster ‚Me Too‘-Manier, gezüchtet und kultiviert von Saubermännern jeder Couleur. So analysierte es Dorion Weickmann in ihrer Rezension für die „Süddeutsche Zeitung“.

ww

*Torsten Körner: In der Männerrepublik - Wie Frauen die Politik eroberten, Verlag Kiepenheuer&Witsch, Köln 2020, 368 Seiten, ISBN 978-3-462-05333-3, 22,00 Euro.*

## Appell zur raschen Durchsetzung der Energiewende

Mit dem Atomausstieg und dem Erneuerbare-Energien-Gesetz wurde Deutschland zum Vorbild in Sachen Energiewende. Doch jenseits des Stromsektors hat sich bislang wenig getan: Geheizt, gekühlt, gefahren oder geflogen wird weiterhin überwiegend fossil. In seinem Buch „Energiewende einfach durchsetzen“ skizziert Axel Berg, früherer Energieexperte der SPD und jetziger Vorsitzender der deutschen Sektion von EURO-SOLAR, was geschehen muss, um die Energiewende binnen zehn Jahren zu vollziehen. Fossile Energien und Uran seien endlich und teuer, schaden der Umwelt und Gesundheit und untergraben den Gerechtigkeitsgrundsatz, meint Berg. Für erneuerbare Energien gelte das genaue Gegenteil: Sie seien sauber, gerecht und ihre Grenzkosten gingen gegen null. Der Autor dazu: „Trotzdem ist eine umfassende und konsequent nachhaltige Energiewende immer noch nicht auf den Weg gebracht.“



Um sie durchzusetzen, werde entscheidend sein, „ob es gelingt, die Macht der großen Konzerne zu beschneiden, denn sie sind es, die den Prozess behindern – und langfristig verteuern. Denn nicht die Energiewende treibt die Kosten in die

Höhe, sondern das Festhalten an alten, ineffizienten Strukturen“, so Berg.

Das Buch ist „eine fundierte Einführung in alle Fragen der Energiewende: Es denkt die Verkehrs-, Agrar- und Wärmewende konsequent mit, versorgt die Leserinnen und Leser mit dem notwendigen technischen Know-how – und ist politisch, indem es einen fundierten Forderungskatalog an die zuständigen Politikressorts stellt. Wer wissen will, mit welchen Widerständen zu rechnen ist und welche Wege aus der Energiewende-Lethargie führen, liegt beim Energiefachmann Berg genau richtig“, heißt es in der Verlags-Werbung.

Gerade die Corona-Krise könnte als Anlass dienen, um den Forderungen noch mehr Nachdruck zu verleihen und sie politisch zu verwirklichen, wenn das denn gewollt ist. Dazu müsste die Macht der Konzerne, die den Prozess ideologisch-technologisch bremsen oder aus ökonomischen Gründen verlangsamen, beschnitten werden. Berg appelliert an Entscheider, aber letztlich an uns alle, aufs Tempo zu drücken, da Klima-, Rohstoff- und Wachstumskrisen ein Weiter-so nicht mehr zuließen. Die dezentrale Nutzung erneuerbarer Energien sei die entscheidende Grundvoraussetzung für das Überleben unserer Zivilisation, erklärt der Autor: „Frieden oder Krieg, Naturbewahrung oder industrielle Naturbeherrschung, soziale Gerechtigkeit oder Ausbeutung, Autonomie oder Diktatur: Unser Leben ist aufs Engste auch mit unserer energetischen DNA verknüpft.“ ww

*Axel Berg: Energiewende einfach durchsetzen – Roadmap für die nächsten 10 Jahre, Oekom-Verlag, München 2019, 284 Seiten, ISBN 978-3-96238-130-1, 24,00 Euro.*

## Ruf nach Abkehr von der reinen Profitlogik

Viele alltägliche Handlungen und Verhaltensweisen, die wir für selbstverständlich halten, wären ohne komplexe Infrastruktur nicht möglich. Duschen, Radio anmachen, Espressokanne auf den Herd stellen, Kinder in die Kita fahren, dann ab in den Bus oder den Zug. Ähnliches gilt für die Bereiche der Gesundheitsversorgung und der Bildung, die ohne staatliche Investitionen in Gebäude und Personal nicht funktionieren würden. In den vergangenen Jahrzehnten wurden in ganz Europa allerdings immer mehr Krankenhäuser, Schulen, Bahnstrecken oder gleich ganze Verkehrsnetze privatisiert und so der Profitlogik unterworfen – mit bisweilen dramatischen Folgen. In der Corona-Krise ist schlaglichtartig und in dramatischer Weise deutlich geworden, wie sich „falsche Weichenstellungen“ in bestimmten Bereichen auswirken können.



Das Buch „Die Ökonomie des Alltagslebens“ ist kurz vor der weltweiten Ausbreitung der Corona-Pandemie erschienen. Geschrieben wurde es vom Foundational Economy Collective, in dem europäische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu alternativen wirtschaftspolitischen Ansätzen forschen. Im Band wird vom Widerstand gegen die Auslieferung der Infrastrukturpolitik

im weitesten Sinne an reine Kapitalinteressen berichtet. In vielen Ländern haben sich Bewegungen für eine Rekommunalisierung (zum Beispiel bei der Wasserversorgung) formiert. Was wir brauchen, meinen die Autorinnen und Autoren, sei eine neue, progressive Infrastrukturpolitik: „Wir müssen die Ökonomie wieder als etwas begreifen, das zuallererst dem guten Leben der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet ist.“

Im Vorwort zur deutschen Ausgabe stellt der Soziologe Wolfgang Streeck die These auf, dass die Rückbesinnung auf eine gemeinnützige Fundamentalökonomie in der Bundesrepublik zum Ausgangspunkt für eine Erneuerung einer demokratischen Linken werden könnte. Für Streeck steht zudem fest, dass die sogenannte Schuldenbremse Deutschland daran hindert, „seine Fundamentalökonomie auf ein Niveau zu bringen, das seinen Wohlstand und die Integration seiner Bürger in die nationale Gesellschaft auf längere Sicht sichern könnte“.

Das Autorenteam leistet einen wichtigen Beitrag zur europaweiten Debatte über eine neue progressive Wirtschaftspolitik, auch wenn der angebotene Lesestoff alles andere als „leicht“ ist. Gerade angesichts der billionenschweren Geldabflüsse aus den öffentlichen Haushalten in und wohl auch noch nach der Corona-Krise macht die Lektüre für all diejenigen Sinn, die sich ein anderes als ein rein marktkapitalistisches Wirtschaftsmodell vorstellen können. ww

*Foundational Economy Collective: Die Ökologie des Alltagslebens - Für eine neue Infrastrukturpolitik, edition suhrkamp 2732, Suhrkamp-Verlag, Berlin 2019, 264 Seiten, ISBN 978-3-518-12732-2, 18,00 Euro.*

**1|18 1/Topthema:** Vom Wert kultureller Zwischennutzungen am Beispiel der Stadt Saarbrücken (Rainer Hartz) – **2:** Aktueller Stand und offene Fragen zum Gründungsgeschehen an den saarländischen Hochschulen (Sabine Ohnesorg/Ralf Becker) – **3:** Zur Situation wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Saar-Universität (Freya Gassmann) – **4:** Im automobilen Strukturwandel ist Beschäftigungssicherung ein Muss (Jonas Boos) – **5:** Über Sinn und Nutzen der Wirtschaftsdemokratie in der heutigen Zeit (Dr. Stephan Peter) – Buchbesprechungen und Buchtipps

**1|19 1/Topthema:** 16 Thesen zu Guter Arbeit in der großen Transformation (Prof. Dr. Klaus Dörre) – **2:** Politik und Wirtschaft müssen den digitalen Wandel proaktiv begleiten (Frederik Moser) – **3:** Wie wirkt sich „digitale Kontrolle“ auf die Arbeitnehmenden aus? (Rudolf Siegel/Julia Hentze/Leon Porsch/Cornelius J. König) – **4:** Die Weiterbildungslandschaft in der Großregion (Alexa Holz-Himbert/Dr. Jeanne Ruffing) – **5:** Zum „korrekten Schreiben“ könnte bald auch der Asterisk gehören (Wulf Wein) – Buchbesprechungen und Buchtipps

**2|19 1/Topthema:** Wirtschaftsdemokratie als Transformationshebel (Dr. Hans-Jürgen Urban) – **2:** Nachhaltige Strategie muss qualitativ hochwertige Beschäftigung sichern (Jonas Boos) – **3:** 20 Jahre Historisch orientierte Kulturwissenschaften (HoK) an der Universität des Saarlandes (Prof. Dr. Clemens Zimmermann) – Buchbesprechungen und Buchtipps

# 446.000

**Mitglieder** vertreten wir – nämlich alle sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten, Auszubildende und Arbeitssuchende im Saarland.

# 44.000

**Fachberatungen** in allen relevanten Steuer- und Rechtsfragen bieten unsere Expertinnen und Experten pro Jahr für unsere Mitglieder an.

# 25.000

**Teilnehmertage** sind Jahr für Jahr im sehr schön gelegenen und gut und zeitgemäß ausgestatteten Bildungszentrum in Kirkel zu verzeichnen.



## Fakten über die Arbeitskammer des Saarlandes

# Kompetent in drei Kernbereichen

Die Arbeitskammer des Saarlandes steht seit ihrer Gründung für Kompetenz und Zuverlässigkeit. Gemeinsam mit den Gewerkschaften steht sie den saarländischen Beschäftigten mit Rat und Tat zur Seite. Im Gesetz heißt es, „die Arbeitskammer des Saarlandes hat die Aufgabe, als öffentlich-rechtliche Vertretung der im Saarland beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ( . . . ) die allgemeinen wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wahrzunehmen“. In drei Kernbereichen ist die AK Saar tätig:

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter **beraten, bilden und forschen** im Interesse der Bevölkerung, wie es im AK-Logo ausgedrückt wird. **beraten.** – Die Fachberaterinnen und -berater der AK im Haus der Beratung in Saarbrücken unterstützen die Mitglieder in allen Angelegenheiten des Arbeitsrechts, Sozialrechts und Steuerrechts. Unsere Referentinnen und Referenten beraten die Politik in allen relevanten Arbeitnehmer-Angelegenheiten. **bilden.** – Als Bildungseinrichtung befähigt die AK Saar Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Veranstal-

tungen, Kurse und Seminare dazu, ihre Rechte wahrzunehmen und ihre Interessen zu vertreten. Im hauseigenen Bildungszentrum in Kirkel gibt es pro Jahr rund 500 Tageskurse, 160 Mehrtagesseminare, 200 Wochenendseminare und 120 Wochenseminare. **forschen.** – Als Forschungseinrichtung liefert die AK Saar wichtige Erkenntnisse aus der Arbeitswelt für die interessierte Öffentlichkeit. In ihren jährlichen Berichten an die Regierung nimmt sie zudem Stellung zur aktuellen wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.